Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Preis: 2 Euro

LOTTA

antifaschistische Zeitung aus NRW

Nr. 9
Sommer 2002

www.free.de/lotta

Themen der Rechten - Themen der Mitte

Schwerpunktthema

Mit Sicherheit repressiv und rassistisch

Gesetzesverschärfungen nach dem 11. September 2001

Interview mit niederländischen Antifas

Fragen und Antworten zur aktuellen Entwicklung

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Schade! Kaum eine/r hat an unserem Preisrätsel in der Nr. 8 (*siehe Editorial Nr. 8*) teilgenommen. Wir können hier auch nicht den Namen des Gewinners oder der Gewinnerin mitteilen. Es gibt nämlich keine/n! War die Frage zu schwer? Dann machen wir das Preisrätsel dieses Mal einfach viel leichter (*siehe unten*).

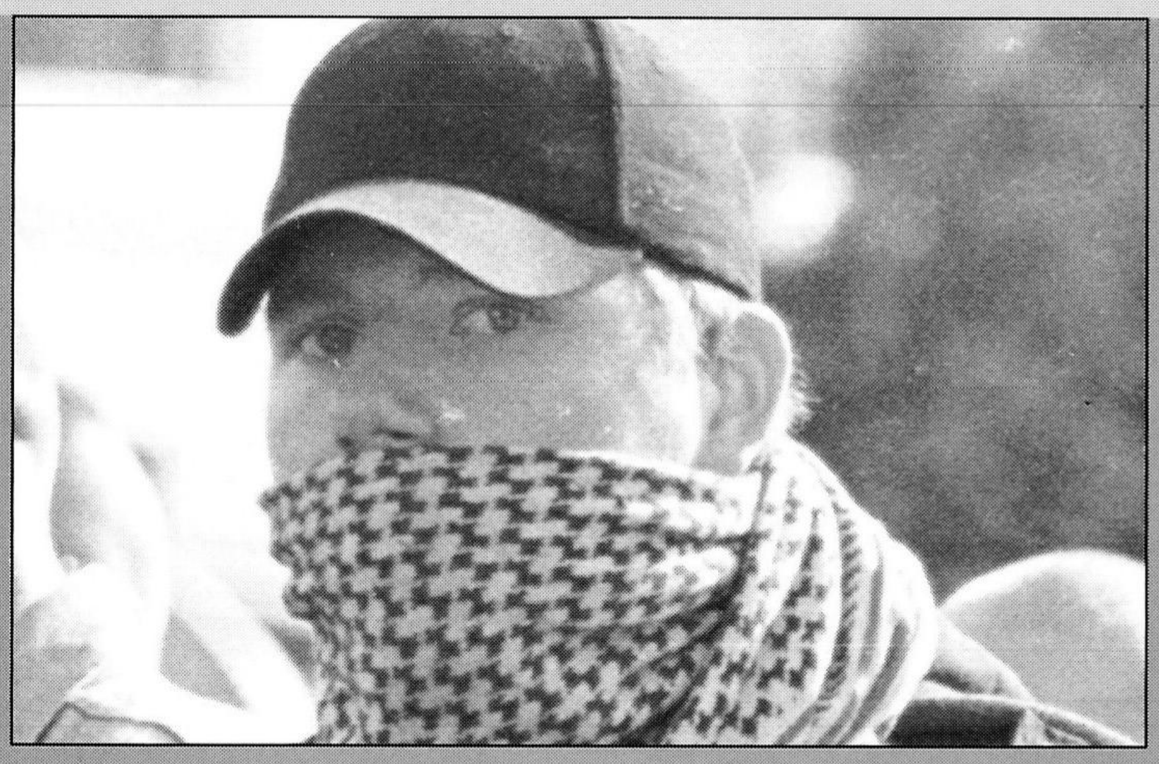
In dieser Ausgabe lautet unser Schwerpunkt „Themen der Rechten - Themen der Mitte". Dass dieses Thema einmal mehr hochaktuell ist, beweist Jürgen Möllemann gerade einmal wieder in Reinkultur. Er selbst ist aber kein Thema in dem Beitrag, da dieser schon vor Möllemanns unsäglichen Sprüchen geschrieben war. Ansonsten bieten wir eine Bestandsaufnahme in Sachen „Innere Sicherheit", einen Beitrag über die regionalen Nazistrukturen im Sauer- und Siegerland, ein Interview mit niederländischen Antifas und vieles mehr.

Leider wurde von antideutscher Seite kein Gebrauch von unserem Angebot gemacht, die Kernthesen ihres umfangreichen Kritipapiers anlässlich des Artikels in unserer letzten Ausgabe "zum strukturellen Antisemitismus der Antideutschen" auf 1-2 Seiten in dieser Ausgabe komprimiert zu veröffentlichen.

Bedanken möchten wir uns insbesondere bei unserem Gastautor Alexander Häusler für seine Schwerpunktbeiträge.Ebenso geht ein Dankeschön an die Antifa O.R.K.A. für ihren Beitrag zum Thema „Innere Sicherheit". Vielleicht trauen sich ja in Zukunft auch andere Antifagruppen, längere fundierte Artikel zu verfassen - wir sind hierfür jederzeit ansprechbar und bieten hiermit auch unsere Unterstützung an.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 1.9.2002. Erscheinen wird sie zu unserer grossen LOTTA-Party anlässlich der 10. Ausgabe am 28.9. im Oberhausener Druckluft (*siehe letzte Seite*). Wir würden uns freuen, Euch dort begrüssen zu dürfen.

Eure LOTTA-Redaktion



Preisrätsel

Wer ist dieser Herr, der sich so gekonnt zu vermummen weiss? Wenn Ihr es wisst, schreibt an lotta@koma.free.de. Sollten mehrere die richtige Antwort schicken, entscheidet das Los. Der Weg von und nach rechts ist wie immer ausgeschlossen. Als Preis winkt einmal mehr freier Eintritt zur LOTTA-Party und freie Verköstigung.

Errata

Unsere AutorInnen Klara Köpf und Pierre Briegert weisen darauf hin, dass ihnen in der LOTTA Nr. 8 in ihrem Artikel zu Frauen in der neonazistischen Szene in NRW ein inhaltlicher Fehler unterlaufen ist. In dem Artikel heisst es: „In NRW hat nur zwei mal eine Frau auf einer neonazistischen Demonstration zum Mikrofon gegriffen ...". Tatsächlich haben neben den erwähnten Daniela Wegener und Irma Roßlenbroich zwei weitere Frauen gesprochen und zwar **Annemarie Paulitsch** (unten) und **Hilde Hülsmeyer** (oben). Paulitsch gehört jedoch nicht der nordrhein-westfälischen Neonazi-Szene an, sondern der in Hessen. Sie lebt in Offenbach, ist ex-Grüne, ex-„Bund Freier Bürger" (BFB)- und NPD-Funktionärin und heute eine der Schlüsselfiguren der „Freien Kameradschaften" im Rhein-Main-Gebiet. Hülsmeyer war einst nordrhein-westfälische Landesbeauftragte des „Bund Freier Bürger" (BFB). Die AutorInnen bitten diese Ungenauigkeit zu entschuldigen.

Eure LOTTA-Redaktion

Inhalt

Gesellschaft

Mit Sicherheit repressiv und rassistisch
Gesetzesverschärfungen nach dem 11. September 2001 *Seite 4*

Schwerpunkt

Themen der Rechten - Themen der Mitte
"Nation", "Normalisierung", "deutsche Identität" - zentrale Ideologeme der extremen Rechten bestimmen den öffentlichen Diskurs. Eine politische Gefahr der extremen Rechten liegt in ihrer zunehmenden argumentativen Nähe zu den "Anständigen", der "Mitte". *Seite 8*

"Stolz, Deutscher zu sein"
Die sogenannte Nationalstolz-Debatte als Beispiel für die Transformation einer Parole der "Unanständigen" zum allgemeingültigen Bekenntnis der "anständigen Deutschen" *Seite 12*

Nazi-Szene

Regionalbericht Hochsauer- und Siegerland *Seite 15*

Das "Deutsche Kulturwerk" in NRW *Seite 18*

Das Volk hört Signal?
Das "Signal-Pressefest" soll dieses Jahr in Köln stattfinden *Seite 20*

Deutsche Nazis demonstrieren in den Niederlanden *Seite 22*

Kurzberichte *Seite 24*

Braunzone

Law and Order für NRW?
Schill´s Partei "Rechtsstaatliche Offensive" *Seite 26*

Kein Fußbreit für Rot-Grün!
Regierung übernimmt Forderungskatalog der "Vertriebenen"-Verbände *Seite 28*

International

Interview mit niederländischen Antifas *Seite 30*

Rezension

Jugend im Visier
Geschichte, Umfeld und Ausstrahlung der “Unabhängigen Nachrichten” *Seite 35*

Ästhetische Mobilmachung
Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien *Seite 36*

Repression

Urteile im Düsseldorfer "Tiggesprozess" *Seite 37*

Antifaschisten vor Gericht *Seite 37*

Sammeln für den Sammelprozess in Wuppertal *Seite 38*

Von der Antifa O.R.K.A

Mit Sicherheit repressiv und rassistisch

Gesetzesverschärfungen nach dem 11. September 2001

Bundestag und Bundesrat haben nach den Anschlägen am 11.September in den USA in einer großen Koalition, die größten Änderungen der Sicherheitsgesetzgebung seit Bestehen der BRD durchgezogen. Es folgt eine Auflistung der am 1.1.2002 in Kraft getretenen Gesetzesverschärfungen des 2. Sicherheitspakets und ein paar Gedanken zum grundsätzlichen Umgang mit dem Innere-Sicherheits-Diskurs.

Vorab der Inhalt des 1. Sicherheitspakets, das schon vor den Anschlägen im September geschnürt war. Es beinhaltete die Streichung des Religionsprivilegs nicht-christlicher Kirchen und eine Etaterhöhung von 1,5 Milliarden Euro für die Sicherheitsbehörden. Kurz nach den Anschlägen in den USA wurde bundesweit an Universitäten und anderen Einrichtungen die Rasterfahndung durchgeführt, angeblich um sogenannte Schläfer aufzuspüren. Die Rechtmäßigkeit dieser Datenerhebung wurde nachträglich in einigen Bundesländern für rechtswidrig erklärt. Die Paragraphen 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) und 129a (Bildung, Unterstützung und Werbung für eine terroristische Vereinigung) des Strafgesetzbuchs (StGB) wurden um den Paragraphen 129b ("Die §§ 129 und 129a gelten auch für Vereinigungen im Ausland") erweitert. Das heißt, sie könnten, je nach Laune der Verfolgungsbehörden, auch auf die Zapatistas in Mexiko und deren UnterstützerInnen in der BRD angewandt werden.

Das 2. Paket beinhaltet eine umfassende Kompetenzerweiterung für Nachrichtendienste und Bundespolizeien, ebenso wie zahlreiche ausländerrechtliche Bestimmungen.

Die Geheimdienste

Die Geheimdienste haben neue Kompetenzen erhalten, mit denen das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten weiter untergraben wird. Das Bundesverfassungsschutzgesetz wurde dahingehend geändert, dass sie nicht mehr nur Daten über Personen sammeln, die dem Staat und seinen Organen kritisch gegenüber stehen oder „die Auswärtigen Belange der BRD gefährden", sondern zukünftig auch über „Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (...), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (...) gerichtet sind". (Bundesverfassungsschutzgesetz § 3). Das neue Aufgabenfeld ist dabei so vage definiert, dass es dem Amt selbst überlassen bleibt, zu bestimmen, gegen wen ermittelt wird. Darüber hinaus werden die Befugnisse bei der Überwachung der Telekommunikation erheblich erweitert. Netzbetreiber (wie auch Internetprovider) sind verpflichtet ein halbes Jahr Verbindungsdaten, Geräte- und Kartennummern zu speichern und den Behörden zur Verfügung zu stellen. Auskunftspflichtig sind darüber hinaus auch Luftfahrtunternehmen, Postdienste und Banken (§ 8). Auch die Verwendung des sogenannten IMSI-Catchers wurde durch die Sicherheitspakete legalisiert. Dieses umstrittene Gerät ermöglicht, umfassende Bewegungsbilder von HandybesitzerInnen zu erstellen.

Die Geheimdienste haben jetzt auch das Recht auf das Ausländerzentralregister (AZR) zuzugreifen und auf die Datenbestände der Ausländerbehörden zuzugreifen.

Außerdem wird die sogenannte Sicherheitsüberprüfung, ausgebaut. Die Sicherheitsüberprüfung wurde bisher bei Personen durchgeführt, die an zentralen Punkten staatlicher Einrichtungen arbeiteten, wie z.B. Knästen, in den Ministerien etc. Jetzt sollen auch Menschen durchleuchtet werden, die in „lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen" arbeiten, wie auch in Firmen, die „für das Funktionieren des Gemeinwesens unverzichtbar sind" (Sicherheitsüberprüfungsgesetz, § 1). Gemeint sind damit Flughäfen, Krankenhäuser, Energieversorger, Bahn, Post, aber auch Fernseh- und Rundfunkanstalten.

Die Kompetenzen des Bundeskriminalamtes (BKA)

Auch die Kompetenzen des Bundeskriminalamtes (BKA) wurden ausgebaut. Die Möglichkeiten zum Abhören von Privaträumen wurden wieder einmal erweitert und der § 7 des BKA Gesetzes wurde abgeschafft. Er verpflichtete das BKA bis dato beim Datensammeln einen Umweg über die Landespolizeibehörden zu gehen. Zusätzlich wird dem Bundeskriminalamt nun die Kompetenz zur verdachtsunabhängigen Ermittlung zugestanden, was das Amt von den Bestimmungen der Strafprozessordnung über den Anfangsverdacht befreit und jetzt die Verwertung von Geheimdienstinformationen für die Strafverfolgung legalisiert. Zukünftig ist das BKA auch für schwere Fälle der Computersabotage zuständig.

Der Bundesgrenzschutz (BGS)

Die Definition dessen, was Grenzgebiet ist, wurde geändert. Der BGS kann mittlerweile zwischen 50 km und 80 km ins Landesinnere hinein aktiv werden. (BGS Gesetz, § 2). Um das Suchen und Aufspüren von „Illegalen" zu erleichtern darf der BGS in seinem Einsatzgebiet nicht mehr nur verdachtsunabhängige „Befragungen" durchführen, sondern auch noch die Ausweise kontrollieren (BGS Gesetz, § 22).Durch den Einsatz von „Sky-Marshals ist nun auch der internationale Luftraum zum Einsatzgebiet des BGS (BGS Gesetz § 4). Diese Gesetzesänderung dient dazu gewaltsame Abschiebungen rechtlich abzusichern.

Das neue Passgesetz

Das neue Gesetz sieht vor, „Merkmale von Fingern oder Händen oder Gesicht des Passinhabers" (Passgesetz § 1) aufzunehmen. Im Gegensatz zu Lichtbild und Unterschrift gehören die neuen Merkmale zu den Spuren der Menschen, die sie unbewusst hinterlassen und sie sind automatisch erfassbar. So ist es bei den gesichtsgeometrischen Merkmalen technisch möglich, per Computer Personen zu erkennen, die an Überwachungskameras vorbeigehen. Die Computertechnik ist zwar noch nicht perfekt ausgefeilt, die Fehlerquote ist immer noch relativ hoch, es wird jedoch fleißig daran gearbeitet sie zu verbessern.

Die neuen "Ausländergesetze"

Die zentralen Änderungen in den Ausländergesetzen betreffen zwei Ebenen; zum Einen sind es die Pass- und Visa-Bestimmungen, die eine genauere Identifizierung und Erfassung gewährleisten sollen zum Anderen geht es um eine Erweiterung der Möglichkeiten, Menschen ohne deutschen Pass auszuweisen, bzw. gar nicht erst einreisen zu lassen.

Die Aufenthaltspapiere sollen nun mit einem maschinenlesbaren Fingerabdruck gespeichert werden (Ausländergesetz § 5). Diese Daten und darüber hinaus auch die von Menschen, die visumspflichtige FreundInnen und Verwandte einladen, werden im Ausländerzentralregister (AZR) gespeichert.

Auf das AZR haben künftig alle öffentlichen Stellen, wie beispielsweise die Polizei und die Geheimdienste Zugriff. Die Ausländerämter sollen alle Daten, über die sie verfügen ungefragt an die Nachrichtendienste weiterleiten, wenn sie als nützlich eingeschätzt werden. Im Zuge der internationalen Zusammenarbeit kann auch mit entsprechenden Behörden der Verfolgerstaaten zusammengearbeitet werden, was für Flüchtlinge zu einer lebensgefährlichen Angelegenheit werden kann.

AsylbewerberInnen sollen künftig neben Fingerabdrücken auch Sprechproben abgeben, damit sie eindeutig identifizierbar sind. Diese Daten können auch direkt mit der Tatortspurendatei der Polizei verglichen werden (Asylverfahrensgesetz § 16).

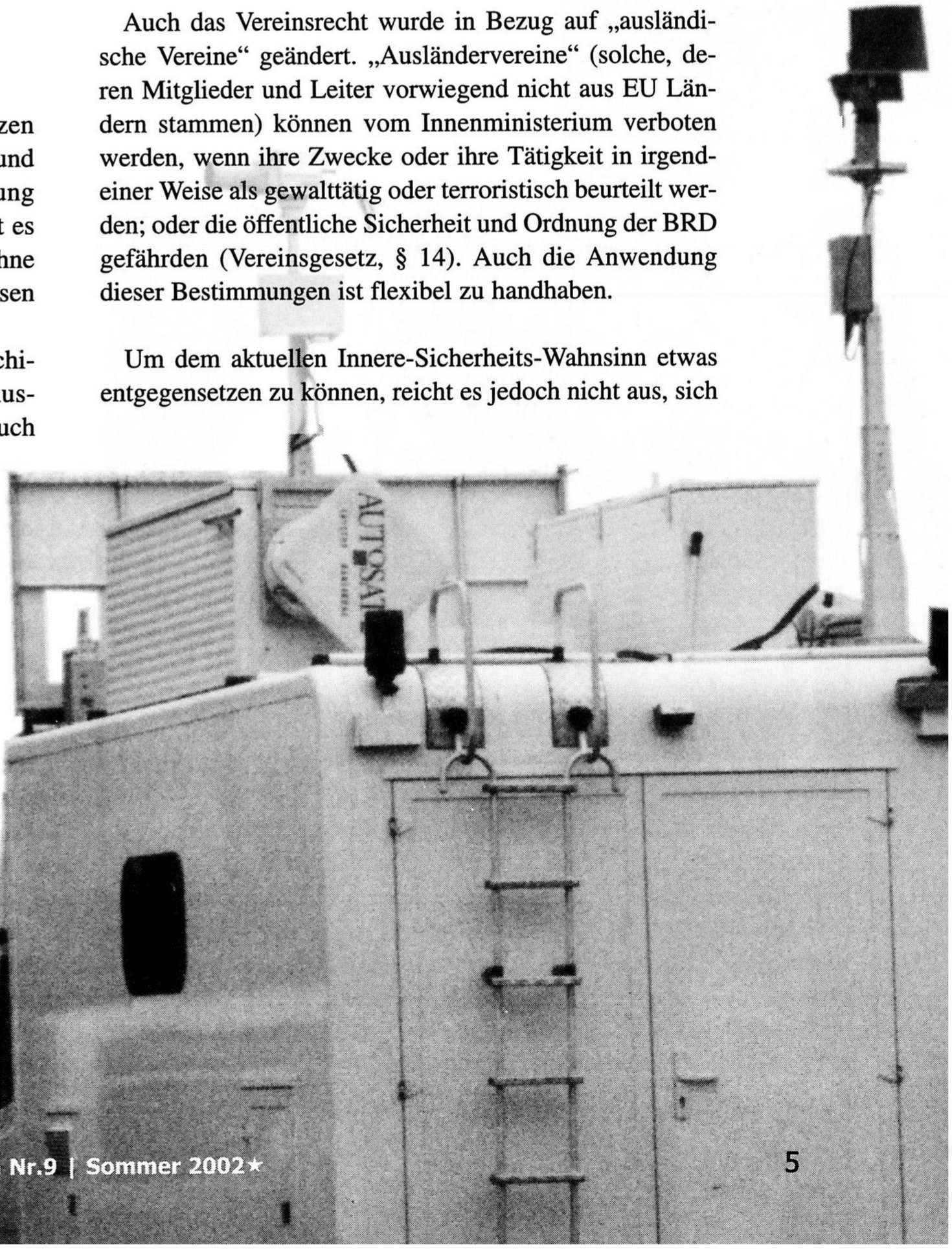
Die Gründe für eine Nichtanerkennung Asylsuchender sind ausgeweitet worden und das Ausweisungsrecht wurde verschärft; so wird Menschen, denen vorgeworfen wird, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu gefährden, sich an politisch motivierter Gewaltanwendung zu beteiligen, oder aber damit zu drohen, eine Aufenthaltsgenehmigung verweigert. Selbst wenn nur ein vager Verdacht existiert, sie unterstützten „internationale terroristische Vereinigungen", wird ihnen das Aufenthaltsrecht in der BRD nicht zugestanden. Wer ein Visum hat, und mit einem solchen Verdacht behelligt wird, kann das Visum verlieren. Der Katalog der Regelausweisungsgründe wurde erheblich erweitert. Wer sein Visum unberechtigter Weise erhalten hat, wegen eines Demonstrationsdeliktes oder einer anderen Straftat verurteilt wurde, wird sofort ausgewiesen.

Das Verbot der Abschiebung bei einer Bedrohung von Leben und Freiheit ist außer Kraft gesetzt, wenn Kriegsverbrechen vermutet werden, oder der/die AusländerIn „sich hat Handlungen zuschulden kommen lassen, die den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen zuwiderlaufen" (Asylverfahrensgesetz, § 51). Diese Tatvorwürfe sind seitens der Behörden relativ beliebig auszulegen und erleichtern es so, die „unliebsamen AusländerInnen" abzuschieben.

Das Vereinsrecht

Auch das Vereinsrecht wurde in Bezug auf „ausländische Vereine" geändert. „Ausländervereine" (solche, deren Mitglieder und Leiter vorwiegend nicht aus EU Ländern stammen) können vom Innenministerium verboten werden, wenn ihre Zwecke oder ihre Tätigkeit in irgendeiner Weise als gewalttätig oder terroristisch beurteilt werden; oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung der BRD gefährden (Vereinsgesetz, § 14). Auch die Anwendung dieser Bestimmungen ist flexibel zu handhaben.

Um dem aktuellen Innere-Sicherheits-Wahnsinn etwas entgegensetzen zu können, reicht es jedoch nicht aus, sich



gegen einzelne Maßnahmen zu wenden und daran abzuarbeiten. Schon länger existierende Kontroll- und Überwachungsmethoden dürfen nicht als selbstverständlich hingenommen oder sogar verteidigt werden, da ihre Existenz für sich genommen schon zu kritisieren ist. Aus diesem Grund muss der Innere-Sicherheits-Diskurs als solcher hinterfragt und bekämpft werden.

Grundsätzliches

Im Innere-Sicherheits-Diskurs findet zunächst eine Spaltung in ein kollektives „Wir" und ein flexibel einsetzbares „die Anderen" statt; die Menschen werden unterschiedlichen Gruppen zugeordnet. Die Merkmale, die das „Wir" konstituieren sind leicht veränderbar, ebenso wie die der „Anderen". So können diese „Anderen" kriminelle Jugendliche sein, vor denen die Gesellschaft geschützt werden soll oder aber „Ausländer", Junkies, „Terroristen".

Durch die Einteilung in und die Zuordnung zu bestimmten Gruppen werden Einschränkungen des bürgerlich-demokratischen Gleichheitsversprechens legitimiert. Bestimmten Menschen wird der Anspruch auf soziale Rechte abgesprochen. Gleichzeitig wird so die staatlich gesteuerte Einschränkung des Zugangs zu materiellen Ressourcen für bestimmte Bevölkerungsgruppen gerechtfertigt. So erhalten Wohnungslose und Junkies Platzverbote, werden Schwarze als DrogendealerInnen stigmatisiert und Jugendcliquen zentraler Plätze in den Städten verwiesen.

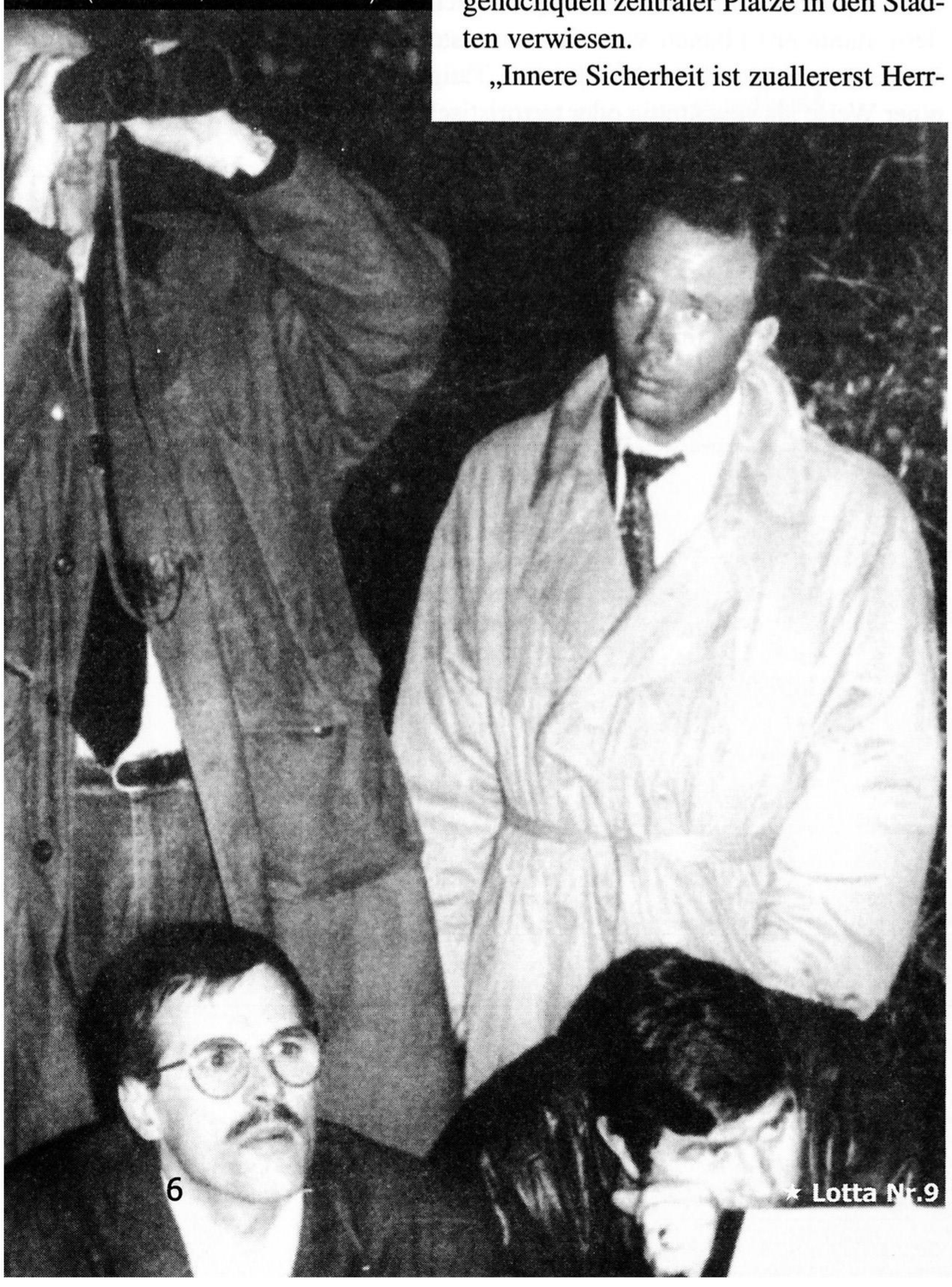
„Innere Sicherheit ist zuallererst Herrschaftspolitik und meint zunächst Schutz vor Verbrechen. Da besagter Schutz sowohl von den Herrschenden, als auch von weiten Teilen der Beherrschten als Aufgabe der Polizei fixiert wird, bedeutet Innere Sicherheit traditionell polizeiliche Verbrechensbekämpfung. Die Kategorien Verbrechen bzw. Kriminalität erweisen sich dabei als vage. Vage deshalb, weil keine Handlung an sich kriminell ist; vielmehr ist diese Zuschreibung Ergebnis sich historisch verändernder Auswahl-, Zurichtungs- und Verarbeitungsprozesse. Es zeigt sich jedoch, dass gerade diese Vagheit gewährleistet, dass Sicherheitsdiskurse leicht an andere Ausgrenzungsstrategien [wie zum Beispiel rassistische, Anm. der Schreiberin] anknüpfen können. So verstanden verfügen Sicherheitsstrategien über Ausgrenzungsressourcen ersten Ranges: Wer sie dominiert, legt fest, wer als Feind gilt und umgekehrt, wer zu den Bedrohten, den Opfern zählt." (Thomas Kunz: Umkämpfte Räume, 1998, S.207)

Interessensgemeinschaften, das Bestehende erhalten

Es stellt sich die Frage, wer welche Interessen im Innere-Sicherheits-Diskurs verfolgt und wer welchen Nutzen daraus zieht. Der Begriff „Innere Sicherheit" wurde Anfang der 70er Jahre unter der Sozial-Liberalen Koalition aus der Taufe gehoben und bekam unter dieser Regierung einen gehörigen Modernisierungsschub verpasst. SPD und FDP entwickelten während ihrer Regierungszeit langfristig angelegte Schwerpunktprogramme, die zu einer massiven finanziellen, technischen und personellen Verstärkung der Sicherheitsorgane führten.

Staatliche Organe haben natürlich ein Interesse an Herrschaftssicherung. Die Legitimität staatlicher Institutionen und deren Befugnisse darf nicht in Frage gestellt werden. Ein Ziel ihrer Arbeit ist es, Kontrolle über Menschen, die sich innerhalb der nationalen Grenzen aufhalten und dort leben, auszuüben. Einwanderung und Arbeitsmigration sollen kontrolliert und reguliert werden.

In der öffentlichen Diskussion um Innere Sicherheit hat der Staat die Definitionsmacht darüber, was Sicherheit eigentlich bedeutet. Wenn heute in den Medien über Fragen der Sicherheit berichtet wird, geht es nicht um die Gewährleistung von Sicherheit am Arbeitsplatz, oder die soziale und materielle Absicherung des/R Einzelnen. Vielmehr geht es darum Bedrohungsszenarien zu konstruieren, die es ermöglichen, soziale Konflikte und gesellschaftliche Probleme technisch, durch Repression, zu „lösen". Verstärkte Verfolgung von Bagatelldelikten und strengere Strafen, durchgängige Überwachung von „Risikogruppen" und „gefährlichen Plätzen" sind Mittel einer solchen Politik. Die Kameraüberwachung öffentlicher Plätze ist ein Beispiel für die Konzentration der Strafverfolgung auf Kleinkriminalität, und somit auf ein Symptom wachsender Armut. Statistiken über den Kriminalitätsrückgang in Gegenden, in denen videoüberwacht wird, besagen, dass lediglich ein Rückgang kleinerer Diebstähle und Autoeinbrüche zu verzeichnen sei. Parallel dazu steigen nach diesen Statistiken jedoch die Anzahl der Delikte in den um-



Heute mit mehr Möglichkeiten: Das BKA (hier 1991, Foto aus NRZ)

liegenden Vierteln (es findet also lediglich eine Verschiebung statt) und trifft der sogenannte Kriminalitätsrückgang nicht auf Gewaltdelikte zu.

Der für den fordistischen Nachkriegskapitalismus typische „Sicherheitsstaat" (vgl. J. Hirsch: Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, Berlin, 1998, S.70), der sich durch eine komplexe Verbindung von relativ umfassender staatlicher Fürsorge und politisch-bürokratischer Kontrolle, Disziplinierung und Überwachung ausgezeichnet hatte, zieht sich zum Teil aus der Kontrolle wirtschaftlicher Bereiche zurück (Privatisierungen der Telekommunikation, der Stromversorgung, der öffentlichen Verkehrsmittel etc.). Er reduziert seine Ausgaben im sozialen Bereich, wie beispielsweise bei Kürzungen der Sozial- und Arbeitslosenhilfe, im kulturellen Sektor, im Kinder- und Jugendbereich. Gleichzeitig wird der Repressionsapparat weiter ausgebaut und aufgerüstet, um die entstehenden sozialen Konflikte besser unter Kontrolle halten zu können.

Es existiert jedoch nicht nur ein staatliches Interesse am Sicherheitsdiskurs, sondern auch ein ökonomisches. Wirtschaftliche Unternehmen haben ein Interesse an stabilen politischen und ökonomischen Verhältnissen. Sie haben ein Interesse an einem „starken", autoritären Staatsgefüge, das ihnen die Ware „Arbeitskraft" und die Standortfaktoren zu den günstigsten Bedingungen zur Verfügung stellt. Je repressiver staatliche Organe gegen Formen des sozialen und politischen Widerstands, wie Diebstähle und andere kleine Vergehen, aber auch Streiks, Demonstrationen, Bürgerinitiativen etc. vorgehen, desto reibungsloser funktionieren die Produktionsprozesse. Deshalb besteht auch seitens der Wirtschaft ein Interesse daran, die bestehenden Verhältnisse aufrecht zu erhalten und Konfliktpotentiale schon im Keim zu ersticken.

Parallel dazu existiert ein wirtschaftliches Interesse an einer Überwachung der Konsum- und Kommunikationsgewohnheiten der KonsumentInnen. Die dadurch gewonnenen Erkenntnisse ermöglichen eine auf bestimmte Personengruppen abgestimmte Werbung. Hierbei geht es jedoch nicht darum, den KonsumentInnen ein schönes Leben zu bescheren, sondern maximale Profite zu erzielen.

Ein Großteil der Bevölkerung wiederum hat ein Interesse daran, die bürgerliche Demokratie aufrecht zu erhalten. In den Innere-Sicherheits- Diskursen wird meist eine Bedrohung des politischen Systems, der Ökonomie, oder einer gesellschaftlichen Norm vorgegeben. Da sich große Teile der Bevölkerung mit dem hiesigen staatlichen und wirtschaftlichen System identifizieren, fühlen sie sich bedroht. In Folge dessen sind die Menschen bereit, Einschränkungen ihrer persönlichen Freiheit hinzunehmen, um weiterhin so leben und arbeiten zu können, wie bisher. Law and Order-PolitikerInnen arbeiten mit diesen Bedürfnissen. Aussagen, wie „man muss die Ängste der Bürger ernst nehmen" und eine Tendenz zur übertriebenen Sanktionierung von Bagatelldelikten machen deutlich, dass nicht konkrete Straftaten, sondern subjektive Befindlichkeiten zur Legitimation politischer Interventionen herhalten müssen. Themen wie Unsauberkeit auf der Strasse, Betteln, „Vandalismus", die bisher strafrechtlich unbedeutend waren, werden in den Vordergrund gerückt. Dabei wird deutlich, dass es nicht darum geht, die Ursachen der sozialen Probleme dieser Gesellschaft zu bekämpfen, sondern mit einer restriktiven Politik für Ruhe und Ordnung zu sorgen und zu gewährleisten, dass das System weiter funktionieren kann.

Solange sie davon profitieren, halten die StaatsbürgerInnen Demokratie und Kapitalismus für gute, funktionierende Systeme, und wollen diese gesichert sehen. Die jeweils im Innere- Sicherheits-Diskurs produzierten TäterInnen werden von ihnen als „Bedrohung" ihrer kleinen heilen Welt akzeptiert. BettlerInnen zeigen die Kehrseite des Kapitalismus, „Terroristen" bedrohen das Bestehende.

Ausblick

Widerstand gegen den herrschenden Innere- Sicherheits- Diskurs und die daraus entstehenden Konsequenzen gibt es seit Ende der 90er Jahre kaum noch. Die Menschen und Gruppen, die sich kritisch damit auseinandersetzen, arbeiten sich häufig an den Symptomen und den schlimmsten Auswüchsen, wie etwa Gesetzesverschärfungen und den Einschränkungen der bürgerlichen Freiheit, ab. Die Notwendigkeit, die bürgerliche Demokratie oder den Kapitalismus zu verteidigen wird jedoch nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Die Kritik bewegt sich stets innerhalb der Logik des herrschenden politischen und wirtschaftlichen Systems.

Anmerkung der Redaktion:

Dieser Beitrag wurde uns im Juni 2002 freundlicherweise von der Antifa O.R.K.A. aus Düsseldorf zur Verfügung gestellt. Die Antifa O.R.KA. ist organisiert im „Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf" (Antifa-KOK, www.antifakok.de) und via Email erreichbar über kok@free.de.

Gastbeitrag von Alexander Häusler

Themen der Rechten - Themen der Mitte

"Nation", "Normalisierung", "deutsche Identität" - zentrale Ideologeme der extremen Rechten bestimmen den öffentlichen Diskurs. Eine politische Gefahr der extremen Rechten liegt in ihrer zunehmenden argumentativen Nähe zu den „Anständigen", der „Mitte".

„Rechts" oder „links" zu sein ist out, gilt als „von gestern" oder „unanständig"- heute ist man „Mitte". Ob nun die großen „Volksparteien" CDU/CSU und SPD oder die Mittelschichtsklientel-Parteien FDP und die Grünen wie auch zunehmend die Ost-Partei PDS: Sie alle wollen „Mitte" sein. Zwar leitet sich die politische Unterscheidung zwischen „rechts" und „links" aus der räumlichen Sitzverteilung in der Französischen Nationalversammlung nach der Revolution von 1789 ab; sie stellt neben ihrer Funktion als Möglichkeit zur Differenzierung zwischen zentralen Wertmaßstäben und Gesellschaftsbildern zugleich eine Form räumlich vollzogener Abgrenzung zwischen Parteien bzw. politischen Strömungen in der parlamentarischen Demokratie dar, die bis heute Gültigkeit besitzt. Betrachtet man jedoch den inhaltlichen Gehalt aktueller Äußerungen in Parlamenten zu Themen wie „Zuwanderung", „Innerer Sicherheit", „nationalem Interesse" oder etwa über die Zugehörigkeit zu eben jener „Mitte", so dürfte die eindeutige Zuordnung bestimmter Äußerungen zur Sitzordnung auf der linken und rechten Seite des Hohen Hauses schwerlich möglich sein.

Nun lässt sich trefflich darüber streiten, wie der Begriff „Mitte" politisch überhaupt zu deuten ist. So zählt etwa der ehemalige CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble die seit dem Mai 2001 in Italien regierende Koalition aus neoliberal orientierten Rechtspopulisten („Forza Italia"), Neo- oder Postfaschisten („Alleanza Nazionale") und Separatisten („Lega Nord") zur „Mitte". Schäuble zieht eine Parallele zu dem Regierungsbündnis von FPÖ und ÖVP: „Eine ähnliche Entwicklung kann man auch in Österreich beobachten, seit Wolfgang Schüssel Bundeskanzler ist - was im Übrigen denen Recht gibt, die sagen: ‚Aufgabe großer Volksparteien ist es, zur Mitte hin zu integrieren.'"

Für den SPD-Generalsekretär Franz Müntefering hingegen ist „die Mitte links" und damit meint der Wahlkampf-Populist natürlich seine Partei. Besonders in Großbritannien und in Deutschland entfaltet sich für die Sozialdemokratie eine „neue Mitte" aus einer als „Modernisierungsprozess" begriffenen konzeptionellen Inanspruchnahme wertkonservativer und neoliberaler Ideologie- und Programmfragmente, die mit nationalstaatlich orientierten Arbeits- und Erwerbskampagnen aus dem Erbe der historischen Arbeiterbewegung angereichert sind. Roland Tichy, Berater von Bundeskanzler Schröder, hält in bedenkenswürdigem Einklang mit konservativen und wirtschaftsliberalen Positionen die „deutschen Tugenden" für einen Trumpf im Prozess der

Globalisierung. Eben jene Tugenden machte der stellvertretende CDU-Vorsitzende Jürgen Rüttgers der Sozialdemokratie mit dem Argument streitig, die SPD versuche so, von links aus „die politische Mitte zu erobern", welche orginär von der CDU besetzt sei. Auch FDP und Grüne konkurrieren um Urheberrechte als Partei der Mitte bei zunehmender programmatischer wie auch - siehe Jamal Karsli - personeller Überschneidung. Verwirrung überall, so scheint es, hinsichtlich der richtungsmäßigen Zuordnung jener viel beschworenen „Politik der Mitte".

Die „Mitte" und die extreme Rechte

In dem ereignisfixierten Aufkommen und Abschwellen öffentlicher Diskurse um Gefahren sowie Ursachen rechtsextremer und rassistischer Gewalt manifestiert sich eine regelmäßig zutage tretende Einstellung öffentlicher Meinungsträger: Solche Phänomene scheinen als etwas von „außen" oder „den Rändern" Kommendes angesehen zu werden: als Entwicklungen, die sich „gegen uns", d.h. die bestehende sozioökonomische und politische Ordnung, sowie gegen den im gesellschaftlichen Alltag herrschenden „Normalzustand" richten. Rückt ein besonders verwerfliches rassistisch oder rechtsextrem motiviertes Ereignis wieder in den Blickpunkt medialen Interesses, so folgt darauf regelmäßig ein ritualisiertes Bekenntnis zur „Weltoffenheit" und „Toleranz" Deutschlands. „Wir", die Deutschen, heißt es dann in eigentümlichem Gleichklang, sind anders, eben „anständig", haben aus der Geschichte gelernt und sehen unser bzw. das Ansehen des „Wirtschaftsstandorts D" in der Welt durch derartige Ereignisse bedroht. In solchen Bekenntnissen dokumentiert sich ein Verständnis kollektiver Identität, das rechte bzw. rechtsextreme Äußerungen sowohl von ihrem geschichtlichen Hintergrund wie auch von ihren strukturellen Rahmenbedingungen abzutrennen sucht. Seit der Französischen Revolution kennt man im politischen Sprachgebrauch die Differenzierung zwischen „rechts" und „links". Spätestens mit dem Ende der sog. Blockkonfrontation erfuhr diese Einteilung des (partei)politischen und parlamentarischen Spektrums in den westlichen Demokratien durch eine sich allgemein durchsetzende Bezugnahme auf die Mitte eine gravierende Veränderung. Realpolitik bzw. „realistische" Politik geriert sich im alltäglichen Konkurrenzkampf der Parteien um Wählerstimmen und medial erzeugte Massenstimmungen nicht mehr in erster Linie als links- oder rechtsorientierte Programmatik, sondern als eine wahlweise sach- oder wertorientierte, auf jeden Fall pragmatische und moderne Politik der „Mitte". Rechts und Links gelten in einem solchen Kontext als „Extreme", welche den nationalen „Normalzustand" eben jener Mitte von den Rändern aus stören oder bedrohen.

Die symbolische Politik der Mitte beinhaltet die Verbreitung populistischer Schemata, wodurch sie mit Rückgriff auf nationalistische und zum Teil rassistische Etikettierungen bzw. Vorurteilsstrukturen selbst eine politische Spielart des fundamentalistischen Wertedualismus unter liberalkapitalistischen Vorzeichen fördert. Die zur Abgrenzung gegenüber dem Multikulturalismus oft zitierte Huntington'sche These vom „Kampf der Kulturen" („clash of civilizations") oder Bassam Tibis Formel vom „Krieg der Zivilisationen", die nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 ihre gefährlichen Folgen für das friedliche Zusammenleben in der Bundesrepublik deutlicher als vorher erkennen ließen, sowie öffentliche Debatten um die „deutsche Leitkultur", den angeblich nötigen Nationalstolz oder „Grenzen der Belastbarkeit" im Hinblick auf Zuwanderung zeugen von der Etablierung eines neuen Wertekanons in der politischen Mitte. Dieser bestätigt rechte, nationalistische und rassistische Einstellungen, wodurch er seinerseits Elemente fundamentalistischen Denkens aufweist. Die viel beschworene „Politik der Mitte" selbst ist es, die Freund-Feind-Schemata als ideologischen Kitt für soziale Zerfalls- und Entsolidarisierungstendenzen im Gefolge der Globalisierung bzw. der neoliberalen Modernisierung produziert und hier liegt die zentrale Ursache für die Attraktivität rechtsextremer Denkmuster.

Rassismus und Nationalismus prägen als konstitutive Merkmale des Rechtsextremismus in einem zunehmenden Maße „autoritäre Entwicklungen" der gesellschaftlichen Mitte. Diese ziehen eine Politik nach sich, die „partikularistisch mit ethnisch-kulturellen, religiösen oder ausschließlich territorialen Kriterien begründet wird und sich dabei auf kollektive Identitäten stützt"[1]. Der Bremer Politikwissenschaftler Michael Zürn betont zu Recht, dass im Kontext eines „verschärften Standortwettbewerbs Klassenkonflikte zugunsten von ethnischen und rassistischen Konfliktlinien an Bedeutung verlieren."[2] Eine derartige Verschiebung gesellschaftlicher Widersprüche auf konstruierte Feindbilder weist partiell Affinitäten zu Tendenzen auf, die Zeev Sternhell, Mario Sznajder und Maia Asheri als „Grundelemente des Faschismus" benennen: einen „völkische(n) Nationalismus, genährt durch Sozialdarwinismus und oft auch biologischen Determinismus"[3]. Sternhell, Sznajder und Asheri zufolge waren gerade die „kollektivistisch, antiindividualistisch und antirationalistisch"[4] verklausulierten Erhöhungen nationaler Kultur und Größe für das Aufkommen des Faschismus maßgeblich: „Das versagende Proletariat sollte durch jene aufstrebende Macht der modernen Welt ersetzt werden, die aus dem Fortschritt, den Unabhängigkeitskriegen und der kulturellen Integration geboren worden war: durch die Nation. Alle ihre Klassen sollten zusammengeschweißt werden im gemeinsamen Kampf gegen die bürgerliche, demokratische Dekadenz."[5] Die

Das zentrale Sprachrohr der "Freien Kameradschaften" bedankt sich bei CDU/CSU für deren Kampagne gegen den "Doppelpass"

antirationalistische Produktion von Feindbildern mittels symbolischer Politik unter nationalistischen Prämissen prägt unter ganz anderen - weitgehend neoliberalen - Verhältnissen auch den politischen Alltag westlicher Demokratien heute.

Die extreme Rechte als Verstärker vorherrschender rechtspopulistischer Diskurse

Die rechtsextreme Hetze gegen die multikulturelle Gesellschaft zeigte Wirkung in der politischen Kultur der Bundesrepublik. Mit ihren Kampagnen gegen „Ausländer" hat die extreme Rechte selektiven Zuspruch von Vertretern des etablierten Politikbetriebs und in renommierten Medien erhalten. Argumentationsmuster des völkischen Nationalismus, rassistische Stereotype und ethnisierende Zuschreibungen von gesellschaftlichem Konfliktpotenzial durchziehen inzwischen die dominanten Diskurse. Die inhaltliche Überschneidung konservativer, nationalistischer und rechtsextremer Diskurse ist an den Debatten um Zuwanderung, Multikulturalismus oder Nationalbewusstsein erkennbar.

Die extreme Rechte sieht sich inhaltlich bestärkt durch die xenophoben Bedrohungsszenarien in den Mainstream-Medien sowie die populistischen Wahlkampagnen etablierter Parteien. Dies spiegelt sich in der Berichterstattung rechtsextremer Medien wider: Fast jedes rechtsextreme Organ druckt mittlerweile Kommentare der etablierten Presse oder Äußerungen staatstragender Politiker/innen nach, um den eigenen Rassismus argumentativ zu untermauern. Genüsslich dokumentiert beispielsweise die extrem rechte Zeitschrift „Nation und Europa" in einer ironisch „Aktuelles aus Multikultopia" genannten Rubrik weitestgehend unkommentiert Artikel aus der bürgerlichen Presse, die sich um „Ausländerkriminalität" oder „Überfremdung" drehen. So wird z.B. Altbundeskanzler Helmut Schmidt durch den Abdruck folgender Äußerung zum Kronzeugen für den Nationalismus erhoben: „Jemand, der seine eigene Nation aufgibt, gibt sich à la longue über zwei, drei Generationen selber auf. Die Leute brauchen den Nationalstaat, sie brauchen eine nationale Identität."

Ähnlich verfährt die Zeitung „Der Republikaner": Auf der ersten Seite dieser Parteizeitung taucht regelmäßig unkommentiert ein Zitat aus der etablierten Politik oder seriösen Medien auf, das als Bestätigung der REP-Position genutzt wird, beispielsweise eine Stellungnahme aus der FAZ zur Leitkultur: „Offen für das Fremde wird, wer sich des Eigenen sicher sein kann. Seit Jahren führen wir eine Ausländerdebatte unter sorgsamer Umgehung der Inländerfrage: Was wollen wir eigentlich bewahren? Welchem Kodex muß sich unterwerfen, wer zu uns gehören will? Worauf darf, worauf muß unser Stolz gründen? Wer sich der Frage nach der Leitkultur verweigert, wird auch die Lösung für die andere, die Ausländerfrage, nicht finden."

Die von Oberhausen aus herausgegebene Postille „Unabhängige Nachrichten" wiederum füllen regelmäßig ganze Seiten mit Abdrucken von Artikeln aus etablierten Medien, um ihrer Propaganda einen argumentativen Rückhalt zu verleihen. Statistiken zur Zuwanderung oder zum Geburtenrückgang werden veröffentlicht und mit völkisch-nationalistischen Anmerkungen versehen oder auch kommentarlos zitiert, wie ein Abdruck eines Artikels aus der „Welt am Sonntag" (WamS) dies beispielhaft illustriert: „Die Zuwanderung wird in Deutschland zu dramatischen Veränderungen führen. In absehbarer Zeit werden die Deutschen in einigen Städten erstmals in der Minderheit sein. Das ist die Prognose des Deutschen Instituts für Urbanistik (difu) in Berlin." Auch populistische Kampagnen etablierter Parteien werden aufgegriffen und teilweise aktiv unterstützt: Um einer lokalen Pressekampagne der Bad Homburger CDU zu einer größeren Verbreitung zu verhelfen, verteilten die UN gar einen Sonderdruck als sog. Bürgerinfo kostenlos an private Haushalte. Unter der Überschrift „Sozialhilfeparadies Deutschland: Wo sind die Grenzen der Belastbarkeit?" skandalisierte die dortige CDU den angeblichen Sozialhilfebetrugsfall türkischer Migrant(inn)en in einer Form, die dem Stil rechtsextremer Gazetten nahekam. So wurde in der - von der UN-Sonderausgabe nachgedruckten - CDU-Presseerklärung eine als „15-köpfige türkische Asylanten-Großfamilie" titulierte Gruppe als Beispiel dafür hingestellt, „daß die Leistungen dieses Sozialparadieses sich inzwischen weltweit herumgesprochen haben und für Wirtschaftsflüchtlinge und deren Schlepperbanden immer attraktiver werden". Jener im Jargon der rechtsextremen Presse verfassten Presseerklärung folgte in dem UN-Sonderdruck seitenlang eine Auflistung von Anfragen an das hessische Sozialministerium im Hinblick auf die Antragsformalitäten der angeprangerten Familie. Zum Abschluss dieser „Dokumentation" kommentierte die UN: „Es ehrt den CDU-Abgeordneten Prof. Dr. Hamer, daß er diesen Skandal aufgedeckt hat. Doch wer hat dieses ‚Sozialparadies' geschaffen, in dem sich laut Hamer ‚viele Leute fragen, warum sie noch arbeiten sollen'? Im Bund hat die CDU 16 Jahre lang die Gesetze gemacht und in Hessen ist sie wieder Regierungspartei. Von ihr ist keine Politik zum Wohle des Volkes zu erwarten. Von der SPD, den Grünen oder den Tiefroten zu sprechen, erübrigt sich. Es gibt nur eine Antwort: Soziale Gerechtigkeit nur durch Stop der Massenzuwanderung!"

Ein affirmativer Bezug auf vorherrschende populisti-

sche Diskurse über Zuwanderung, Multikulturalismus oder nationale Identität lässt sich sogar bei denjenigen Medien nachweisen, die sonst ihr Selbstverständnis aus einem NS-orientierten „nationalen Widerstand" gegen ein „multiethnisches Deutschland" und dessen sog. Systempresse zu ziehen versuchen. Genannt sei in diesem Zusammenhang das zwischenzeitlich wohl eingestellte Internet-Medium „Rheinwacht". In sogenannten. Schulungstexten zur Argumentation werden seitenweise Zitate aus etablierten Medien und aus der etablierten Politik präsentiert, um die eigene Propaganda auf die Höhe des Zeitgeistes zu bringen. So mussten unter der Überschrift „Integration? Das falsche Rezept" Zitate von Altbundeskanzler Helmut Schmidt, dem ehemaligen Berliner CDU-Fraktionsvorsitzenden Klaus Landowsky, aus dem „Spiegel", der FAZ, den „Stuttgarter Nachrichten" oder der „Berliner Morgenpost" dazu herhalten, folgendes Fazit zu ziehen: „Begrüßen und fördern wir die kulturelle Rück- und Selbstbesinnung der ethnischen Gruppen in Deutschland. Freuen wir uns, wenn sie ihre Sprache, ihre Geschichte, ihr Brauchtum pflegen und damit ihre Heimatverbundenheit wahren wollen. Erwarten wir weder ‚Anpassung' noch ‚Integration' von ihnen, sondern Treue zu ihrem Volk, ihrer Sitte, ihrer Religion. Um so leichter wird es unseren Gästen fallen, zu Hause wieder Fuß zu fassen." In einem weiteren Text mit dem Titel „Prominente zum Ausländerproblem" bemühte man nahezu das gesamte Parteienspektrum mittels Zitaten, um die Schlussfolgerung zu untermauern, das sog. Ausländerproblem rühre daher, „daß Inländer ihr Land mit zu vielen Ausländern teilen müssen."

Die REPs stimmen mit Jürgen Rüttgers (CDU) überein und übernehmen seine Forderung würtlich

Bei der „neurechten" Wochenzeitung „Junge Freiheit" ist die inhaltliche Überschneidung von „Rechts" und „Mitte" fast wöchentlich nachlesbar. So rechtfertigte beispielsweise der CDU-Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann in einem JF-Interview die Unterschriftenkampagne der Union gegen die doppelte Staatsbürgerschaft 1998/99 mit den Worten: „Als Mann mit Basisnähe habe ich von vornherein gesagt, diese Unterschriftenaktion ist der Zündsatz zu unserem Sieg. (...) Die nationale Karte, vernünftig und moderat gespielt, hat gestochen und den Sieg gebracht. (...) Und besonders wichtig: Der normale Deutsche macht nicht den langen Weg an den rechten Rand, weil er sich dicht bei der Mitte schon gut aufgehoben fühlte." In metaphorischen Wendungen wie der „nationalen Karte" als „Zündsatz zum Sieg" vermischt sich der christdemokratische Wahlkampfjargon mit dem rechtsextremer Kampfparolen. „Die CDU und die Wähler haben den Schmutzkübeln und ‚Maschinenpistolen' der ‚Meinungssoldaten' standgehalten", so der Interviewte weiter. Hohmann rekurrierte mit solchen Begriffen in zugespitzter Form auf Formulierungen des Schriftstellers Martin Walser. Jener hatte am 11. Oktober 1998 in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche von „Meinungssoldaten" gesprochen, die „mit vorgehaltener Moralpistole" anderen ihre Überzeugung aufdrängten. Solchen „Bedrohungen" scheint sich auch Hohmann ausgesetzt zu fühlen: „Die Bezeichnung ‚ausländerfeindlich' hat mit der Realität in Deutschland nichts zu tun. Sie ist eine Beleidigung für das deutsche Volk. Es ist eine Unsinns- und Totschlagvokabel."

Die Ausweitung der politischen Grau- bzw. Braunzone auf die „Mitte" des politischen Spektrums gelingt der JF auch weit über das rechtskonservative Lager hinaus. So präsentiert die Zeitung nicht ohne hämischen Stolz über ihre gelungene Querfrontstrategie in einer Presseerklärung die Äußerung des SPD-Innenpolitikers Peter Enders aus einem JF-Interview, er befürchte „Zustände wie im englischen Oldham", falls es „zu Einwanderung im Maßstab einer großen Zahl kommt". Manche Sozialdemokraten offenbarten zudem Einschätzungen, mit denen die JF durchaus konform geht. So gewann man den ehemaligen nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann (SPD) für ein Interview, der bei der Diskussion um Zuwanderung gleichfalls „Anfänge von Meinungsterror" zu erkennen glaubte: „Ich kann mich über die gezielte Emotionalisierung und sogar Unaufrichtigkeit in der Diskussion um Zuwanderung nur wundern. Wenn sich etwa jemand - wie ich - dagegen wendet, daß wir grenzenlose Zuwanderung zulassen, dann verwahre ich mich dagegen, ihn als ausländerfeindlich hinzustellen", bemerkte Farthmann auf die Frage, ob „Zuwanderung" ein legitimes Wahlkampfthema sei.

Bei so viel Übereinstimmung erscheint der staatlich verordnete „Aufstand der Anständigen" - ein scheinbar spezifisch deutsches Phänomen in der Geschichte von Aufständen - in einem anderen Licht: Wer die extreme Rechte wirkungsvoll bekämpfen will, muss wohl zugleich die „Anständigen" mit ins Visier nehmen.

Die folgenden Ausführungen sind modifizierte Auszüge aus der Neuerscheinung:

Alexander Häusler ist Mitautor der Neuerscheinung:

Christoph Butterwegge u.a.:
Themen der Rechten - Themen der Mitte.
Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002

[1] Siehe Dietmar Loch/ Willhelm Heitmeyer, Einleitung: Globalisierung und autoritäre Entwicklungen, in: dies. (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 2001, S. 15

[2] Siehe Michael Zürn, Politische Fragmentierung als Folge der gesellschaftlichen Denationalisierung?, in: ebd., S.120

[3] Zeev Sternhell/Mario Sznajder/Maia Asheri, Die Entstehung faschistischer Ideologie. Von Sorel zu Mussolini, Hamburg 1999, S. 24

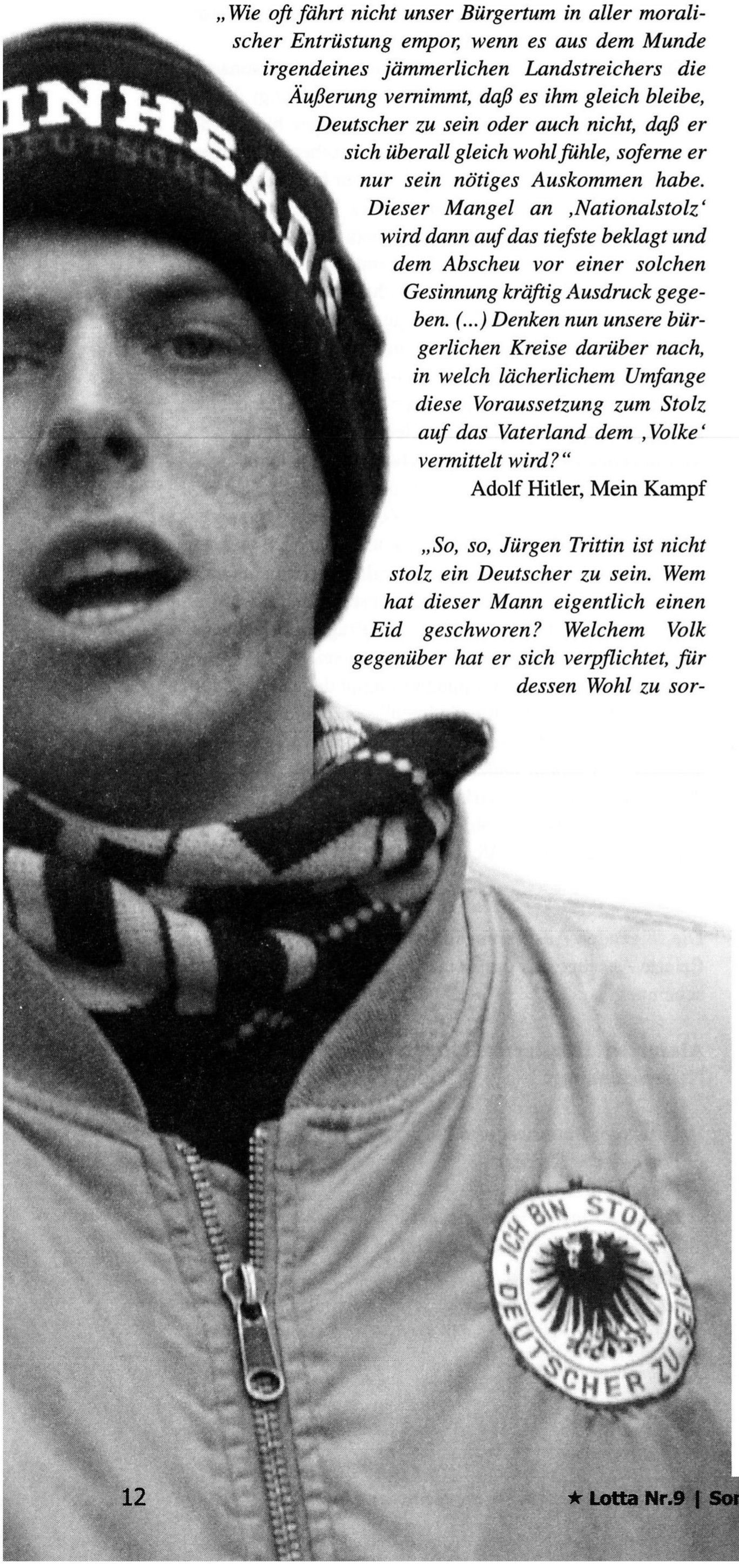
[4] Siehe ebd., S. 17

[5] Siehe ebd., S. 45

Gastbeitrag von Alexander Häusler

„Stolz, Deutscher zu sein"

Die sogenannte Nationalstolz-Debatte als Beispiel für die Transformation einer Parole der „Unanständigen" zum allgemeingültigen Bekenntnis der „anständigen Deutschen"



„Wie oft fährt nicht unser Bürgertum in aller moralischer Entrüstung empor, wenn es aus dem Munde irgendeines jämmerlichen Landstreichers die Äußerung vernimmt, daß es ihm gleich bleibe, Deutscher zu sein oder auch nicht, daß er sich überall gleich wohl fühle, soferne er nur sein nötiges Auskommen habe. Dieser Mangel an ‚Nationalstolz' wird dann auf das tiefste beklagt und dem Abscheu vor einer solchen Gesinnung kräftig Ausdruck gegeben. (...) Denken nun unsere bürgerlichen Kreise darüber nach, in welch lächerlichem Umfange diese Voraussetzung zum Stolz auf das Vaterland dem ‚Volke' vermittelt wird?"

Adolf Hitler, Mein Kampf

„So, so, Jürgen Trittin ist nicht stolz ein Deutscher zu sein. Wem hat dieser Mann eigentlich einen Eid geschworen? Welchem Volk gegenüber hat er sich verpflichtet, für dessen Wohl zu sorgen, auch wenn er das ganz ohne Gottes Hilfe zu schaffen glaubt?"

CDU-Bundesgeschäftsstelle[1]

„Trittin verkennt, dass oberster Diener - Minister - in diesem Staat nicht sein kann, wer seinen Widerwillen gegen die Mitte der Gesellschaft so wenig bezähmen kann, dass ihm bei der Nationalhymne übel wird und beim Großen Zapfenstreich das Messer in der Tasche aufgeht. Auch in einem vereinten Europa bleibt auf absehbare Zeit das Staatsvolk der Souverän (..) Wer nicht stolz darauf sein kann, diesem Land dienen zu dürfen, der mag für den Kanzler noch so nützlich sein - der Souverän kann auf ihn verzichten."

CDU-Bundesgeschäftsstelle[2]

Nachdem CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer im Frühjahr des Jahres 2001 die bis dato von Rechtsextremen reklamierte Parole „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein" öffentlich für sich in Anspruch nahm, bekundete der Bundesumweltminister Jürgen Trittin von Bündnis 90/Die Grünen in einem Interview:

„Laurenz Meyer hat die Mentalität eines Skinheads und nicht nur das Aussehen. Laurenz Meyer hat selber bekundet, dass er stolz darauf sei, dass er Deutscher ist. Das ist so die Flachheit, der geistige Tiefflug, der jeden rassistischen Schläger in dieser Republik auszeichnet."

Jene Reaktion des Bundesumweltministers war Anlass zu einer über sämtliche Parteigrenzen hinaus geäußerten öffentlichen Empörung, die als sogenannte Nationalstolz-Debatte ca. einen Monat lang als beherrschendes Thema die bundesdeutschen Medien bestimmte.

Durch die Nationalisierung von Sprache und Politik verschieben sich die Maßverhältnisse des Politischen weg von reflexiven und demokratisierenden Politikansätzen in Richtung einer populistischen, symbolisch-emotional ausgerichteten Politik, die Selektion und Ausgrenzung als Kehrseite symbolischer Kollektivbesetzung zum Maßstab gesellschaftlichen Handelns erhebt.

Die Nationalstolz-Parole als subkulturell und rassistisch codiertes Identifikationsmerkmal des Rechtsextremismus

Ein Rückblick in die Geschichte des sogenanten RechtsRock-Phänomens zeigt, dass die Parole „Ich bin stolz, Deutscher zu sein" konstitutiv gewesen ist für die Entwicklung der rechtsextrem orientierten Skinhead-Bewegung. Durch Songs wurde jene Parole kreiert, inhalt-

lich besetzt und mittels öffentlicher Zur-Schau-Stellung durch Aufnäher oder T-Shirt-Aufdruck als Kampfparole transportiert.

Nachdem die Moerser RechtsRock-Band „Body Checks" die Parole vom „Stolzen Deutschen" als erste Band in Deutschland in einen Song übersetzte, machte die Band „Böhse Onkelz" mit ihrem Lied „Deutschland" die Parole „Wir sind stolz drauf, Deutsche zu sein" zur Hymne für die rechtsextremistische Skinhead-Szene. Da jene Parole 17 Jahre später durch die sogenannte Nationalstolz-Debatte ihre öffentliche Wirkung wie zugleich breite Zustimmung in der gesellschaftlichen Mitte erfuhr, lohnt sich ein Blick in den inhaltlichen Kontext jenes „Deutschland"-Liedes:

„Deutschland, Deutschland, Vaterland,
Deutschland, Deutschland, mein Heimatland.
Den Stolz Deutsch zu sein woll'n sie dir nehmen,
das Land in den Dreck zieh'n, die Fahne verhöhnen.
Doch wir sind stolz, in dir geboren zu sein.
Wir sind stolz drauf, Deutsche zu sein."

Die Parole „Ich bin stolz, Deutscher zu sein" gerierte durch diese musikalische Verbreitung zu einer Form von szenespezifischem Identifikationscode. Sie wurde fortan zu einem durch Schulter-Aufnäher oder T-Shirt-Aufdruck offen zur Schau getragenem Symbol der Zugehörigkeit zur rechtsextrem orientierten Skinhead-Szene. Der subkulturell codiert aufkommende Deutsch-Nationalismus in der Skinhead-Szene bot der klassischen extremen Rechten einen entscheidenden Anknüpfungspunkt zur jugendorientierten „Modernisierung" ihrer völkisch-nationalistischen Propaganda. Rechtsextreme Theorieorgane wie "Nation & Europa" griffen schon 1987 die deutsch-nationalistische Kampfparole der Skinhead-Szene auf: „ Die Skinheads heißen zu deutsch ‚Kahlschädel' (...) Die Quexe von heute tragen feste Schnürstiefel mit Stahlkappe (...), tarnfarbene Armeehosen (...) und Bomberjacken mit Aufnähern wie ‚Ich bin stolz ein Deutscher zu sein!'"

Daraus ableitend griff die rechtsextreme Zeitschrift die Notwendigkeit auf, „sich mit den Modetrends der Jugendszene ernsthaft zu befassen" und deren subkulturell codierten Nationalismus politisch zu nutzen: „Wir müssen uns dieser jungen Deutschen annehmen und froh sein, daß es nichtangepasste Deutsche gibt. Unsere Aufgabe ist (...), sie für das Volksganze zu gewinnen, ihnen den Weg dahin zu zeigen".

Der szenetypisch zur Schau gestellte Nationalstolz durch das Tragen jener Parole wurde in der Folgezeit weit über die Skinhead-Szene hinaus von rechtsextremen Gruppen strömungsübergreifend aufgegriffen und identitätsstiftend als Motto wie zugleich als politische Proklamation und Stilmittel rechtsextremer Selbstinszenierung und Mobilisierung genutzt. Analog dazu entfaltete sich ein Vertriebssystem für rechtsextreme Skinhead- und Rechtsrock-Musik, das eine angebotsorientierte Mischung von Nationalismus und Rassismus in musikalischer Verpackung unter zunehmend professionalisierten und profitorientierten Vertriebsstrukuren entfaltete, deren Marktführer wie die Label „Rock O Rama" von Herbert Egold oder die zwischenzeitlich formal aufgelösten „Moderne Zeiten-Vertrieb" / „Creative Zeiten GmbH" des RechtsRock-Unternehmers Torsten Lemmer mittlerweile eine weit über die Skinhead-Szene hinausreichende Käuferschicht erreichen. Hierüber fand die identitätsstiftende Parole des „stolzen Deutschen" Eingang in die Formierung eines warenkompatiblen nationalistischen Lifestiles - die Zur-Schau-Stellung jener Parole wurde zum käuflich erwerbbaren Erkennungsmerkmal der Zugehörigkeit zu einer rechtsextrem orientierten Subkultur.

Spätestens seit der Wiedervereinigung vernetzten sich RechtsRock-Vertriebe und Skinhead-Szenen mit neonazistischen Gruppen organisatorisch derart, dass von einem jeweils eigenständigen Wirken nicht mehr gesprochen werden kann. Seit den neunziger Jahren gab es keinen einzigen neonazistischen Aufmarsch, auf dem die Parole vom „deutschen Stolz" nicht durch Transparente, T-Shirts, Aufnäher oder Anstecker zur Schau gestellt wurde. Sie stellte bis zur sog. Nationalstolz-Debatte ein symbolisches Identifikationsmerkmal der rechtsextremen Skinhead- und Neonazi-Szene dar, das bis zu jener Debatte in sämtlichen Medien auch als ein solches dargestellt, abgelichtet und interpretiert wurde.

Eine Nazi-Parole wird mittig

Die sogenannte Nationalstolz-Debatte konnte die extreme Rechte als Erfolg verbuchen. Die „Nationalzeitung", die schon lange vor dem Parolen-Bekenntnis des CDU-Generalsekretärs regelmäßig ihrer Leserschaft anbietet, die Skinhead-Parole vom „stolzen Deutschen" als Gratis-Aufnäher zuzusenden, kann sich in der Tat durch das etablierte Politik- und Medienecho in der sogenannten Nationalstolz-Debatte bestätigt fühlen. Ebenso die musikalischen Protagonisten jener Parole, die ihren völkischen Nationalismus zunehmend in einer Form verteidigten, welche im Zuge der Nationalstolz-Debatte als „Volkes Meinung" gleichklingend zum Ausdruck kam. So heisst es beispielsweise in Songs von RechtsRock-Bands wie der Gruppe "Sturmgesang" aus dem Hause des Rechtsrock-Verlegers Torsten Lemmer: „Sie machen auf mich Jagd, sie schlagen auf mich ein. Doch was ist falsch daran, ein Deutscher zu sein?" In der RechtsRock-Zeitschrift „Rock Nord" wurden in ähnlich klingender Verteidigungshaltung

Auch Laurenz Meyer (CDU) ist stolz, Deutscher zu sein

"Stolz, Deutscher zu sein"

Aufkleber mit Parolen wie „Sie sagen ‚die Nazis' und meinen uns Deutsche!" oder „Musik für`s Vaterland" beigelegt. In Deutschlands größter Boulevardzeitung hieß es gerade mal ein Jahr später in frappierendem Gleichlaut: „Das Diskussionsthema nach der Entgleisung von Minister Trittin: Darf ich als Deutscher stolz sein auf mein Land?" Die "Berliner Zeitung" titelte „den Fall Trittin" mit den Worten: „Bin ich ein Neonazi, wenn ich stolz bin ein Deutscher zu sein?"

Eine Ironie der Geschichte der Transformation jener subkulturell codierten Nationalstolz-Parole in die gesellschaftliche Mitte ist wohl auch, dass damit zugleich deren zentrale Verkünder aus der Skinhead-Szene Eingang fanden in den kulturellen Mainstream - die eingangs zitierten frühen Neonazi-Kult-Bands der rechtsextremen Skinhead-Szene, "Body Checks" und die "Böhsen Onkelz". Nach der Abkehr von ihrer Nazi-Attitüde wurden die Böhsen Onkelz als alte Neonazi-Kult-Band zu zeitgeistkompatiblen Heroen eines sich männlich-autoritär inszenierenden „Rebellentums". Durch öffentlichen Zuspruch von bekannten Persönlichkeiten wie der Feministin Alice Schwarzer oder dem grünen Europaabgeordneten Daniel Cohn-Bendit erhielten sie die gesellschaftlich notwendige Absolution, um zu einer massenkonsumierbaren Musikgruppe aufzusteigen. Der Band „Body Checks" hingegen gelang durch das sich tabubrechend gerierende Medienspektakel des Theaterregisseurs Christoph Schlingensief unter dem Duktus „bekehrter Rechter" der medial begleitete Einstieg in „Hamlet"-Aufführungen in renommierten Theaterhäusern. Ein Mitglied der Band - zugleich Leibwächter des RechtsRock-Verlegers Torsten Lemmer - wurde daraufhin zusammen mit Jenem als eine Art gelungenes Beispiel für einen Ausstieg aus der rechtsextremen Szene medial in Szene gesetzt.

Ganz im Trend des Zeitgeistes einer sich modern gerierenden „selbstbewußten Nation" droht die Skinhead-Parole in geglätteter Form zugleich zu einem allseits akzeptierten Stilmittel unter populärkulturellen Vorzeichen zu werden. In einem Interview mit der Tageszeitung "Die Welt" verdeutlichte der Gitarrist Paul Landers der Chart-Band "Rammstein" eine solche Tendenz mit den Worten: „Der Vorwurf, wir würden mit rechten Zeichen spielen, hat mit dem komischen Verhältnis zu tun, das Deutsche zu Deutschland haben."

Der allseits bekannte Aufnäher „Ich bin stolz, Deutscher zu sein" als vorher medial breit inszeniertes Sinnbild des „hässlichen Deutschen" verwandelte sich im Zuge jener öffentlichen Kampagne in einen Bekenntnisslogan gesellschaftlicher Zugehörigkeit.

Im Zuge jener medial in Szene gesetzten allgemeinen „Bekenntnis-Welle" beließ es die CDU nicht bei einem Entlassungsantrag im Bundestag. Sie startete zudem in Rheinland-Pfalz eine Unterschriften- und Plakataktion mit populistisch-nationalistischer Stoßrichtung gegen den Bundesumweltminister. Auf den Plakaten war zu lesen: „Jetzt reicht`s! Trittin beleidigt ganz Deutschland. Die SPD schaut zu." Der nationalistische Unterton jener Kampagne führte zu ihrer Unterstützung seitens der NPD. So kündigte die rheinland-pfälzische NPD an, Parteimitglieder an die Unterschriftenstände der CDU zu entsenden, die dort den Aufkleber „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein" verteilen sollten. Die "Nationalzeitung" titelte im Kontext der Nationalstolz-Debatte eine ihrer Ausgaben mit der Zeile „Stolz, Deutscher zu sein. So denkt die Mehrheit des Volkes" und hetzte in Anlehnung an die CDU-Kampagne gegen den Bundesumweltminister unter dem Titel „Wie sehr Trittin die Deutschen hasst."

Angesichts der zu jener Zeit bevorstehenden Landtagswahl rückte auch der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck vom grünem Bundesumweltminister mit den Worten ab: „Trittins Auftritt war völlig daneben." Auch Parteikollegen des Bundesumweltministers fielen ein in den allgemeinen Trend der Distanzierung. So schrieb etwa der grüne Bundesgeschäftsführer Reinhard Bütikofer in einem Brief an die Wahlkämpfer/innen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, dass Trittin mit seinen Äußerungen „sich und uns keinen Gefallen getan" habe. In rechtsorientierten Medien wie dem Wochenmagazin "Focus" wurde die angeblich unpatriotische Haltung des Bundesumweltministers gar zum Gegenstand verschwörungstheoretischer Mutmaßungen. So glaubte „Focus"-Chefredakteur Helmut Markwort in seiner Rubrik "Tagebuch" an dem Briefkopf des Bundesumweltministeriums Indizien für „eine Trittin`sche Störung gegenüber diesem Land" gefunden zu haben. Als „Indiz" wurde dort gewertet, dass bei der Bezeichnung „Mitglied des Bundestages" das Wörtchen „Deutschen" fehle. Wortgleich war eine solche Form journalistischer Beweisführung in der Nationalzeitung wiedergegeben. In ihrer Deutschtümelei waren die Angriffe der sog. Mitte und der extremen Rechten auf den Bundesumweltminister inhaltlich nicht mehr zu unterscheiden.

Beim Stolz auf das Vaterland scheint in Deutschland auch im neuen Jahrtausend noch - Rechtsextremismus hin oder her - der kollektive Bekenntnistrieb immer noch so zu funktionieren, wie er schon vom bekanntesten Politiker dieses Landes frenetisch gefordert wurde:

„Erst wenn ein Volkstum in allen seinen Gliedern, an Leib und Seele gesund ist, kann sich die Freude, ihm anzugehören, bei allen mit Recht zu jenem hohen Gefühl steigern, das wir mit Nationalstolz bezeichnen."

Adolf Hitler, Mein Kampf

[1] Westfalen-Blatt v. 18.3.2001, zit. nach: CDU-Bundesgeschäftsstelle/Hauptabteilung Medienpolitik und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), "Es gibt viele Gründe, STOLZ AUF DEUTSCHLAND zu sein", Broschüre, Berlin 2001, S.18

[2] Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 19.3.2001, zit. nach: CDU-Bundesgeschäftsstelle, a.a.o., S.19

"Nationale Opposition aus dem Hochsauerland / Siegerland", Sommer 2001 in Wunsiedel

Von Jan Spreuk

Regionalbericht Hochsauer- und Siegerland

In der letzten Ausgabe der LOTTA haben wir mit dem Regionalbericht über neonazistische Strukturen im Aachener Raum einen Startschuss für eine Reihe von Berichten über die Entwicklung in diversen Regionen in NRW gegeben. Diese Serie wird in dieser Ausgabe mit einem Bericht über das Hochsauer- und Siegerland fortgesetzt.

Jahrelang brachten die sauerländer Neonazis nicht viel auf die Beine. Doch die Lage könnte sich ändern. Die Szene, die einst zu den zahlenmäßig stärksten und aktivsten Strukturen in NRW zählte, startet neue Versuche, sich zu reorganisieren. Unter ihren beiden Vormännern **Andrè Zimmermann** und **Thomas Kubiak** aus Winterberg hatten sich die Strukturen in den 90er Jahren so stark entwickelt, dass selbst der NRW-Verfassungsschutz feststellen musste: "Nach dem Verbot der FAP im Februar 1995 ist die ‚Sauerländer Aktionsfront' (SAF) - neben den JN - die in Nordrhein-Westfalen bedeutendste neonazistische Gruppierung." Doch die Blütephase endete abrupt, als Zimmermann und Kubiak im November 1997 ebenso wie ihr 1992 verstorbener Vorgänger **Thomas Fink** bei einem Verkehrsunfall ums Leben kamen. Ihr designierter Nachfolger **Michael Krick** konnte die Führung nicht übernehmen, weil er noch am Abend der Beerdigung von Zimmermann und Kubiak verhaftet wurde und wegen Nötigung, Volksverhetzung, Verunglimpfung des Staates und des Verwendens verbotener Kennzeichen für eineinhalb Jahren hinter Gittern verschwand.

Die dritte Führungsgeneration

Eine Frau übernahm - was bei Neonazi-Strukturen eher unüblich ist - das Kommando: die Zugbegleiterin **Daniela Wegener** (28) aus Olsberg. Sie bemühte sich, wieder regelmäßige Treffen der „Kameraden" zur organisieren. Treffpunkt ist dabei auch heute noch häufig die Gaststätte "Zur Post" im Mescheder Stadtteil Wennemen, wo man sich mal zum bloßen Saufen trifft, mal aber auch zu Schulungsveranstaltungen. Wegener sorgte dafür, dass das Andenken an die toten Vorleute Zimmermann und Kubiak hoch gehalten wurde, zum Beispiel mit alljährlichen Gedenkveranstaltungen, die über NRW hinaus Teilnehmerinnen und Teilnehmer anlockten. Im Spätherbst 1999 zum Beispiel mit 80 bis 90 Neonazis im „Haus Cramer" im Warsteiner Stadtteil Hirschberg, im Jahr darauf im „Haus Hellmann" mitten in Meschede-Freienohl. Im Frühjahr 2000 war Daniela Wegener Versammlungsleiterin eines Treffens nordrhein-westfälischer, holländischer, hessischer und niedersächsischer Neonazis im „Cafe Vogelsang" im Willinger Ortsteil Schwalefeld. Zu vermuten ist, dass ihr schon damals bei der Vorbereitung die NPD-Kreisvorsitzende von Waldeck-Frankenberg, **Marion Figge**, geholfen hat, die nur ein paar Häuser vom Cafe Vogelsang entfernt wohnt. Mit ihr arbeitet Wegener seither immer enger zusammen. Bei überregionalen Demonstrationen tauchte Wegener mit sauerländer Neonazis zwar auf, allerdings bei weitem nicht mehr in solchen Größenordnungen wie zu Zeiten der "alten" SAF, als es die Szene schaffte, 60 und mehr Leute aus der Region auf die Beine zu bringen. Durch ihre Rolle im Sauerland und durch ihre überregionale Präsenz gelang es Wegener, in den Führungskreis der Neonazis in NRW aufzusteigen. Hinzu kam, dass sie Initiativen startete bzw. betreute, die über die Region hinaus in der Szene Beachtung fanden: 1999 beispielsweise mit der "Nationalen Initiative Freiheit für Michael Krick", zwei Jahre später mit einer "Nationalen Initiative ‚Kein Exempel an **Christoph Schulte**'", der zu diesem Zeitpunkt unter dem Verdacht des Mordversuchs in München in Untersuchungshaft saß.

Marion Figge

Die Bedeutung ihrer Vorgänger erreichte sie allerdings trotz allem nicht - was unter anderem damit zusammenhing, dass eine Reihe von Projekten scheiterte. Beispielsweise zwei Demonstrationen, die im März und Mai 1999 von NPD-Gliederungen aus NRW und Hessen angemeldet waren, beide aber abgesagt bzw. verboten wurden. "Hier zeigt sich wieder das es nichts bringt Demonstrationen etc. vorher anzumelden", hieß es anschließend auf der Homepage des „Siegener Bärensturms", des siegerländer Zweigs der Neonazis in Südwestfalen, "jeder sollte von seinem Recht auf spontane Versammlungen Gebrauch machen." Entsprechend agierten die sauerländer Neonazis später. Zum Beispiel im Sommer 2000, als 20 von ihnen zu Ehren des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß unangemeldet durch die Fußgängerzone Meschedes zogen. Oder im Jahr darauf, als eine angekündigte Veranstaltung auf einem Soldatenfriedhof gerichtlich verboten worden war, Wochen später dort aber 20 Aktivisten unangemeldet und ungestört eine Kranzniederlegung durchführten.

Ganz offiziell zu demonstrieren, war und ist bislang unter dem Label SAF unmöglich. Begründet wird dies von den Gerichten unter anderem mit den Erfahrungen der Zimmermann/Kubiak-Beerdigungen in Winterberg, als Hakenkreuzfahnen ins Grab gelegt wurden und "Sieg Heil" skandiert wurde. Die SAF habe zudem Aufkleber mit Hakenkreuzen und volksverhetzendem Inhalt verbreitet, halten ihr Gerichte in der Begründung für Veranstaltungsverbote immer wieder vor.

Bislang ohne dauerhaften Erfolg blieb auch der Versuch, nach dreijähriger Pause wieder eine eigene Publikation der hochsauerländer Szene, den "Sauerländer Stürmer", dauerhaft herauszugeben. Nach der zweiten Ausgabe, die Anfang 2001 verbreitet wurde, herrschte wieder Funkstille. Auch hinter diesem Projekt muss man Wegener vermuten. Als die Polizei im April 2001 ihre Wohnung durchsuchte, kamen auch entsprechende Unterlagen ans Tageslicht - nicht gerade optimal versteckt: unter anderem in der Wiege ihrer damals 15 Monate alten Tochter Thorina.

Neuer Name, neue Orte - gleicher Inhalt

War früher der Raum Winterberg, wo Kubiak, Zimmermann und zuletzt auch Krick wohnten, Schwerpunkt der Aktivitäten, so verlagerten sich die Aktivitäten im Laufe der Jahre. Leute aus der Winterberger Szene tauchen kaum noch bei Veranstaltungen auf. Eine frühere Neonazi-Wohngemeinschaft fiel in Ungnade, weil Mitglieder bei der Polizei Aussagen gemacht haben sollen und dort eine nicht-"arische" Frau einziehen durfte. Inzwischen versuchen die sauerländer Neonazis verstärkt im Raum Arnsberg/Sundern Anhänger zu rekrutieren - was damit zusammenhängen könnte, dass mit **Andreas Becker** einer aus ihrer Führungsriege dorthin gezogen ist.

Abschied genommen haben die sauerländer Neonazis inzwischen von ihrer alten Bezeichnung "Sauerländer Aktionsfront" (SAF). Heute laufen sie statt dessen wahlweise als "Nationaler Widerstand Hochsauerland", "Nationale Opposition aus dem Hochsauerland" bzw. "Freie Nationalisten Sauerland/Siegerland" oder "Nationale Opposition aus dem Hochsauerland/Siegerland" auf. Die Namenserweiterung "Siegerland" verweist auf den zweiten Zweig der alten SAF-Strukturen, hinter dem vor allem **Martin Scheele** (32) steckt, der in Bestwig in der Nähe von Meschede aufwuchs und später nach Siegen zog, wo er - unterstützt durch **Steffen Ostehr** - mit der Gruppierung "Siegener Bärensturm" und dem angegliederten Fanzine „Siegener Bärenruf" versuchte, Fußball-Fans und -Hooligans für seine Ideen zu gewinnen. Scheele, der auch drei Ausgaben des „Bärenruf"-Nachfolgerblattes "Sprung auf... Marsch, marsch!!!" herausgab, ist es auch, der mit seiner Homepage für die Internetpräsenz der sauerländer und siegerländer Neonazis sorgt. "Kameradschaft 2/130" nennen sich die Neonazis dort - eine Bezeichnung, die sich auf eine Siegener SA-Einheit bezieht. Nicht gelungen ist es Scheele offenbar bisher, das gesamte Neonazi-Potenzial des Siegerlands zu einen. Ein Eigenleben führen eine Gruppierung im Raum Hilchenbach, deren Ursprünge schon zu FAP-Zeiten zu finden sind, und eine Gruppe, die an der Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz beheimatet ist. Diese Gruppe, der 15 bis 20 Anhänger zugerechnet werden, geriet im September letzten Jahres in die Schlagzeilen, als sie nächtelang die in Niederschelderhütte lebende türkische Wohnbevölkerung in Angst und Schrecken versetzt hatte.

Im Internet bemerkbar machte sich bis vor einem Vierteljahr außerdem eine Gruppierung "Skinheads Eichen-Krombach" aus dem nördlichen Siegerland, auf deren Seite sich die Szene mit Liedtexten und Musikstücken - bis hin zu "Terrorkorps" "Blut muss fließen" eindecken konnte. Ganz offen bekannten sich die Nazis aus Eichen und Krombach zu ihrem Rassismus, "da es hier verhältnismäßig viele Ausländer gibt, die wirklich nur Scheiße bauen".

Martin Scheele und Andreas Becker

on the road ...

Bei kaum einer Neonazi-Demonstration in NRW und bei keinem bundesweit wichtigen Aufmarsch fehlen die Kameraden aus dem Sauer- und Siegerland. Ob es um Heß geht wie im vorigen August in Wunsiedel oder um die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht wie im Februar und März in Bielefeld oder ob Worch zu einem seiner zahlreichen kleineren Aufmärsche in NRW ruft: Die Sauer- und Siegerländer sind, häufig auch mit eigenen Transparenten, dabei. Wegener und Scheele, der inzwi-

Daniela Wegener

schen in dem kleinen Netphener Ortsteil Walpersdorf lebt, fungieren dabei zumeist als Ordner. Wegener durfte in einem Fall, bei einer Demonstration am 9. März dieses Jahres in Köln, auch eine Rede halten. Ein Neonazi aus Olpe, der zum nahen Umfeld von Scheele zählt, fungiert zudem als Fotograf: Bilder von Demos verbreitet er anschließend über die Homepage des „Siegener Bärensturms" bzw. über das „Nationale Forum".

Nach den gescheiterten Versuchen 1999 übernahm es ab 2001 **Christian Worch**, Chef der „Freien Kameradschaften" aus Hamburg, persönlich, nach langer Pause - die letzte angemeldete Demo hatte es im Sommer 1992 gegeben - Neonazi-Aufmärsche im Sauerland wieder möglich zu machen. Den ersten Erfolg hatte er im Sommer 2001, als er vor Gericht eine Veranstaltung in Meschede durchsetzte, während er auf der anderen Seite darauf verzichtete, auch eine für denselben Tag in Arnsberg geplante Demonstration vor den Verwaltungsgerichten oder letztlich vor dem Bundesverfassungsgericht einzuklagen. 120 Neonazis zogen Ende Juni 2001 durch die Straßen Meschedes. Das eigentliche Ziel, die Szene im Sauerland wieder zu reaktivieren, wurde nicht erreicht. Gerade einmal 15 bis 20 Neonazis aus dem Sauer- und Siegerland wurden bei der Demo gesichtet. Im Frühjahr 2002 startete Worch den zweiten Versuch, diesmal im benachbarten Arnsberg. Unter dem Motto "Bürgerrechte und Meinungsfreiheit auch im Sauerland" wurden am 13. April rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gezählt, davon erneut um die 20, die der sauerländer und siegerländer Szene zugerechnet werden können. Nicht mit auf der Straße, aber im Vorfeld eingesetzt war der junge Neonazinachwuchs aus Arnsberg, der bisher nur lockere Verbindungen zu den älteren Kadern unterhält. Am Vorabend des Aufmarschs deckte er Arnsbergs Innenstadt mit einer "Bürgerinformation" von Worch sowie Aufklebern aus der Werkstatt des Hagener Neonazis **Rüdiger Kahsner** bzw. der Oberhausener „Unabhängigen Nachrichten" ein.

and on stage ...

Ein paar Wochen zuvor, am 8. März, war Arnsberg - genauer: die Burgruine mitten in der historischen Altstadt - bereits Austragungsort eines Konzerts gewesen, höchstwahrscheinlich die Begrüßungsfeier für **Kai Sauer**, einen Neonazi, der kurz zuvor aus der Haft entlassen worden war. "Rund 150 Aktivisten des Nationalen Widerstandes versammelten sich in Arnsberg zu einer privaten Feier mit musikalischer Untermalung (3 Bands). Mit der alten Burg war ein passender Ort gefunden worden und der FC Grün/Weiß tappte wieder einmal im Dunkeln. Bis in die frühen Morgenstunden wurde das Tanzbein geschwungen!", wurde auf der Homepage des Siegener Bärensturms anschließend berichtet. Und noch einmal wurde Arnsberg in jenen Tagen zum Ziel der sauerländer Neonazis. Am 20. April, zu Hitlers Geburtstag, ließen 70 von ihnen an einer Grillhütte am Stadtrand den Führer hoch leben, "Führer befiehl, wir folgen dir!" und "Sieg Heil" johlten sie und stimmten das Horst-Wessel-Lied an. Als die Stimmung fast schon überschäumte, wurden die Lieblingslieder angestimmt: "Lasst die Messer flutschen in den Judenleib", hörten Passanten die Gesänge -und: "Blut muss fließen, knüppelhageldick, und wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik." Überregionale Beachtung finden auch Musiker aus dem Sauerland. Im Arnsberger Stadtteil Neheim-Hüsten ist die Band "Weiße Wölfe" beheimatet, die spätestens seit 1998 bei Veranstaltungen der Szene auf der Bühne steht. Dem NRW-Verfassungsschutz zufolge besteht die Gruppe "aus fünf Personen, von denen zwei Mitglieder u. a. bereits im Zusammenhang mit der DLVH [gemeint ist die „Deutsche Liga für Volk und Heimat, Anm. d. Autors] bzw. mit der verbotenen FAP sowie wegen gefährlicher Körperverletzung und Volksverhetzung in Erscheinung getreten sind". Bei mehreren ihrer Konzerte sei es zu "Sieg Heil"-Rufen und Propagandadelikten gekommen. Nicht immer spielt die Band in ihrer Originalbesetzung. Unter anderem halfen auch schon einmal Musiker der Dortmunder Formation „Oidoxie" aus. Zwar gibt es noch keine Veröffentlichungen der „Weißen Wölfe", der internationalen Reputation tut das aber keinen Abbruch. Im September 2000 waren sie zu Gast beim „Ian Stuart Memorial" von "Blood & Honour Scandinavia" in Schweden. Im vorigen Dezember folgte ein weiterer B&H-Auftritt - diesmal bei der Sektion Flandern in Belgien gemeinsam u.a. mit „Brigade M", „Reichswehr", „Hauptkampflinie" (HKL) und „Vinland Warriors". Sänger und Kopf der Band ist **Stepan Jus**, der nicht nur Freunde in der Szene hat. "Stepan Jus traited comrades to the german ‚Staatsschutz', schrieb Michael Krick in einem niederländischen Internet-Forum, um sich anschließend zu empören: "How can it be, that such a scum can play on B&H-gigs????"

Ausblick

Trotz aller internen Differenzen und trotz des Nebeneinanders von Cliquen im Siegerland: Die Neonazis aus dem Sauerland und Siegen werden wieder aktiver. Und vor allem im Hochsauerlandkreis schafft es die Szene, Veranstaltungen auf die Beine zu stellen. Ob sie auch nur annähernd wieder die Bedeutung erlangen, die sie Mitte der 90er hatte, wird davon abhängen, ob sie auch weiterhin dabei ungestört bleibt, wie bei dem Konzert oder der Hitler-Geburtstagsfeier in Arnsberg. Nach einigen Jahren, in denen sich antifaschistisches Interesse vor allem auf das Rheinland, das Ruhrgebiet und Ostwestfalen richten konnte, lohnt sich wieder ein genauerer Blick auf die sauerländer und siegerländer Provinz.

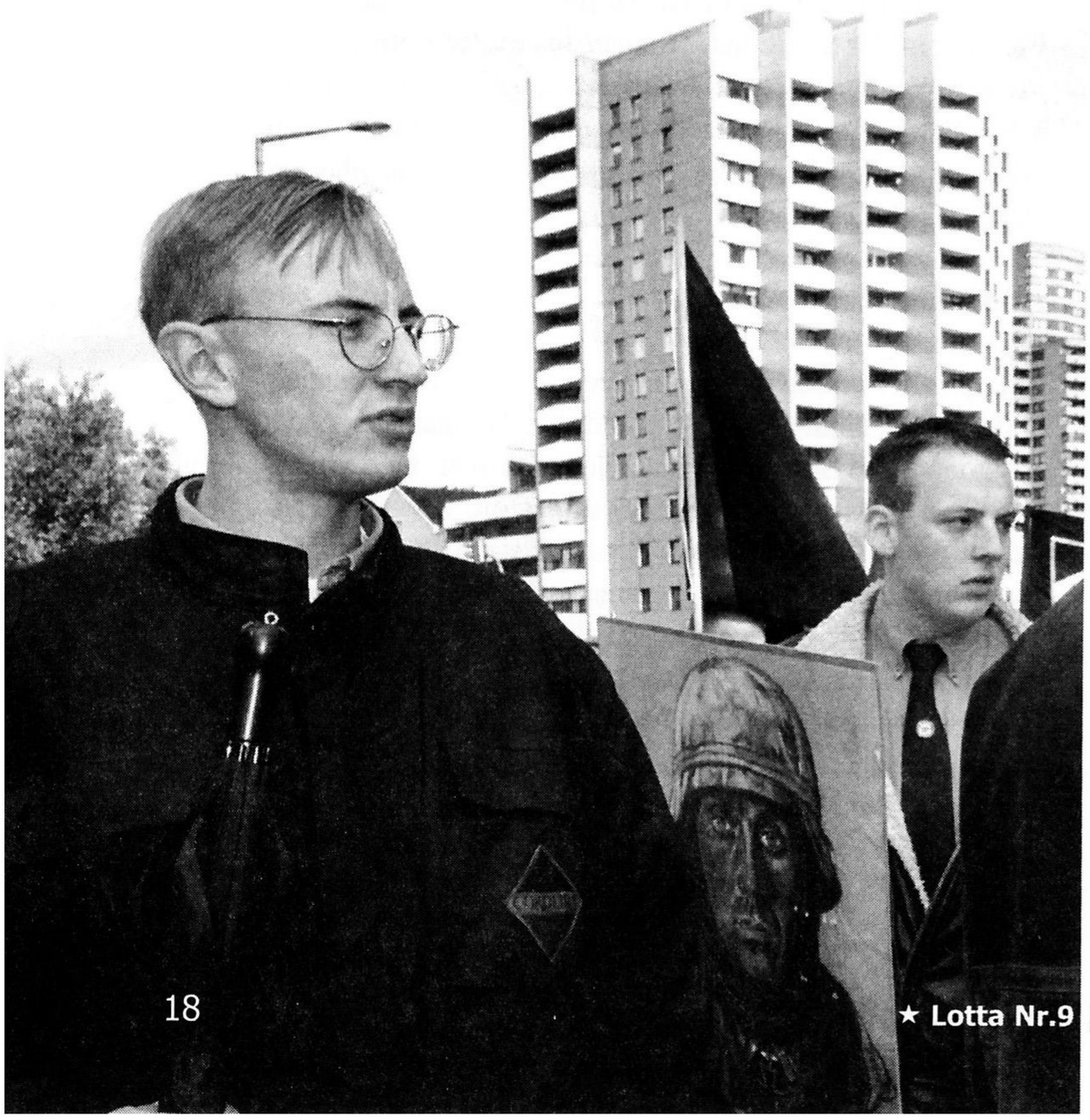
Von Pierre Briegert

Das „Deutsche Kulturwerk" in NRW

Einmal mehr führte das neonazistische „Deutsche Kulturwerk" (DKW) am 4. Mai eine Vortragsveranstaltung durch, die dieses Mal für den Kreis Mettmann angekündigt war. Als Referenten zum Thema NPD-Verbotsverfahren sollten die NPD-Rechtsanwälte **Horst Mahler** und **Hans Günter Eisenecker** sprechen.

Das DKW tritt seit 1997 durch regelmäßige Veranstaltungen mit bis zu 250 TeilnehmerInnen in Erscheinung, zumeist im Märkischen Kreis, im Ennepe-Ruhr-Kreis und in Hagen. Die Gruppierung wird selbst vom Verfassungsschutz NRW als "rechtsextreme" Organisation geführt und versteht sich als "parteienunabhängiger Zusammenschluß von volkstreuen und kulturell interessierten Deutschen". Man will als "jüngere Generation" die „Vortrags- und Kulturarbeit der Pflegestätte Hagen des ehemaligen ‚Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes' (DkeG) fort"setzen. „Wir sind parteipolitisch unabhängig und sehen uns als kommunikativer Treffpunkt für volkstreue Deutsche gleich welcher Organisationszugehörigkeit oder Individualauffassung und als Vermittler von Wissen und Meinungen für den politischen Kampf des Einzelnen", hatten die Organisatoren 1997 mitzuteilen. Hochkarätige Referenten der gesamten extremen Rechten geben sich bei DKW-Veranstaltungen die Klinke in die Hand, wie z.B. der NPD-Vorsitzende **Udo Voigt**, der Chef der "Freien Kameradschaften" **Christian Worch**, der Nazi-Terrorist **Manfred Roeder**, **Jürgen Schwab**, **Wolfgang Juchem** und viele mehr. Anlässlich des Jahrestages der Reichsgründung organisiert das DKW zudem seit 2001 alljährlich Mitte Januar Demonstrationen zu einem Bismarck-Denkmal mit anschließenden Saalveranstaltungen in Lüdenscheid. Das DKW arbeitet also fraktionsübergreifend und hat hierdurch eine Art Scharnierfunktion für die Szene. Es handelt sich beim DKW aber eindeutig um eine NPD-Vorfeldorganisation, nahezu alle Kader sind NPD-Funktionäre. Aufgabe der Gruppierung ist es u.a., die Schwertübergabe von der aussterbenden Altnazi-„Erlebnisgeneration" an junge Aktivisten zu vollziehen. Aus den Reihen der alten Generation war Prof. Dipl. Ing. **Hagen Prehl** aus Schalksmühle an der Gründung beteiligt, der auch heute noch als Veranstalter der Vorträge fungiert. Der 1930 geborene Prehl ist seit langen Jahren in Führungsfunktionen für die NPD aktiv, zeichnete Ende der siebziger Jahre für Flugblätter der „Aktion Ausländerstopp" verantwortlich und gehörte 1980 zu den Mitgründern und Wortführern der NPD-nahen „Bürgerinitiative Ausländerstopp" (BIA). Zu diesem Zeitpunkt war er Professor an der Fachhochschule Hagen, wurde aber Anfang der 80er Jahre wegen seiner neonazistischen Aktivitäten vom Dienst suspendiert. Aktuell wird er trotz seines hohen Alters immer noch im Fächerverzeichnis der FH Bochum als Professor (Fachbereich Bauingineurwesen, Fächer Ingenieurholzbau und angewandte Mathematik) geführt. Aus den Reihen der jüngeren Generation tat sich insbesondere der amtierende NPD-Ratsherr **Thorsten Crämer** aus Schwelm hervor. Der ehemalige JN-Landesvorsitzende ist erst kürzlich aus einer zweijährigen Haft entlassen worden, zu der er wegen der Organisation und Leitung eines bewaffneten neonazistischen Angriffs am 9.7.2000 auf TeilnehmerInnen einer KZ-Gedenkstättenveranstaltung in Wuppertal verurteilt worden war. Verteidigt wurde er vor Gericht von **Hans Günter Eisenecker**, Landesvorsitzender der NPD Mecklenburg-Vorpommern und bis vor kurzem stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender, persönlich. Eine zweite wichtige Person der jüngeren Generation ist **Timo Pradel** aus Iserlohn, der eigenen Angaben zufolge jetzt als Nachfolger von **Udo Holtmann** als neuer NPD-Landesvorsitzender NRW fungiert. Als weitere Figuren, die in exponierter Stelle für das DKW aktiv waren bzw. noch aktiv sind, wären die NPD-Landesvorstandsmitglieder **Axel Hellmann** (Schwelm), **Stephan Haase** (Lüdenscheid), **Sven Schwerdtfeger** (Dortmund) und mit Abstrichen auch **Oliver Klas** und der Bonner **Hans-Robert Klug** zu nennen. Für den Ordnerdienst greift das DKW

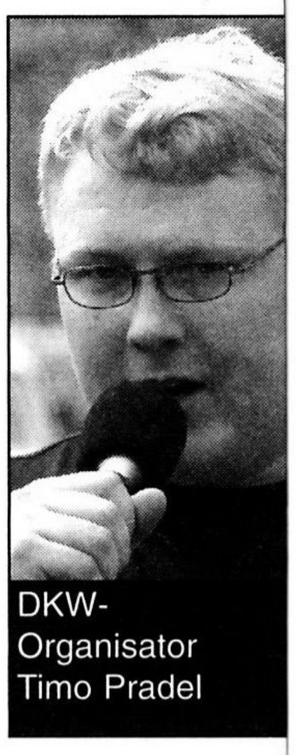
Der ehemalige JN-Landesvorsitzende Thorsten Crämer
Im Hintergrund sein Nachfolger Claus Cremer



häufig auf die „Freien Kameradschaften“ zurück. So waren dann auch des öfteren in dieser Funktion **Ronald Guziewski** (Wetter) und **Marc von Ort** (Ennepetal) anzutreffen. Auch der Düsseldorfer „Kameradschaftsführer“ **Sven Skoda** ist häufig in diesem Rahmen zu finden. Auch der im Januar in München wegen eines brutalen und fast tödlich geendeten Angriffs auf einen Griechen zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilte Sauerländer **Christoph Schulte** war auf DKW-Veranstaltungen anzutreffen.

120 Nazis in Solingen

Letztendlich fand die DKW-Veranstaltung aber nicht wie angekündigt im Kreis Mettmann, sondern in der Gaststätte "Bergischer Hof" im nahegelegenen Solingen statt. Anreisende Gäste wurden u.a. von Thorsten Crämer am Bahnhof Solingen-Ohligs empfangen und weitergeleitet. Insgesamt nahmen ca. 120 Personen an der Veranstaltung teil, die von einem 15köpfigen Ordnerdienst und dem Polizeilichen Staatsschutz Wuppertal nicht aus den Augen gelassen. Das zum Teil auch aus fernen Bundesländern angereiste Publikum setzte sich wie erwartet sowohl aus NPDlern und „Freien Kameraden“, als auch aus Mitgliedern anderer Gruppierungen der extremen Rechten, wie z.B. dem vor Ort durch den Siegburger **Helmut Fleck** vertretenen "Bündnis für Deutschland", zusammen. Nebulös bei der Abwicklung der Veranstaltung bleibt die Rolle der InhaberInnen des "Bergischen Hofs". Die Solinger „Rheinische Post“ berichtete, dass sich das DKW die Räumlichkeiten erschlichen hätte. Als der Inhaberin der wahre Charakter der Veranstaltung klar wurde, sei sie „sofort in den Raum gegangen und habe die Leute aufgefordert, den Saal innerhalb von zehn Minuten zu verlassen, sonst würde sie ihn von der Polizei räumen lassen.“ Die „ungebetenen Gäste“ seien dann „ohne Murren gegen 21 Uhr ab“gezogen. Die InhaberInnen seien von der Polizei nicht informiert worden, obwohl diese schon eine Woche vor der Veranstaltung im Bilde war. Auch Timo Pradel fühlte sich berufen, „mit antikapitalistischen Grüßen“ zu dementieren, „daß die wirtin vom ‚bergischen hof‘ wußte, an wem sie den saal vermietete.“ Pradel: „Sie kann nix dafür u. ist möglicherweise sogar von den bullen bewegt worden, uns nicht an die luft zu setzen.“ Die Versionen der InhaberInnen, der Presse und der NPD kollidieren jedoch mit der Tatsache, dass Inhaberin Christel Andert bereits eine Stunde vor Veranstaltungsbeginn auf Nachfrage und in freudiger Erwartung vieler Nazi-Oiros zu berichten wußte, wer der Veranstalter sein würde, nämlich „die NPD“. Laut Angaben antirassistischer Gruppierungen wurde der „Bergische Hof“ schon häufiger von der extremen Rechten als Treffpunkt genutzt. Es spricht also einiges dafür, dass die InhaberInnen des „Bergischen Hofs“ am 4. Mai aufgrund des Medienrummels und erwarteter anrückender Autonomer schlicht kalte Füsse bekamen und deshalb die Veranstaltung nach weniger als zwei Stunden beendeten.



DKW-Organisator Timo Pradel

Großkotzig wie immer gaben sich nach der Veranstaltung die den „Freien Kameradschaften“ zugehörigen „Nationalisten im Düsseldorfer Süden“ auf ihrer „Heimatseite“ im „Weltnetz“. Da Mahler verhindert gewesen und der Vortrag von Eisenecker „relativ langatmig“ gewesen sei, habe man „umso begeisterter ... die Meldung aufgenommen die Antifa sei im Anmarsch, was sich zu unserer Enttäuschung als falsch erwies. ... Verdächtige Personen und Fahrzeuge konnten abgelichtet bzw. ausgelacht werden.“ Welchen Sinn es macht, Fahrzeuge auszulachen, bleibt hier das Geheimnis der „Südnationalisten“ , die die Veranstaltung zusammenfassend wie folgt werten: „alles in allem ein gelungener und informativer Abend, trotz dem an einigen Stellen störenden Gerede von Demokratie und aufdringlicher Eigenwerbung der Partei“. Letzteres muß man sich eben auch als „Freier Kamerad“ gefallen lassen, wenn man zu einer NPD-nahen Veranstaltung geht, gegen ersteres hätten die „Freien“ - wie bei NPD-Demonstrationen oft praktiziert - mit der Parole „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“ reagieren können. Dann aber wären sie vermutlich noch früher als alle anderen an die Luft gesetzt und anschließend vielleicht sogar von zuvor ausgelachten Autos belästigt worden. Man kann ja nie wissen, wieviele hiervon tatsächlich unterwegs sind.

Fazit

Das DKW hat heute mehr denn je eine besondere Bedeutung für die neonazistische Szene in NRW. Nicht nur, dass die Arbeit dieser Gruppierung über so manche Grabenkämpfe hinweghilft und zudem ideologisches Rüstzeug und Kontakte bietet; die Gruppierung dürfte nach einem eventuellen NPD-Verbot als eine von mehreren Nachfolgeorganisationen der NPD in NRW zur Verfügung stehen. Es steht kaum zu erwarten, dass das DKW als Teil der NPD mitverboten wird. Angesichts der Haftentlassung von Thorsten Crämer ist zudem damit zu rechnen, dass demnächst wieder häufiger DKW-Veranstaltungen durchgeführt werden. Hierbei scheinen deren Kader sich nicht nur auf die Region Hagen, Märkischer Kreis und Ennepe-Ruhr-Kreis zu beschränken, sondern zunehmend auch auf andere Regionen auszubreiten.

Ein gerngesehener Gast bei der NPD: Stukaflieger Hans-Ulrich Rudel, hier im Kreis seiner Kinder. Im Hintergrund Major Lindner und Professor Hagen Prehl

Dok. aus: Apfel, Holger (Hg.): "Alles Große steht im Sturm", Stuttgart, 1999. Hinten rechts: Hagen Prehl; Ganz links: Hans-Ulrich Rudel, hochdekorierter Luftwaffenoberst im 2. Weltkrieg

Von Johannes Lohmann

Das Volk hört Signal?

Das "Signal-Pressefest" soll dieses Jahr in Köln stattfinden

Eine Verknüpfung einer politischen Veranstaltung mit RechtsRock stellt das alljährlich stattfindende "Signal-Pressefest" dar. Ausgerichtet wird es von **Manfred Rouhs**, seines Zeichens Herausgeber der Zeitschrift "Signal" und Betreiber des "Europa Vorn-Versandes", sowie führender Kopf der rechtsextremen "Bürgerbewegung Pro Köln" (*vgl. Lotta Nr.8*).

Bei den Pressefesten, die jeweils über zwei Tage konzipiert sind, sorgen "namhafte" Referenten der extremen Rechten für den inhaltlichen Input, während das kulturelle Rahmenprogramm zumeist von Bands aus der rechten Skinhead-Szene und "nationalen Barden" bestritten wird. Für dieses Jahr sind als Redner neben Manfred Rouhs der Gründer der Deutschland-Bewegung (DB), **Alfred Mechtersheimer** und der langjährige "Deutsche Liga für Volk und Heimat"-Vorsitzende und Mitherausgeber des publizistischen Flaggschiffs der extremen Rechten, der Monatszeitschrift "Nation und Europa", **Harald Neubauer**, angekündigt. Eigentlich nicht wirklich spannend, da – einmal mehr – zunächst Rouhs langatmig und ermüdend sprechen wird, dann Mechtersheimer und schliesslich Neubauer, danach Rouhs, Mechtersheimer und Neubauer auf dem Podium sitzen, um zu "diskutieren" and so on ... Alle drei stehen für diverse gescheiterte Versuche, die extreme Rechte zu vereinen und in einer gemeinsamen "Deutschlandbewegung" zu sammeln – mit Rouhs, Neubauer und Mechtersheimer an der Spitze versteht sich. Aber schliesslich gibt es ja noch das Begleitprogramm beim "Pressefest". Darüber wird in die Breite der extremen Rechten mobilisiert und insbesondere auch reichlich junges Publikum angesprochen. Kostenpunkt: 15 Euro Vorkasse.

Das Begleitprogamm

Das Kulturprogramm verdeutlicht einmal mehr, dass sich der Stil rechter Musik ausdifferenziert hat und nicht mehr allein auf die rechte Skinhead-Szene zu beschränken ist. So wurde neben den RechtsRock-Bands "Eskil" aus Mettmann, "Nordwind" aus Fürth / Bayern und der französischen Band "In Memoriam" als eine Art Höhepunkt die Dark Wave/ Industrial-Formation "Von Thronstahl" angekündigt.[1] "Von Thronstahl" ist ein Projekt um **Josef Klumb**, der inzwischen nach einem Urteil des Hamburger Landgerichtes mit höcstrichterlicher Genehmigung als "Nazi" bezeichnet werden darf. Der bekennende Antisemit zieht gegen die "One-World-Gesellschaft", gegen "Zionismus" und "Hochfinanz" zu Felde.

Bevor Klumb zusammen mit **Raymond Plummer** "Von Thronstahl" sowie sein Nebenprojekt "Unternehmen Dreizack" ins Leben rief, war er unter anderem Mitglied der Gothic-Gruppen "Forthcoming Fire" und "Weissglut". Vor allem als letztere bei dem Major-Label "Sony" unter Vertrag genommen wurden, wurden Klumbs neofaschistische Positionen in einer breiteren Öffentlichkeit thematisiert, was zur Folge hatte, dass "Weissglut" sich letzten Endes von ihrem Sänger und Frontmann trennen musste.

Trotzdem tummelt sich der Anhänger von faschisti-

[1] Kurz vor Drucklegung dieser Ausgabe sagte Josef Klumb den Auftritt wieder ab. Begründung: Ihm sei "die Live-Besetzung [...] weggebrochen" und der Versuch "allen Widerständen zum Trotz eine neue Mannschaft zu rekrutieren" sei ebenso gescheitert, wie das Bemühen "auf Biegen und Brechen eine Notmannschaft zu rekrutieren.". Kommentar von Manfred Rouhs: "Wir wünschen Josef K. auf seinem künftigen privaten Lebensweg Glück und alles Gute!"

Josef Klumb und Begleiterinnen

schen Theoretikern wie **Julias Evola** weiterhin in der Dark Wave-Szene. So war er im Mai beim Wave Gotik-Treffen 2002 in Leipzig am Stand seines ehemaligen Arbeitgebers VAWS ("Verlag und Agentur **Werner Symanek**") zu sehen, wobei er auch Flugblätter für das "Signal-Pressefest" verteilte. Während VAWS für das Werbematerial für "Von Thronstahl" sorgt, werden die Tonträger dieser Band bei Klumbs eigenem, in München ansässigen Label "Fasci-Nation" (sic!) verlegt. Darüber hinaus ist der Musiker immer wieder an unterschiedlichsten Projekten beteiligt. So ließ er es sich beispielsweise nicht nehmen, auch bei der CD "Asgardsrei" der NS-Black Metal Band "Absurd" mitzuwirken. Zudem ist er bei der Initiative "Identität durch Musik" (IDM) aktiv. IDM wurde von der mittlerweile aufgelösten Esslinger Band "Carpe Diem" nach dem Vorbild des französischen Netzwerkes "Rock Identitaire Francais" (RIF) gegründet und hat es sich zum Ziel gesetzt, verschiedene deutsche Bands unterschiedlicher musikalischer Stile unter dem Banner der "nationalen Identität" zusammenzufassen. Bei IDM finden sich klassische rechte Skinhead-Formationen wie "Landsturm", Heavy Metal-Bands wie "Megalith" oder auch "Nordwind", deren Musik als "Viking Rock", also banaler Heavy Rock, dessen Inhalte sich auf die Wikinger und die nordische Mythologie beziehen, bezeichnet wird. Nicht zuletzt gehört eben auch "Von Thronstahl" diesem Forum an. So scheint es nicht verwunderlich, dass IDM das diesjährige Pressefest mitorganisiert.

"Schweinejournalist"

Ob es Manfred Rouhs, dessen jugendkultureller Gestus nicht gerade überzeugend wirkt, wirklich gelingt, mit seinem Pressefest ein möglichst breites Spektrum der extremen Rechten zu vereinen, scheint fraglich. Er steht jedoch unter Zugzwang. Die letzten Auftritte von "Pro Köln" waren eher ein Desaster und es konnten weder bei Kölner BürgerInnen noch bei den "Freien Kameradschaften" und auch nicht bei der NPD Punkte gesammelt werden (*vgl. LOTTA Nr. 8*). Die Kritik an Rouhs in der extremen Rechten nimmt zu. In der Juni-Ausgabe des NPD-Bundesorgans "Deutsche Stimme" widmet ihm seine frühere Partei NPD unter dem Titel "Schweinejournalismus. Spitzel, Spalter oder einfach nur Provokateur? Der Kleinverleger und Möchtegern-Politiker Manfred Rouhs – Prototyp eines Verlierers" fast eine ganze Seite. Fazit: "Es wird Zeit, sich Gedanken zu machen, wem die Tätigkeit von Manfred Rouhs eigentlich nützt." Rouhs steht also in der Szene mit dem Rücken an der Wand und muss endlich wieder einen Erfolg erzielen. Während die beiden Pressefeste in den Jahren zuvor im mecklenburgischen Neustadt-Glewe stattfanden, soll es nun dieses Jahr nicht zufällig in Köln ausgerichtet werden. "Pro Köln" beabsichtigt, bei den nächsten Kommunalwahlen in den Stadtrat einzuziehen und so will Rouhs mit der Ausrichtung des Pressefestes an einem zentralen Ort in der Innenstadt schon einmal Präsenz zeigen. Allerdings dürfte sich dieses Vorhaben nicht ganz so einfach gestalten. Die Stadt hat bereits verkündet, dass für eine solche Veranstaltung keinerlei öffentliche Plätze zur Verfügung stünden. Das Bündnis "Köln stellt sich quer" kündigte massive Proteste an, wo auch immer Rouhs und die zu erwartenden 600 TeilnehmerInnen sich zu versammeln gedenken.

Auf der Internet-Ankündigung des "Signal-Pressefestes" findet sich der Hinweis an die "Pressefest-Besucher", doch "freundlich gekleidet zu erscheinen" , da ein "typisch rechtes Erscheinungsbild in Köln die An- und Abreise nicht erleichtere". Bleibt zu hoffen, dass sich diese Befürchtung auch unabhängig vom Erscheinungsbild bewahrheitet.

— Anzeige

Von Jan Spreuk

Deutsche Nazis demonstrieren in den Niederlanden

Deutschlands Neonazis feierten einen „Erfolg“: “Erfolgreiche Demonstration in Harderwijk” titelte das „Nationale Infotelefon Rheinland“ (NIT Rheinland) und das „Störtebeker-Net“ wusste zu berichten: “Hunderte von Zuschauern begrüßten die Reden der Kundgebung mit lautstarkem Beifall.” Allerdings waren da nicht Hunderte begeisterte Zuschauer, sondern lediglich vier oder höchstens fünf Dutzend Neonazis, die am 18. Mai in dem niederländischen Städtchen Harderwijk aufmarschierten. Und während in der BRD Neonazis von einem “großen Erfolg für die Politik der NVU”, der „Nederlandse Volks Unie“, fabulierten, zitierte die niederländische Zeitung “de Volkskrant” deren Vorsitzenden **Constant Kusters** mit der Einschätzung, die Beteiligung sei enttäuschend gewesen.

Unter dem Motto “Antifa verbieten” hatte die NVU, in der sich militante Neonazis aus den Niederlanden und Deutschland sammeln, nach dem Mord an **Pim Fortuyn** zur Demonstration in Harderwijk aufgerufen. Zwischen 50 und 60 Neonazis, jeweils zur Hälfte Deutsche und Niederländer, zogen hinter dem Transparent “Antifa heißt Mord - den roten Terror brechen!” durch die Stadt, in dem der mutmaßliche Attentäter zuletzt gelebt hatte. Aus Deutschland waren u.a. Delegationen um **Inge Nottelmann** und **Tobias Thiessen** aus Hamburg, um den Dortmunder **Siegfried Borchardt**, um die beiden Sauerländerinnen **Daniela Wegener und Marion Figge**, um **Sven Skoda** aus Düsseldorf und um den JN-Landesvorsitzenden **Claus Cremer** aus Bochum nach Gelderland gekommen, um die holländischen „Kameraden“ zu unterstützen. Und um dort noch einmal so aufzumarschieren zu können, wie man es in der BRD nicht mehr kann, zum Beispiel ganz offen die Reichskriegsflagge schwenkend.

Die einen demonstrieren, die anderen feiern

Nicht allen aus dem Spektrum der NVU war freilich der Anlass der Demonstration recht. Sich - wenn auch indirekt - positiv auf Pim Fortuyn zu beziehen, ging den Militantesten unter ihnen entschieden zu weit. “Beim letzten Parteitreffen war der NVU-Anführer absolut gegen Fortuyn”, schrieb in einem holländischen Internet-Forum z.B. ein Neonazi, der sich “WAW” (Weißer arischer Widerstand) nannte. Hinter dem Pseudonym kann man **Michael Krick** vermuten, der in den Niederlanden abgetaucht war, weil er in der Bundesrepublik mit zwei Haftbefehlen gesucht wird (vgl. Lotta Nr. 8, S. 34). In einem deutschen Forum legte “waw” - diesmal in Kleinbuchstaben, aber vermutlich immer noch derselbe - nach: “Fortuyn war ein bekennender Schwuler, eine Demokröte, ein absoluter Kapitalist, ein Judenfreund, weder Rassist noch Nationalist.” Statt seinen Tod zum Anlass für eine Demonstration zu nehmen, empfahl er: “Die niederländischen Kameraden sollten feiern, dass dieses Subjekt nun tot ist. Auch wenn ich ihm eher einen für seine Kreise angemessenen Tod zugetraut hätte, dh Aids o.Ä.” Diesmal unter dem Namen “Intifada88” - aber wohl immer noch derselbe - nannte er die Schüsse auf Fortuyn eine “brilliante Werwolfaktion. Einen homosexuellen, niggerfreundlichen Judenfreund/knecht zu killen, kann man als Schutz unserer Rasse qualifizieren!”

Dass es schwierig werden würde, die “freien Nationalisten” für eine Demonstration, die doch auch positiv auf Fortuyn Bezug nehmen würde, halbwegs geschlossen auf die Straße zu bringen, war also klar. “Fortuyn war keiner von uns”, betonte auch das “Nationale Infotelefon Rheinland” zuvor. Aber dennoch sei der Mord an ihm “ein Angriff auf den nationalen Freiheitskampf in Europa”. Auch **Christian Malcoci**, der deutsche Parteisekretär der NVU, der zwischenzeitlich von Korschenbroich (D) nach Limburg (NL) verzogen ist, wusste um die Vorbehalte: “Nach dem Tod von Fortuyn geht es nicht mehr um politische Differenzen und Kritik an seiner Partei oder Lebensführung. Es geht einzig und allein darum, dass er es erfolgreich gewagt hat, nationale und Soziale Missstände anzuprangern und deswegen von einem linksextremen Terrorristen ermordet wurde.”

Das Auftauchen und der Erfolg Fortuyns und seiner LPF auf der politischen Bühne der Niederlande hatte die NVU schon zuvor in ein strategisches Dilemma gebracht. Bei einer Versammlung am 20. April im niederländischen Ewijk, bei der neben Kusters auch die Deutschen Malcoci, Krick und **Peter Borchert**, Gefolgsmann von Christian Worch, aufgetreten waren, war dies deutlich geworden. Bei dieser Versammlung wurde festgelegt, der NVU ein noch radikaleres Programm zu geben. Wegen der neuen Konkurrenz von Fortuyn, wie Kusters betonte. Der LPF-Chef sage, so jammerte er, “über Ausländer und Asylsuchende, was wir auch seit Jahren sagen. Damit mäht er uns das Gras vor den Füßen weg”. Höchste Zeit also offensichtlich für eine weitere Radikalisierung.

Kurzberichte

NRW allgemein

Haftstrafe für Friedhelm Busse

Für seine jungen „Kameraden“ ist **Friedhelm Busse** ein Vorbild, umjubelt bei seinen Auftritten als Redner bei Aufmärschen der NPD und "Freien Nationalisten", wenn er z.B. die Einrichtung von "Arbeitslagern" ankündigt, über deren Eingang "in schmiedeeisernen Lettern" der Schriftzug stehe: "Arbeit macht frei". Nicht damit, sondern mit einer anderen Äußerung ist der 73-jährige Nazi sogar für die bundesdeutsche Justiz nun einen Schritt zu weit gegangen. Weil er bei der NPD-Demonstration am 1. Mai 2001 in Essen gesagt hatte: "Wenn Deutschland erst judenfrei ist, dann brauchen wir kein Auschwitz mehr", wurde er am 25. April vom Landgericht Essen wegen Volksverhetzung zu 21 Monaten Haft verurteilt. So habe er das nicht gesagt, versuchte sich Busse ("Ich bin kein stupider Antisemit") rauszureden. Die Richter glaubten ihm am Ende aber nicht. Und sie lehnten auch eine Bewährungsstrafe wegen der vielen Vorstrafen des in München lebenden ehemaligen Bochumers ab, der immer wieder versucht, sich gerade so antisemitisch zu äußern, dass ihn sein junges Fußvolk zwar versteht, er aber nicht mit dem Strafgesetzbuch kollidiert. Trotz des Urteils: Dass Busse weiterhin als Redner auftreten darf, hat er inzwischen - höchstrichterlich vom Bundesverfassungsgericht schwarz auf weiß - bestätigt bekommen. Eine Redeverbot gegen ihn scheide aus, weil nicht ersichtlich sein, dass "strafbare Äußerungen des Redners zu erwarten sind", entschieden die Karlsruher Richter im Fall einer Demonstration in Arnsberg.

Von Jan Spreuck

Dortmund

Nachlese zum Dortmunder Nazikonzert

NRW-Innenminister Fritz Behrens hat die Dortmunder Polizei verteidigt, durch deren Nicht-Einschreiten am 16. März das bisher größte Neonazi-Konzert in NRW möglich wurde (*vgl. LOTTA Nr. 8, S. 28 f.*). Ein Verbot sei nicht möglich gewesen. Interessanter als die Auskünfte, die Behrens auf die Anfrage von drei Grünen-Abgeordneten gibt, sind die Antworten, die er schuldig bleibt. So berichtet er, "erste vage Hinweise" auf die Veranstaltung hätten Ende Januar/Anfang Februar vorgelegen. Wann sie präziser wurden und ob es stimmt, dass die Organisatoren Wochen vor dem Event den Staatsschutz über das Konzert informierten, teilt Behrens nicht mit. Er bestreitet, dass die Polizei den Hallenbetreiber gebeten habe, das Konzert stattfinden zu lassen: "Ein Gespräch, das die in der Frage formulierten Inhalte hatte, hat nicht stattgefunden." Worüber statt dessen gesprochen wurde? Fehlanzeige. Offen bleibt auch der Widerspruch, dass die Polizei alles unter Kontrolle gehabt und - wie von ihr behauptet - nichts Strafbares festgestellt habe, der Verfassungsschutz aber berichtete, dass es doch Straftaten gegeben habe. In einem Schreiben an die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke klagt Behrens, die "kurzfristige Mobilisierung der Szene durch einen gut strukturierten SMS-Versand im Schneeballverfahren" habe die Polizei überrascht. So neu ist das aber nicht: Schon im VS-Bericht des Bundes für 2000 heißt es z.B., SMS sei ein "fester Bestandteil rechtsextremistischer Kommunikation" - insbesondere im Rahmen der Mobilisierung und Steuerung von Veranstaltungen und Aktionen. (js)

Dorsten

Widerstand in Dorsten: No longer no go area

Nachdem die Übergriffe von Nazi-Schlägern seit Februar in Dorsten massiv zugenommen hatten und der Busbahnhof immer mehr zur no go area für linke Jugendliche und MigrantInnen geworden war, veranstaltete die antifajugend.dorsten am 11. Mai eine erfolgreiche Demonstration gegen die Neonazi-Szene und deren Verharmlosung durch Polizei und Lokalpoltik. Obwohl im Vorfeld einmal mehr über Teile der Medien Gewaltszenarien heraufbeschworen worden waren, beteiligten sich mit 500 Personen für Dorstener Verhältnisse erstaunlich und erfreulich viele Menschen an der Demo, die meisten von ihnen Jugendliche. In der Nacht zuvor hatten Neonazis um den örtlichen Rudelführer **Tim Lomeier** entlang der Demoroute Flugblätter mit Parolen wie „Dorsten ist nicht

Berlin - Gegen die Demo der antifaschistischen Einheit“ plakatiert.

Auch die Polizei schien den DemonstrantInnen gegenüber alles andere als wohlgesonnen zu sein. So verzögerte sie unter fadenscheinigen Begründungen den Start der Demo und ein polizeilicher Doku-Trupp bemühte sich während des gesamten Verlaufs, jede Bewegung videotechnisch zu erfassen.

Bei zwei Zwischenkundgebungen kritisierte die aj.dorsten die Verantwortlichen in der Lokalpolitik für ihre Verharmlosungsstrategie; zumal nur wenige Tage zuvor der Bürgermeister mit der Idee, den Neonazis einen eigenen Treffpunkt zu geben, vorgeprescht war.

Nur zwei Wochen nach der Demo sendete das „antifaschistische Aktionsbündnis ‚Augen auf‘“ ein erneutes Signal in Richtung Neonaziszene. Nachdem Neonazis mit ihrem Auto Antifaschisten gejagt und versucht hatten, diese zu überfahren, erhielten einige der Täter am 25. Mai antifaschistischen Hausbesuch. Mittels Kundgebungen vor ihren Haustüren wurde die Nachbarschaft über das Wirken der Neonazis informiert.

Von der antifajugend.dorsten

Herne

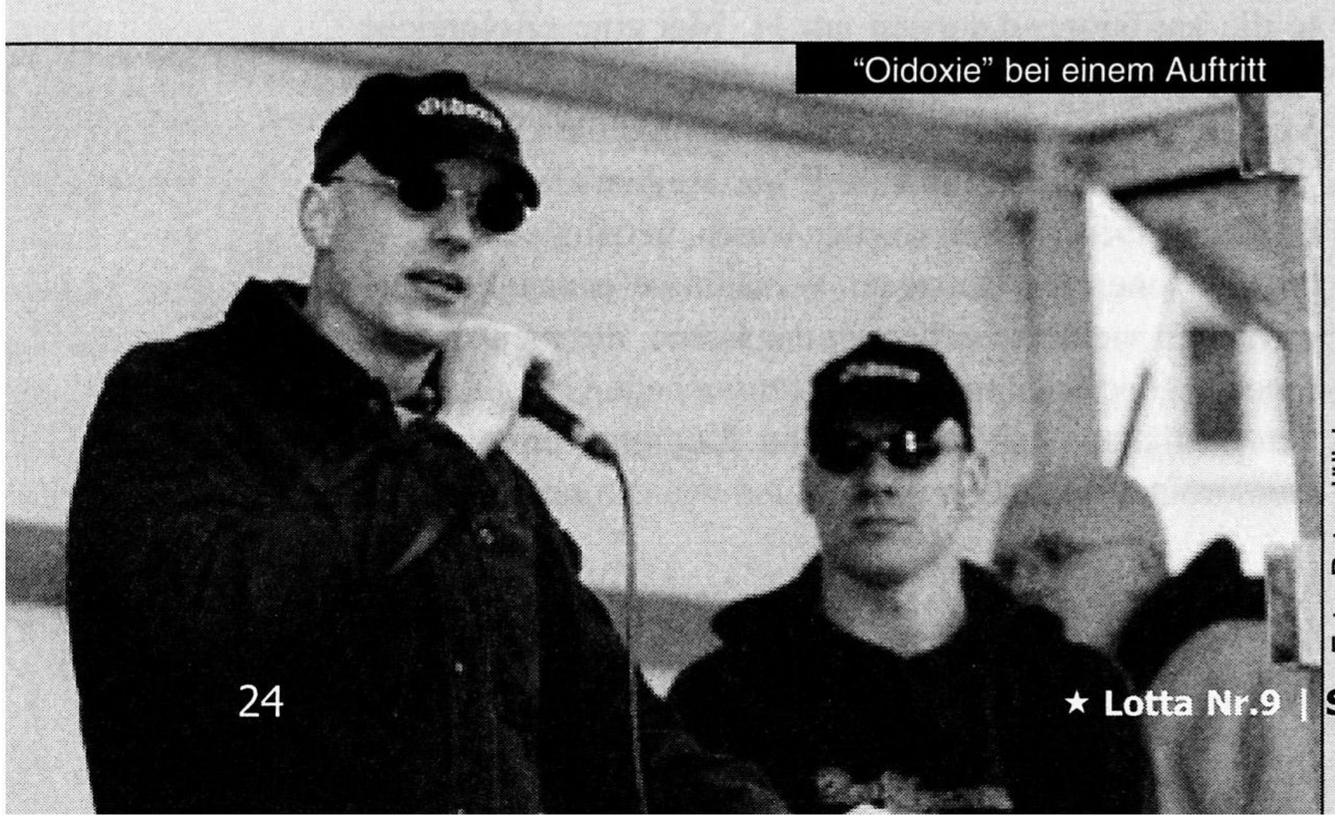
Nazikonzert in Herne

Am 1. Juni 2002 fand in Herne ein RechtsRock-Konzer mit 260 Personen und vier Bands statt. Unter den Bands befanden sich „Oidoxie“ (Dortmund) und „Sleipnir“ (Gütersloh/Bad Salzuflen). Die Polizei war eigenen Angaben zufolge seit dem 28. Mai über eine neonazistische Feier in der Region Bochum/Herne/Witten informiert gewesen, was nicht sonderlich glaubwürdig klingt, da schon Wochen vorher bekannt war, dass am 1.6. in dieser Region ein Konzert stattfinden würde. Im Gegensatz zu dem Konzert am 16.3. in Dortmund sorgte die Herner Polizei vor, um einen Skandal zu vermeiden. Am 30. Mai setzte sie die Stadt Herne in Kenntnis. Bei einem Beratungsgespräch kamen Polizei, Ordnungsamt und Staatsanwaltschaft zu dem Schluss, keine rechtlichen Möglichkeiten zu haben, das Konzert zu verbieten. Dafür sperrte eine Hundertschaft der Polizei das Gebiet um das als private Geburtstagsfeier angemeldete Konzert ab. Neben der Polizei waren auch Vertreter der Staatsanwaltschaft und der Stadt Herne vor Ort anzutreffen. Die Polizei freute sich anschliessend über einen "störungsfreien" Ablauf und "handzahme" Neonazis. Auch die befürchtete "Gegendemo aus der linken Szene" habe nicht stattgefunden. Auch der Hallenvermieter, Inhaber der Getränkemarktkette "Schön" und angesehener SPD-Parteigänger, zeigte sich rundum zufrieden und bekundete gar, dass die Neonazis die Halle in einem wesentlich sauberen Zustand hinterlassen hätten, als seine sonstigen Mieter.

Auf die Anfrage im Stadtrat, wie demnächst bei ähnlichen Veranstaltungen vorgegangen würde, folgte die Antwort: "In Zukunft wird es in gleich gelagerten Fällen zu Einzelfallentscheidungen kommen. Jedoch ist zu beachten, das (sic) die Pressehoheit bei der Polizei liegt, die auch in Zukunft eine entsprechende Entscheidung hinsichtlich der Informationspolitik trifft."

Es ist wohl auch in Zukunft damit zu rechnen, dass derartige Events seitens der Polizei von der Öffentlichkeit abgeschottet auf und über die Bühne gebracht werden sollen. Es bleibt also nichts anderes übrig - und das wird mit jedem Konzert dringender -, als selber aktiv zu werden.

Von der Unabhängigen Antifa Herne



“Oidoxie” bei einem Auftritt

Foto: Peter Jülich

Hilden

Demo gegen VGR

Ca. 150 Menschen folgten am 18. April einem Aufruf der "Hildener Antifaschistischen Initiative" und demonstrierten gegen das RechtsRock-Unternehmen „VGR-Multimedia Verlagsgemeinschaft Rheinland GmbH“, einem Nachfolgeunternehmen der von **Torsten Lemmer** und **Andreas Zehnsdorf** aufgebauten und kürzlich abgewickelten Firmen „Creative Zeiten“ und „Funny Sounds“. Grund für die Umstrukturierung war der angebliche Ausstieg Lemmers aus der rechten Szene, nachdem Christoph Schlingensief Neonazi-“Aussteiger“ auf die Bühne gerufen hatte (*vgl. LOTTA Nr. 6 und 7*). Unternehmenschef ist heute der ehemalige FAPler Andreas Zehnsdorf, Sitz ein Haus in Hilden, das Lemmer und dem REPler **Robert Nagels** gehört.

Lemmer selbst scheint zwischenzeitlich keinen Spass mehr an seinem Aussteigermärchen zu haben bzw. sein Ausflug auf Schlingensiefs Bühnen nicht mehr auszureichen. Pünktlich zu Jürgen Möllemanns antisemitischem Coming Out betrat er wieder die politische Bühne, liess sich in Recklinghausen in Begleitung seiner rechten Hand **Jan Zobel** neben Möllemann fotografieren und gab seine Unterstützung für die FDP sowie seinen beabsichtigten Beitritt bekannt. 2004 will Lemmer eigenen Angaben zufolge in Düsseldorf entweder über die FDP-Liste oder mit einer eigenen Liste zu den Kommunalwahlen kandidieren. Es ist also alles wieder beim Alten: Lemmer macht den rechten Polit-Yuppie-Clown und Zehnsdorf führt im Hintergrund das Geschäft mit dem RechtsRock weiter.

Von Pierre Briegert

Köln

Erneute Schlappe für Kölner Neonazis

Exakt 57 Neonazis fanden sich am 1. Juni 2002 in Köln ein, um dem 60. Jahrestag des ersten „1000 Bomber-Angriffs“ auf Köln zu gedenken und gegen eine in ihren Augen „einseitige Vergangenheitsbewältigung“ zu demonstrieren. Neben diversem Nazipöbel, u.a. aus dem Raum Wuppertal, dem Ruhrgebiet, dem Märkischen und Ennepe/Ruhr-Kreis sowie der Kölner Region, gaben sich mit dem „Freien Kamerad“ **Hartmut Wostupatsch** aus Würzburg und dem JN-Landesvorsitzenden **Claus Cremer** aus Bochum nur zwei Kader der Neonazi-Szene die Ehre. Überraschenderweise war aber aus Berlin der ehemalige Berliner Landesvorsitzende der 1992 verbotenen Neonazi-Partei „Deutsche Alternative“, **Arnulf Priem**, samt einigen seiner Nazi-Rocker von „Wotan`s Volk“ angereist. Aus Frankfurt/Oder war eigens der Barde **Marcel Müller** gekommen, um „deutsches Liedgut“ zu präsentieren.
Aufgerufen zu dem Aufmarsch hatten die „Kameradschaft Köln“ (= „Kameradschaft Walter Spangenberg“) um **Axel Reitz** und **Paul Breuer** sowie der „Nationale Sturm Köln“ um **Horst Uwe Pendsinski** aus Köln-Mülheim.
Insgesamt demonstrierten ungefähr 900 Menschen gegen den Aufmarsch. Dabei kam es zu etlichen und übelsten Übergriffen durch die Polizei. Auch die Kölner Zivilbeamten wurden ihrem Ruf als brutale Schläger einmal mehr gerecht. Dennoch wurde der Aufmarsch zu einem erneuten Desaster für die Neonazis. Schon nach 200 Metern war wieder einmal Schluß. Obwohl die Polizei mit einem Großaufgebot ein ganzes Viertel in der Kölner Nordstadt komplett abgeriegelt hatte, war es einigen Antifaschist-Innen gelungen, den Weg der Nazis zu blockieren. Diese mußten nach längerem Ausharren wieder kehrtmachen. Zuvor waren sie mit lauter Musik, welche Marcel Müller zu übertönen wußte, sowie diversen Eiern beglückt wurden. Fazit eines auswärtigen Neonazis im Internet: „Oh mann, war das peinlich [...] Nie mehr eine Demo in Köln!!! [...] Nichts für ungut, aber Köln is eben nicht der Richtige Ort für ne Demo!“

Von Johannes Lohmann

Arnulf Priem

NRW-Grenzgebiet: Schaumburg (Nds)

Neonazis entführten und misshandelten Rintelner Schüler

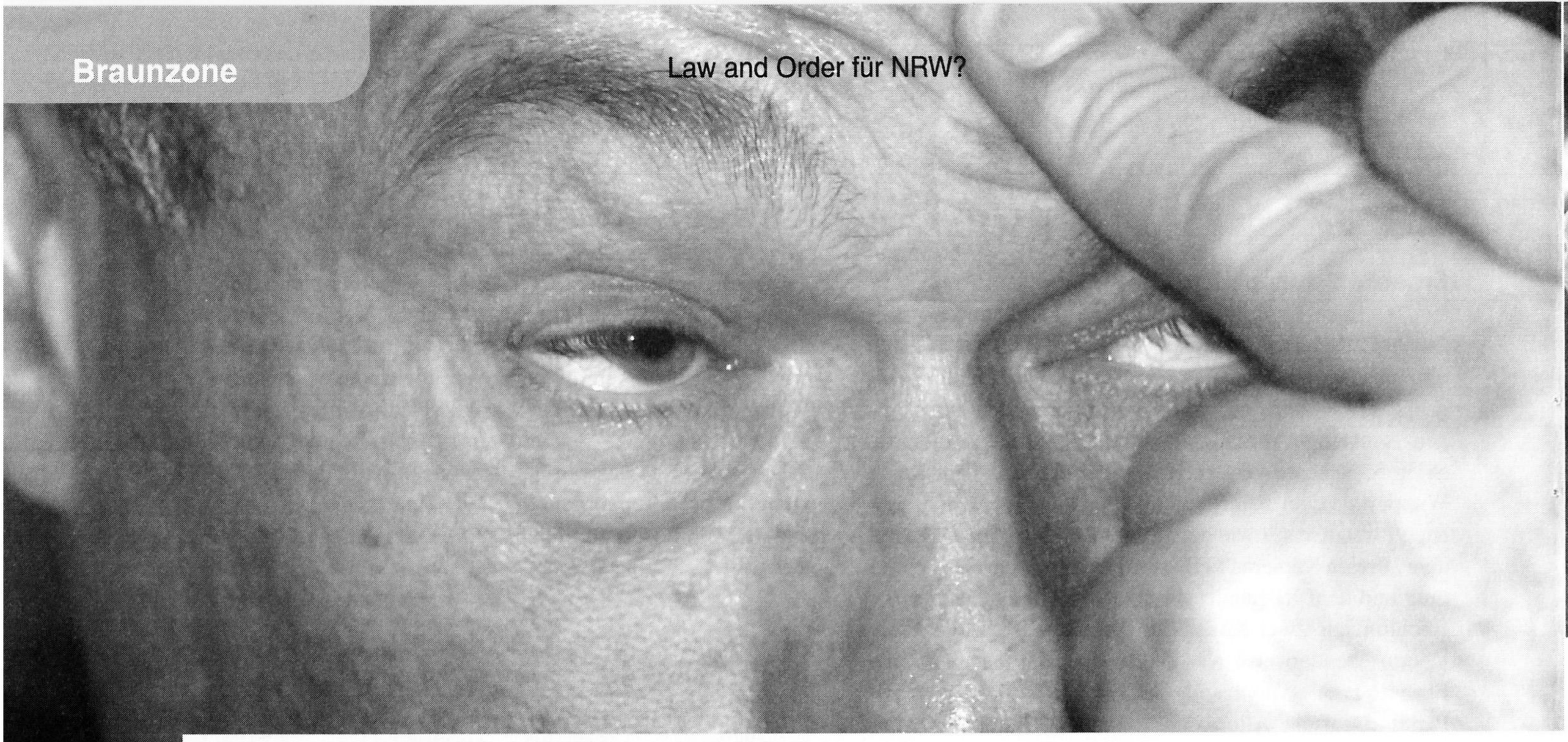
Nach einen Schulungsabend der NPD im ostwestfälischen Schaumburg mit anschließender Feier von „Führers Geburtstag“ kam es im nahen Rinteln (Nds) in den Morgenstunden des 21.4 zu einer Entführung eines vermeintlichen linken Schülers, der anschliessend schwer mißhandelt wurde. Er wurde unter Schlägen von stadtbekannten Nazikadern in deren Auto gezerrt und auf einem Feldweg in der nächsten Ortschaft zusammengeschlagen. Anschließend wurde die Fahrt fortgesetzt. Zum Glück stoppte schließlich eine Polizeistreife den Wagen der Nazis und befreite den Schüler. Unglaublich jedoch ist, dass die Neonazis anschließend ihre Fahrt fortsetzen konnten. Erst drei Tage später wurden die Täter durch die Polizei zur Fahndung ausgeschrieben. Bislang sind die beteiligten Neonazis, gegen die ein Haftbefehl vorliegt, untergetaucht. Drei der Täter wurden bereits zuvor schon mal wegen Körperverletzung verurteilt und stehen noch unter Bewährung.

Diese Tat der hiesigen Neonazi-Szene ist nur ein kleiner Höhepunkt des Naziterrors in der Schaumburger Region. Am Himmelfahrtstag beispielsweise kam es in und bei Barsinghausen zu schweren, von Neonazis angezettelten Schlägereien.

Für den 1. Juni 2002 meldete der Hamburger Nazikader **Christian Worch** in Rinteln einen Aufmarsch in Rinteln an. Motto: „Menschenrechte und Meinungsfreiheit auch für sogenannte Neonazis“. Ziel dieses Aufmarsches war eine Stärkung und Festigung der Nazistrukturen in der Region Schaumburg. Aber gerade einmal 50 Neonazis folgten dem Aufruf und lauschten der Rede von Worch und dem Gestammel ihres regionalen Führers **Bernd Stehmann**. Der Rest zog es wohl vor, kurzweiligere Unterhaltung zu suchen.

Unterstützung erhält die Schaumburger Nazi-Szene insbesondere von Nazikadern aus Bielefeld und Minden, beispielsweise bei der Organisation und Durchführung von „White Power“-Konzerten. Auf dem letzten Event in Rinteln spielten u.a. „Sleipnir“ aus Gütersloh/Bad Salzuflen sowie „Nemesis“ aus Schottland, die in den hierzulande verbotenen „Blood & Honour“-Strukturen international eingebunden sind. Es ist schon bezeichnend, dass B&H“-Konzerte unter den Augen der Polizei stattfinden konnten, eine Informationsveranstaltung über die rechte Szene aus Anlaß des Überfalls auf den Rintelner Schüler, die in einer Schule geplant war, aber vom Landrat verboten wurde.

Von Antifas aus OWL



Von Jan Raabe

Law and Order für NRW?

Schill´s Partei "Rechtsstaatliche Offensive"

Fast aus dem Nichts erreichte die Partei "Rechtsstaatliche Offensive" ("Schill-Partei") im Herbst 2001 bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen knapp 20 % der Stimmen. Mit rechtspopulistischen Law and Order-Parolen war **Ronald Barnabas Schill**, der sich als "Richter Gnadenlos" mit seinen überzogenen Urteilen einen Namen machte, angetreten. Der hanseatische Amtsrichter und unumstrittene Parteivorsitzende versprach ein sauberes und sicheres Hamburg. Dem "Sündenbabel" an der Elbe tritt die Partei, die bewußt den Namen des Vorsitzenden als Kürzel bestimmte, mit einem Programm zwischen autoritären Neoliberalismus und rassitischen Ressentiments entgegen. Konkret fordert sie geschlossene Heime für jugendliche Straftäter, weniger Plätze im offenen Vollzug und eine härtere Drogenpolitik. Kindern ohne ausreichende Deutschkenntnisse soll im besonderen die Einschulung versagt werden und SozialhilfeempfängerInnen sollen im allgemeinen weniger Hilfen bekommen. Die mittelständische Wirtschaft soll hingegen von Steuern und "schikanösen Regelungen" befreit werden.

Alles keine leeren Wahlversprechen, denn die im September 2001 gewählte rechts-konservative Regierung von CDU, "Schill-Partei" und FDP hält Wort: Sozialleistungen werden gekürzt, Förderungen von Frauen-, Behinderten und Krankenselbsthilfegruppen gestrichen, Beratungs- und Hilfsorgansiationen für Migraten, sozialschwache Menschen, Drogensüchtige und HIV-Kranke werden nicht mehr gefördert. "Sozialpolitik ist nicht unser Schwerpunkt", erklärt kurz und knapp der CDU-Sozialsenator die neue Politik. Schwerpunkt sei die Förderung des Mittelstandes und die Unterstützung der Großunternehmen.

Allerdings ist die Schill-Partei, obwohl sie am lautesten die Angst vor "dem Fremden" und die Sorge vor dem Wohlstandsverlust schürt, nicht die treibende Kraft in der Regierungskoalition. So haben die Skandale von Filz bis Kokain den Schwung der Regierungspolitik nicht gebremst. Die Partei grenzt sich zwar vom "Establishment" ab und stellt sich als Vertreter des "kleinen Mannes" dar, doch ihre Politik ist eine für "die da oben" und ihr Parteivorsitzende trinkt und tanzt mit "denen" von der Hamburger Schickeria bis zur Halbwelt.

Bundesweite Ambitionen

Ohne Schill ist die "Schill-Partei" bisher nichts. Profil und Struktur ist alleine auf die vermeintlich charismatische Führerfigur ausgerichtet. Der vollständige Name der Partei ist vielen unbekannt.

Schon kurz nach dem Hamburger Wahlerfolg kam es bundesweit zur Gründung von Orts- und Kreisstrukturen. Dies geschah jedoch ohne die Zustimmung des Hamburger Vorstands, der sogleich Landes- wie Bundesvorstand ist, einzuholen. Diese Eigendynamik der Parteientwicklung versuchen die Hamburger Funktionäre seitdem in den Griff zu bekommen. Der Vorstand hat hierfür "vertrauliche Personen" mit dem Aufbau der Partei in den Bundesländern beauftragt.

Neben dem Landesverband in Hamburg sind mittlerweile in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen Landesstrukturen entstanden. Immer wieder gründen Mitglieder neue Ortsgruppen und bemühen sich um einen Landesverband. Nur in Bayern finden sich keine aktiven Schillianer. Die CSU scheint das rechtspopulistische Potential zu binden.

Den Mitgliedern in NRW geht es um eine schnelle Ausweitung und scheinbar auch um Posten, die sie bei ande-

ren Parteien nicht bekommen haben. So berichtet die "Neuss-Grevenbroicher Zeitung" von der Gründung des Kreisverbandes Neuss. Erst als erklärt wurde, dass auf Kreis- und Landesebene genügend Ämter zu besetzen wären, waren die Interessierten beruhigt und besprachen die weitere Entwicklung.

Schill-Partei in NRW

Ein ordentlicher Landesverband besteht zur Zeit noch nicht, die Gründung ist jedoch seit langem angekündigt. Koordinator für den Aufbau in NRW ist der Hamburger **Rolf Rutter**. Die nach Eigenangaben 800 Mitglieder in NRW gehören formal dem Landesverband Hamburg an. Die meisten von ihnen stammen aus der "Die Mittelstandspartei" (DMP), einer seit 1997 existierenden Kleinstpartei mit 600 Mitgliedern (in NRW 300). Diese löste sich am 17. Februar zugunsten der "Schill-Partei" auf. Das Programm der DMP, welche zwar eine bundesweite Partei war, deren Schwerpunkt allerdings NRW war und deren Mitglieder auch zu 50% aus NRW kamen, ähnelt dem der Schill-Partei. "Schluß mit der "Verharmlosung der Kriminalität", der "ungehemmten Zuwanderung" und dem "schwachen Euro!" Keine "Ausnutzung der Leistungsträger durch Leistungsunwillige!" lauteten einige der Forderungen der DMP. Wie bei der "Schill-Partei" auch, kennzeichnete das DMP-Programm eine Mischung aus neoliberalen Wirtschaftsforderungen und rechtspopulistischen Sichtweisen. Hierzu gehört auch die Forderung, Zuwanderung entsprechend der wirtschaftliche Verwertbarkeit zu regeln bzw. zu begrenzen. Menschenrechte, Not und Elend der Flüchtlinge werden nicht berücksichtigt.

Es sind die alten Strukturen der DMP, auf die sich die Schill-Partei in NRW stützt: Der ehemalige Bundesvorsitzenden der DMP, **Dieter Mückenberger** (64) aus Düsseldorf, ist nun der Landesbeauftragte für den Aufbau des Landesverbandes NRW. Stellvertretender Landesbeauftragter Westfalen ist der Dipl.-Chemiker **Detlef Münch** aus Witten. Der 49jährige ist seit 1999 Mitglied des Rates der Stadt Dortmund, seit 2000 Vorsitzender der Wählergemeinschaft "Unabhängige Bürger NRW" in Dortmund und seit 2001 ehrenamtlicher Richter am Verwaltungsgericht Gelsenkirchen. Des weiteren ist er Gründer und Betreiber des "Synergen Verlages", in dem seine eigenen Werke verlegt werden. Die Themen reichen von Kommunalpolitik über Gesundheit bis Forensik. Schwerpunkt bilden Veröffentlichungen zum Umwelt- und Naturschutz.

Stellvertretender Landesbeauftragter Rheinland ist **Bernd Schmitz** aus Dülmen. Der 51jährige Einzelhändler ist ehemaliger DMP-Landesvorsitzender NRW. Leiter der vorläufigen Landesgeschäftsstelle in Dülmen ist **Dirk Borgmann**. Dieser ist selbstständiger Unternehmer und hat sich mit seinem Betrieb, der "KMU-Consult Dirk Borgmann", auf die Beratung mittelständischer Unternehmen spezialisiert.

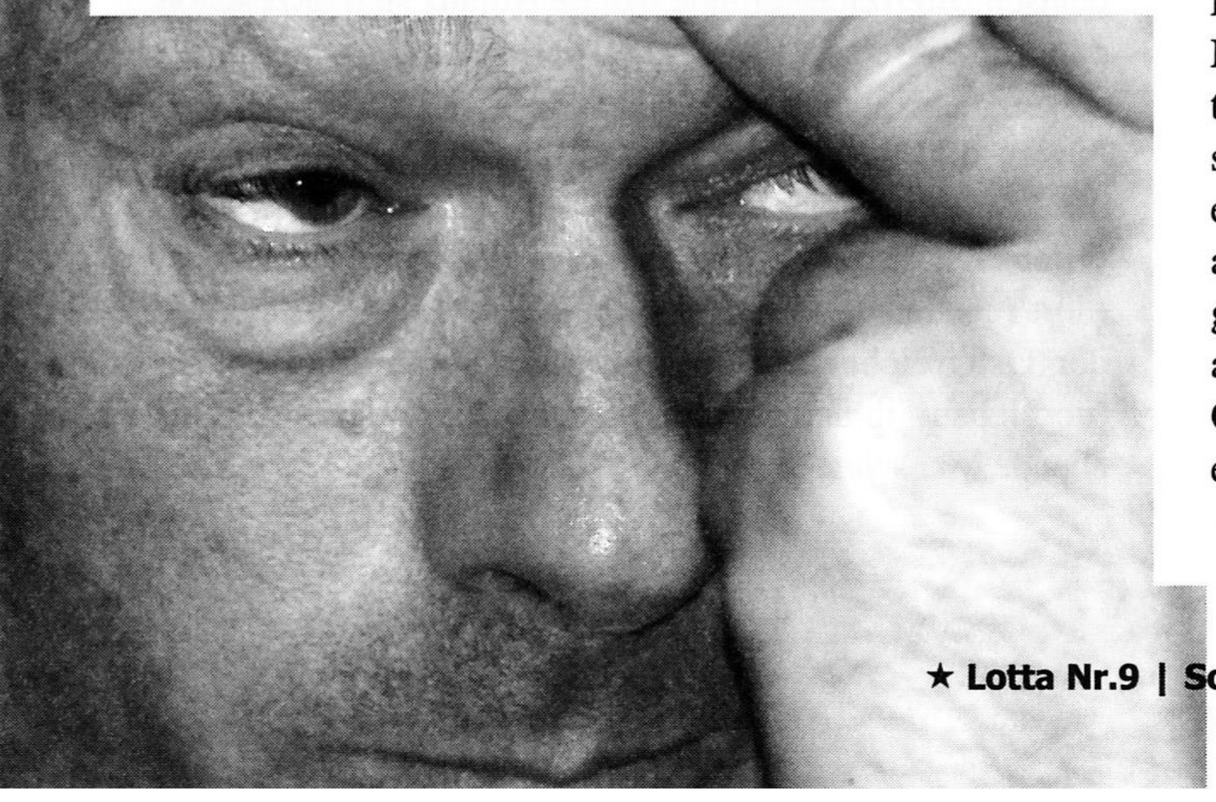
Die Gründung des Landesverbandes ist für Mitte Juni angekündigt worden. Allerdings werden bereits lokale Strukturen aufgebaut. Als erster Kreisverband der "Schill-Partei" wurde am 5.4.2002 der Kreisverband Neuss gegründet, am 20. April folgte die Gründung des Bezirksverbandes Arnsberg (Vorsitzender: Detlef Münch), am 1. Mai die des Bezirksverbandes Düsseldorf (Vorsitzender: **Frederick Schulze**). Auch in Dortmund, Köln und anderen Städten sind zwischenzeitlich Kreisverbände gegründet worden.

Fazit

Die "Schill-Partei" ist eine rechtspopulistische Partei mit neoliberalem Programm. Anders als bisherige Versuche von rechts, eine solche Partei zu gründen, haben die meisten Parteimitglieder keine einschlägige Vorgeschichte in den Organisationen der extremen Rechten. Bewußt bemüht sich die Partei fernab des militanten Spektrums inhaltlich Position zu beziehen. Wie nah beieinander sie jedoch liegen, offenbaren die Parolen und Konzepte. Vor allem mit dem Hinweis auf die Inhalte des Programms und die Folgen dieser Politik kann also der antihumanistische und antidemokratische Charakter dennoch aufgezeigt werden.

Der Wahlerfolg der "Schill-Partei" in Hamburg ist nur mit den spezifischen lokalen Bedingungen und Umständen zu erklären: 44 Jahre SPD-Regierungsmacht und Stadtstaat. Schon in Sachsen-Anhalt gelang es nicht, die 5% Hürde zu nehmen. Dieses dürfte jedoch mehr darauf zurückzuführen sein, dass die "Schill-Partei" mit ihrem Landesverantworlichen, dem Multimillionär **Ulrich Marseille**, als "Besserwessis" angesehen wurden und es der Partei nicht gelang, an die "Ostidentität" anzukoppeln.

Entscheidend wird sein, inwieweit sich die Hamburger Führungsriege als politikfähig erweist. Bisher ist sie noch nicht, wie die DVU nach der Wahl, in Pöstchenschacherei und Machtintrigen verfallen. Dass ein Teil der derzeitigen Mitglieder gerade in NRW zu einem solchen Verhalten neigt, zeigen die ersten Gerüchte über eine Palastrevolte. Einem internen Schreiben zufolge wollen Mitglieder aus NRW und Niedersachsen den Vorstand ablösen, der zögerte, zur Bundestagswahl anzutreten[1]. Auch die Vorgeschichte der Funktionäre in der "Mittelstandspartei" weist eher auf Sektenwesen hin, als auf Politikfähigkeit. Alles andere bleibt abzuwarten – oder besser auch nicht: Mit guten Beispiel gingen AntifaschistInnen aus Meschede voran, die am 5. April die Gründung eines Kreisverbandes mittels einer Protestaktion verhinderten.



[1] Anm. d. Red.: Die "Schill-Partei" hat zwischenzeitlich einen Wahlantritt beschlossen.

Von Jörg Kronauer

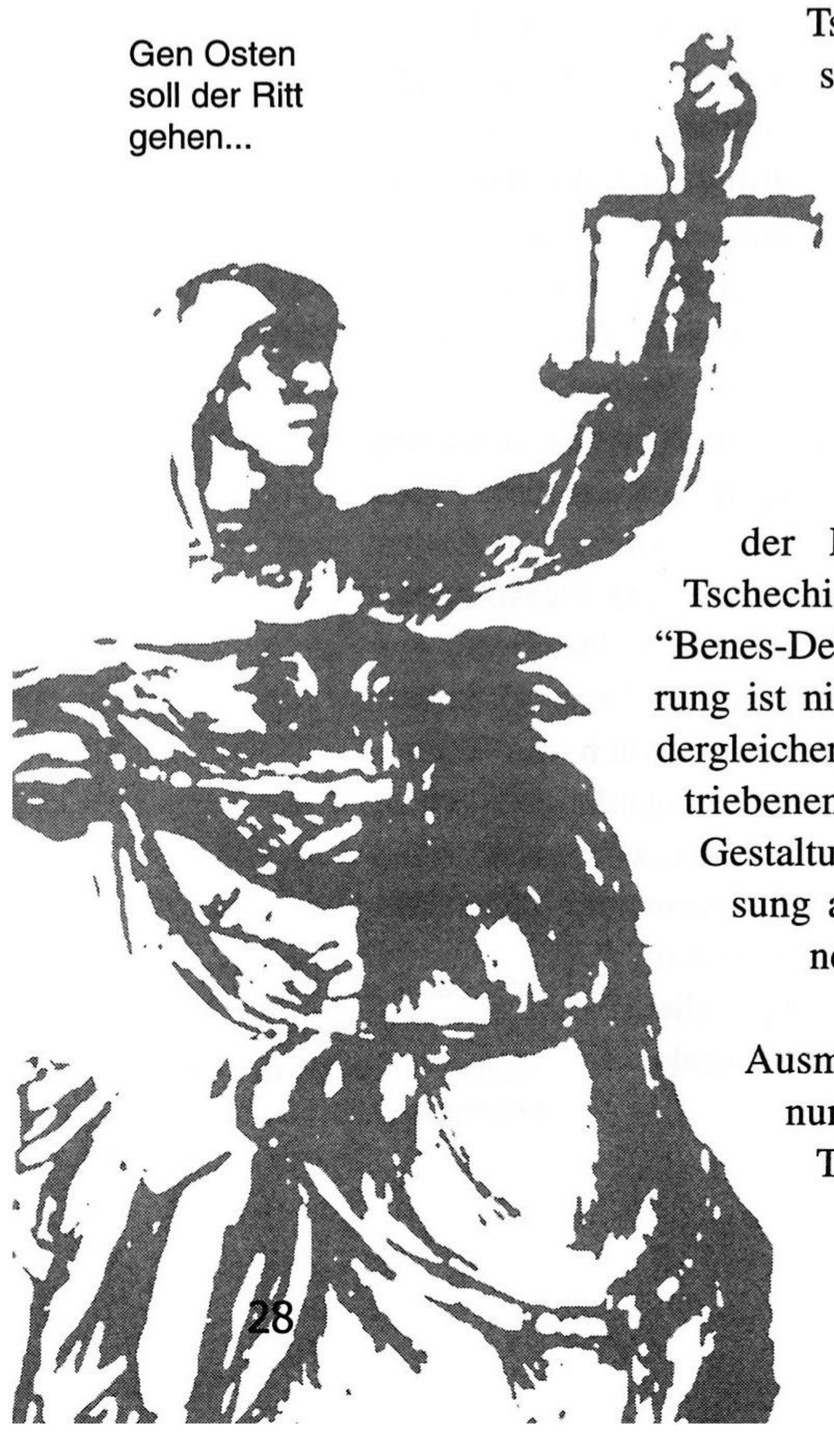
Kein Fußbreit für Rot-Grün!

Regierung übernimmt Forderungskatalog der "Vertriebenen"-Verbände

Haben die Nazis die Tschechinnen und Tschechen zu sanft behandelt? Arnulf Baring scheint diese Frage stellen zu wollen. "Die Tschechen haben unter den Nationalsozialisten erheblich weniger gelitten als die Polen und legen seither, was ja damit zusammenhängen mag, eine erstaunliche Härte und Kaltherzigkeit gegenüber den Deutschen an den Tag", erklärte er Mitte Mai in einem Interview mit der "Welt". Baring ist Historiker, hat mehrere Jahre für die "Stiftung Wissenschaft und Politik" - einen der mächtigsten außenpolitischen think tanks Deutschlands - gearbeitet und zählt zu den einflussreicheren politischen PublizistInnen des vergangenen Jahrzehnts.

Rot-Grün fordert Abschaffung tschechischer Verfassungsdokumente

Anlass für Barings skandalöse Aussage ist der Streit um die sogenannten "Benes-Dekrete". Die "Benes-Dekrete" sind Gesetze, die vom tschechoslowakischen Staatspräsidenten Eduard Benes während der 1940er Jahre erlassen worden waren, zuerst im Londoner Exil, dann - nach der Befreiung 1945 - in der Tschechoslowakei. In den "Benes-Dekreten", die in der Tschechischen Republik Verfassungsrang besitzen, ist u.a. die Enteignung der Deutschen in der Tschechoslowakei nach dem 2. Weltkrieg geregelt. Und die war zur Eindämmung zukünftiger deutscher Expansionsgelüste dringend nötig; schließlich waren die "Sudetendeutschen" als "Fünfte Kolonne Hitlers" maßgeblich an der Zerschlagung der Tschechoslowakei und am Anschluss des "Sudetenlandes" an Nazideutschland beteiligt.



Gen Osten soll der Ritt gehen...

Bis zum vergangenen Jahr sind hauptsächlich deutsche "Vertriebenen"-Organisationen, die bayerische CSU und die österreichische FPÖ mit der Forderung aufgefallen, die Tschechische Republik solle die "Benes-Dekrete" aufheben. Diese Forderung ist nicht nur eine Anmaßung sondergleichen - immerhin melden die "Vertriebenen" damit Ansprüche auf die Gestaltung der tschechischen Verfassung an. Die Aufhebung der "Benes-Dekrete" wäre eine Katastrophe von europäischem Ausmaß. Denn wenn die Enteignung der Deutschen in der Tschechoslowakei annulliert würde, dann gerieten weite Teile des tschechischen Staatsgebietes in "sudetendeutschen" Besitz; und auch andere europäische Staaten - etwa Polen, die Slowakei, der russische Oblast Kaliningrad - müssten früher oder später deutschen "Vertriebenen" Grund und Boden abtreten.

Im Herbst 2000 begann die rot-grüne Bundesregierung, sich den "Vertriebenen"-Forderungen anzunähern. Den Tabubrecher spielte Bundeskanzler Gerhard Schröder persönlich. In seiner Festrede beim "Tag der Heimat" 2000 behauptete er: "Vertreibung, daran kann es keinen Zweifel geben, ist stets ein Unrecht." Ein Jahr später, beim "Tag der Heimat" 2001, spitzte Alt-Sozialdemokrat Peter Glotz dies auf die Umsiedlung der "Sudetendeutschen" zu, deren angeblichen "Unrechtscharakter" er durch einen Vergleich mit den Geschehnissen in Srebrenica zu belegen versuchte.

Großen Medienrummel verursachte im Frühjahr 2002 eine Allianz bayerischer, österreichischer und ungarischer PolitikerInnen, die die Forderung nach Aufhebung der "Benes-Dekrete" auf Regierungsebene hievten. Die Tschechische Republik müsse die entsprechenden Gesetzestexte schon vor ihrem Eintritt in die Europäische Union für ungültig erklären, forderte etwa der damalige ungarische Ministerpräsident Orban. Spätestens damit wurde die Dimension der Angelegenheit deutlich. Denn auch Österreich und Ungarn haben - wie das Deutsche Reich seine "Ostgebiete" - im vergangenen Jahrhundert Territorien verloren, auf die sie noch heute Anspruch erheben. Dabei handelt es sich - wie im Falle Südtirols, Südkärntens oder der Vojvodina - um Gebiete, die nach dem Ersten Weltkrieg in den Pariser Vorortverträgen anderen Staaten zugeschlagen wurden.

Deutschland und Österreich-Ungarn, die "Mittelmächte" des Ersten Weltkriegs, die diesen Krieg und mit ihm Teile ihrer damaligen Staatsgebiete verloren, formieren sich also wieder; wenn auch mit einem nicht mehr kaiserlich, sondern rot-grün regierten Deutschland. Stellvertretend für die rot-grüne Bundesregierung forderte Innenminister Schily am 18. Mai beim "Sudetendeutschen Tag" in Nürnberg die Aufhebung der "Benes-Dekrete". Ob die deutsch-österreichisch-ungarische Allianz sich jetzt schon damit durchsetzen kann, wird sich spätestens im Herbst zeigen; dann stehen im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen die diesbezüglichen Entscheidungen an. Sollten die "Benes-Dekrete" aufgehoben werden, dann könnte Österreich ähnliche Forderungen an Slowenien stellen (dort regelten 1945 die "Avnoj"-Dekrete die Umsiedlung der Österreichdeutschen) und Ungarn an Jugoslawien (dort leben - in der Vojvodina - zahlreiche ungarisch sprechende Menschen).

Rot-Grün will europäisches "Zentrum gegen Vertreibung"

Doch auch für den Fall, dass die Tschechische Republik nicht im ersten Anlauf niedergeworfen werden kann, trifft Rot-Grün Vorbereitungen. Die Regierung hat die Entscheidung getroffen, das Thema "Vertreibung" in ganz Europa auf die Tagesordnung zu setzen. Das zentrale Projekt dabei: Ein europäisches "Zentrum gegen Vertreibung". Von der Presse nicht beachtet, wurden am 16. Mai im Bundestag drei Anträge in die Ausschüsse verwiesen, die allesamt die Errichtung eines solchen Zentrums befürworten.

Die Idee, ein "Zentrum gegen Vertreibung" zu errichten, kommt - wie die Forderung nach Aufhebung der "Benes-Dekrete" - von deutschen "Vertriebenen". Mit ihm soll die Umsiedlung der Deutschen aus Osteuropa, die im Potsdamer Abkommen völkerrechtlich gültig geregelt wurde, als angebliches "Unrecht" gebrandmarkt werden. Das Potsdamer Abkommen scheint für die rot-grüne Bundesregierung zwar sowieso keine besondere Bedeutung mehr zu besitzen; erst kürzlich wurde der neue deutsche Generalstab, der heute "Einsatzführungskommando" heißt, in Potsdam angesiedelt - in der Stadt also, die als Symbol des preußischen Militarismus gilt und in der die Alliierten 1945 die "völlige Entmilitarisierung Deutschlands" verfügt sowie den deutschen Generalstab aufgelöst hatten. Dennoch: Wenn Deutschland sich mit der Anmaßung durchsetzen könnte, die zu Recht geschehene Umsiedlung der Deutschen aus Osteuropa sei "Unrecht", dann wäre es auf dem Weg, die Kriegsniederlagen des letzten Jahrhunderts zu revidieren, ein Stück weiter.

Gegen die Errichtung eines "Zentrums gegen Vertreibung" hat jetzt auch die rot-grüne Bundesregierung nichts mehr einzuwenden. Einzige Bedingung: Es soll "europäischen" Charakter haben. Ein Dokumentations- und Begegnungszentrum mit Forschungsstätte solle die Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts, darunter die Vertreibung der Deutschen, dokumentieren, heißt es in einem Antrag von SPD und "Bündnis 90/Die Grünen", der zur Zeit in den zuständigen Bundestagsausschüssen behandelt wird. Die Entscheidung zugunsten des Vertreibungszentrums scheint schon vor längerer Zeit gefallen zu sein; jedenfalls hat Kulturstaatsminister Nida-Rümelin, wie er jetzt zugab, bereits im März 2001 gegenüber Erika Steinbach, der Vorsitzenden des „Bundes der Vertriebenen", seine prinzipielle Zustimmung zur Errichtung eines solchen Zentrums signalisiert. In einem Punkt unterscheidet sich Rot-Grün allerdings von den "Vertriebenen". BdV-Chefin Erika Steinbach will das "Zentrum gegen Vertreibung" in Berlin ansiedeln, in "räumlicher und geschichtlicher Nähe" zum Holocaust-Mahnmal. Markus Meckel (SPD) befürwortet als Standort Wroclaw, das frühere Breslau. Hintergrund seines Vorschlags: Wroclaw ist nicht nur Symbol für die Umsiedlung der Deutschen aus Polen, sondern auch für die Umsiedlung von Polen und Polinnen aus der früheren Sowjetunion. 1945 wurden 600.000 polnische EinwohnerInnen der heute ukrainischen Stadt Lviv nach Wroclaw umgesiedelt. Ein "Zentrum gegen Vertreibung" in Wroclaw würde dies neu in Erinnerung rufen und polnische Ansprüche gegenüber der Ukraine ermöglichen.

In den polnischen Eliten gibt es Bestrebungen, sich auf den Kuhhandel einzulassen. Kurz vor der Bundestagsdebatte über das "Zentrum gegen Vertreibung" forderten zwei prominente polnische Publizisten, darunter der Chefredakteur der auflagenstärksten polnischen Tageszeitung "Gazeta Wyborcza", den Vorschlag von Meckel anzunehmen. Er böte die Möglichkeit, so die Autoren, die Umsiedlung von Millionen Polen und Polinnen aus der heutigen Ukraine zu thematisieren.

Zustimmung zum geplanten Zentrum signalisierte auch der polnische Staatspräsident Kwasniewski.

Widerstand: In Polen und Tschechien, aber nicht in Deutschland

Der Erfolg der rot-grünen Revisionspläne ist jedoch noch nicht gesichert. Zwar gibt es in Deutschland keinen nennenswerten Widerstand; der Unmut in der polnischen Bevölkerung jedoch scheint zu wachsen. Presseberichten ist zu entnehmen, dass weite Teile der polnischen Bevölkerung die Deutschen völlig zu Recht immer noch als "revanchistisch" empfinden. Besonders in denjenigen Gebieten Polens, auf die deutsche "Vertriebene" direkte Ansprüche erheben, gebe es eine spürbare Angst vor der "Rückkehr der Deutschen", bestätigte jüngst ein Lehrstuhlinhaber der Universität Wroclaw; die "antideutschen Gefühle" seien "stärker geworden".

Und die Tschechische Republik scheint weiterhin geschlossen an den "Benes-Dekreten" festzuhalten - trotz massiven Drucks aus Deutschland, Österreich und Ungarn, und obwohl sich die wichtigsten tschechischen Printmedien inzwischen im Besitz deutscher Verlage besitzen und entsprechend agitieren. Das ist der Grund für die skandalösen Aussagen des deutschen Historikers Arnulf Baring, der im übrigen Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des "Zentrums gegen Vertreibung" ist. Im eingangs erwähnten Zeitungsinterview vollzog Baring den Bruch mit den politischen Eliten der Tschechischen Republik: „Es mag sein, dass die Tschechen 1938, 1948 und 1968 einen Aderlass an politischer und intellektueller Kompetenz zu beklagen hatten, der zu einer unzulänglichen Führungsausstattung der politischen Parteien geführt hat", erklärte er. Und setzt jetzt auf die Justiz der Europäischen Union und auf Propagandaerfolge der deutsch geführten tschechischen Medien: „Man muss darauf vertrauen, dass sich - abgesehen von den Diskriminierungen Deutschstämmiger, die vor den europäischen Gerichten keinen Bestand haben werden - allmählich dort eine selbstkritischere Haltung ausbreitet."

Dieser Artikel verdankt zahlreiche Hinweise der Internetpublikation "Informationen zur deutschen Außenpolitik" (www.german-foreign-policy.com), die regelmäßig über die deutschen Hegemonialbestrebungen berichtet.

Interview mit niederländischen Antifas

In unserer ersten Ausgabe (Winter 1999), veröffentlichten wir bereits ein Interview mit niederländischen Antifas. Damals gab es in den Niederlanden keine wirklich relevanten rechten Parteien, die extreme Rechte versuchte sich gerade neu zu organisieren. Dass sich seitdem einiges in unserem westlichen Nachbarland getan hat, zeigte vielen hier erst die Ermordung Pim Fortuyns kurz vor den Wahlen zum niederländischen Parlament. Wir nahmen den überraschenden Erfolg der rechtspopulistischen "List Pim Fortuyn" bei den Kommunalwahlen in Rotterdam, die Ermordung Pim Fortuyns und den anschließenden Wahlerfolg seiner Liste zum Anlass, um uns Anfang Juni mit AntifaschistInnen aus den Niederlanden über die Entwicklung der letzten Zeit und die momentane Situation zu unterhalten.

LOTTA: Als wir 1999 mit niederländischen AntifaschistInnen sprachen, waren die Parteien der extremen Rechten wie z.B. die CP 86 kollabiert. Was hat sich seitdem getan und wann trat Pim Fortuyn auf die Bildfläche?

NL-Antifas: Seit 1999 hat sich nicht viel verändert. Die CP´86, CD und „Nederlands Block" sind vollständig verschwunden. Nur die „Nieuwe Nationale Partij" (NNP), eine Nachfolgerin der CP´86, hat weitergemacht. Aber es ist ihnen nicht gelungen, auch nur die geringste Unterstützung zu erlangen. Neben diesen Parteien waren noch Neonazis der NVU[1] und der „Stormfront Nederland" aktiv. Sie haben eine Menge Stress und Ärger gemacht, blieben aber ebenfalls ohne nennenswerte Unterstützung.

In der Zwischenzeit trat Pim Fortuyn als Spitzenkandidat von „Leefbar Nederland" in Erscheinung. Fortuyn war da bereits seit zehn Jahren als politischer Berater und Kommentator bekannt. In den späten Neunzigern schrieb er eine Menge über Migration, Flüchtlinge und den Islam in Holland. Er behauptete, die Einwanderung stelle eine ernste Gefahr für die in jüdisch-christlicher Tradition stehende holländische Leitkultur dar. Er wollte die Probleme, die ihm zufolge auf die mangelnde Integration der Migranten zurückzuführen seien, erst lösen, bevor weitere Immigranten in das Land hinein gelassen werden sollten. „Leefbar Nederland" ist eine gegen die Etablierten gerichtete Partei mit einer Mischung aus linken und rechten Positionen. Mit Pim Fortuyn als Spitzenkandidaten entschieden sie sich für einen klaren Rechtskurs. Drei Monate vor den Wahlen musste Fortuyn nach einem kontroversen Interview „Leefbar Nederland" verlassen. Er hatte erklärt, dass er das Anti-Diskriminierungsgesetz abschaffen und die Grenzen für Muslime schließen wolle. Nach diesem Vorfall gründete er seine eigene Partei: Die „Liste Pim Fortuyn", LPF.

LOTTA: Wo seht Ihr Ursachen für den Prozess? In den hiesigen Medien war vor allem immer davon die Rede, Fortuyn habe mit seiner Sprache und seinem Auftreten etwas völlig neues in die politische Kultur der Niederlande eingebracht, von dem die Menschen begeistert waren? Wie kam es dazu, dass er in so kurzer Zeit so bekannt wurde?

NL-Antifas: Fortuyn war bereits für seine rechtskonservativen Ansichten sehr bekannt und populär, so dass er keineswegs in sehr kurzer Zeit Bekanntheit erlangte. Die Gründe für seine massive Unterstützung sind sehr verschieden. Der erste Grund sind seine sehr expliziten Ansichten in Hinblick auf die Immigration und den Islam. In der niederländischen Politik gibt es nämlich keine wirkliche rechtskonservative Partei mehr. In den Jahren von 1994 bis 1998 waren sowohl die faschistischen „Centrumdemocraten" (CD) als auch die konservative VVD der Einwanderungspolitik gegenüber oppositionell eingestellt. Nach 1998 brachen die CD in sich zusammen und in der VVD übernahm ein eher

[1] Anm. d. Red.: "Nederlandse Volksunie", militante Neonazipartei in den Niederlanden unter der derzeitigen Führung von Constant Kusters. (*s. auch Seite 22*)

linksliberal orientierter Flügel die Führungspositionen. Dies geschah ebenfalls in der christdemokratischen CDA. Es war klar, dass sich, insbesondere nach den Anschlägen vom 11.9, für rechtsorientierte, gegen die Einwanderungspolitik gerichtete politische Ansichten Räume öffneten, die aber von keiner Partei besetzt wurden. Als Fortuyn die politische Arena betrat, erhielt er sowohl von den Konservativen innerhalb der VVD als auch von ehemaligen Anhängern faschistischer Parteien wie der CD und der CP´86, Unterstützung. Der zweite Grund ist sein Auftreten: Fortuyn war ein hervorragender Redner und Selbstdarsteller. Er stellte die Probleme und die möglichen Lösungen sehr einfach dar. Darüber hinaus vermochte er die Leute davon zu überzeugen, dass Probleme, die sie vorher nicht als solche betrachtet hatten, tatsächlich Probleme seien. So stellte sich Fortuyn beispielsweise der sogenannten Purpur-Koalition entgegen. Er erklärte, dass die letzten acht Regierungsjahre Holland ruiniert hätten, was eindeutig nicht der Fall ist. Aber wegen seiner überzeugenden Darstellung folgten größere Gruppen der Bevölkerung seinen Positionen. Die übrigen politischen Führer wirkten im Vergleich zu Fortuyn farblos und trocken. Auch dies brachte ihm eine Menge Unterstützung ein. Er ist der einzige holländische Politiker mit echten Fans. Sehr seltsam ist hingegen, dass diese Fans Fortuyn unterstellten, er teile zahlreiche ihrer Ansichten, welche er aber nie hatte. Ein gutes Beispiel hierfür ist, dass junge Neonazis Fortuyn unterstützen, weil sie meinten, er wolle alle Nicht-Weißen aus dem Land werfen.

LOTTA: Wie waren die Reaktionen der anderen Parteien, der Regierungskoalition, als auch der anderen etablierten PolitikerInnen? Wie reagierten sie auf Pim Fortuyn vor seinem Erfolg bei den Kommunalwahlen in Rotterdam und wie reagierten sie danach? Haben sie ihn erst nach der Wahl wahrgenommen?

NL-Antifas: Es ist klar, dass alle von Fortuyn´s Erfolg überrascht waren und Schwierigkeiten auftraten, seine Positionen einzuordnen. Nach dem bereits erwähnten Interview bezeichneten ihn die anderen Parteien als holländischen Haider, als Mussolini und als Rechtsextremisten. Als dann festgestellt wurde, dass das nicht funktionierte, wurde die Taktik geändert. Insbesondere nach den siegreichen Kommunalwahlen in Rotterdam wurde klar, dass es nicht so einfach sein würde und es wurde begonnen, seine Positionen anzugreifen und nicht so sehr seine Person.
Es war nicht besonders klug, ihn mit rechtsextremen und faschistischen Führern zu vergleichen, weil er keiner war. Ein Teil seiner Ansichten war gewiss eindeutig fremdenfeindlich und extrem nationalistisch, aber es ist ebenfalls klar, dass er sich von Haider, Le Pen, De Winter oder Mussolini unterschied. Er hätte früher für seine fremdenfeindlichen Ansichten und unrealistischen Vorschläge angegriffen werden müssen. Sobald dies gemacht wurde, zeigte sich, dass die traditionellen Parteien wieder an Stärke gewannen.

LOTTA: Zurück zur Wahl in Rotterdam. Diese war ja nicht allzu lange vor den Parlamentswahlen, hat man da gemerkt "oops - wir müssen reagieren!", ich meine, haben sie Fortuyn vorher überhaupt beachtet?

NL-Antifas: Ja, Fortuyn wurde wahrgenommen. Was Sie nicht wussten, war, wie mit ihm umzugehen sei. Sie hofften, dass die Stigmatisierung als „Faschisten" funktionieren würde. Darüber hinaus waren alle ziemlich sicher, dass Fortuyn sich nicht besonders lange in der Politik würde halten können. In der Vergangenheit war es ihm nie gelungen, mit anderen in einer Organisation zusammen zu arbeiten, da es letztlich immer mit Streitigkeiten und seinem Austritt endete. Nach seinem Bruch mit „Leefbar Nederland" erwarteten alle, einschließlich Fortuyn, dass dies das Ende seiner politischen Karriere bedeute. Die anderen Politiker dachten das gleiche und nannten ihn einen Rechtsextremisten. Andere überzeugten Fortuyn, mit seiner eigenen Partei weiter zu machen.
Nach diesem Vorfall wartete jeder auf den nächsten. Tatsächlich gelangten weitere Skandale an die Öffentlichkeit, wie etwa Fälle sexueller Belästigung im Partei-Büro oder der Fall eines Kandidaten, der einen Nachbarn zusammenschlug, die aber keinen ernsthaften Einfluss auf die Popularität von Fortuyn ausübten. Wäre er nicht ermordet worden, so wären sicherlich weitere Skandale an die Öffentlichkeit gelangt. So besaß Fortuyn selbst eine nur geringe Meinung von den anderen Kandidaten auf seiner Liste. Ein Kommentator stellte hierzu fest, dass die Wahlen 2002 nichts über Fortuyn aussagen würden und erst nach den Wahlen 2006 Aussagen möglich seien. Er bezog sich dabei auf andere Parteien, die in der Vergangenheit gekommen und gegangen seien, ohne wirklich dauerhafte Erfolge erringen zu können.

LOTTA: Kommen wir zu den Positionen von Fortuyn und seiner Liste. In Deutschland war erstens von seinem Rassismus gegenüber MigrantInnen und besonders gegenüber Muslimen die Rede, zum zweiten wurde er mit anderen Rechtspopulisten wie Haider oder auch Berlusconi verglichen, aber ansonsten erfuhr man sehr wenig über seine Ziele. Schill z.B. hat in Hamburg seinen Erfolg ganz seiner "Law and Order"-Politik zu verdanken, gibt es einen vergleichbaren Schwerpunkt bei der LPF?

NL-Antifas: Er hat sich immer profiliert als einer, der die Flüchtlingsproblematik, die multikulturelle Gesellschaft kritisiert, sich als Verteidiger einer "niederländischen Kultur" dargestellt und sich dafür ausgesprochen, Einflüsse auf die sogenannte aufklärerische Tradition in Europa zu verhindern, aber seine Liste hat sich auch zum Gegner der Regierungspolitik erklärt, da sie dieser anlasten, diese "Kultur" nicht ausreichend zu schützen. Wenn jetzt im Fernsehen WählerInnen der "List Pim Fortuyn" gefragt werden, warum sie diese Liste gewählt

haben, so hört man ständig den gleichen Spruch: "Holland ist voll". Daher dürfte seine Hetze gegen Nicht-NiederländerInnen auch der entscheidende Punkt bei der Wahl gewesen sein, wenngleich seine Person in der grauen Landschaft der niederländischen Politik natürlich auch eine wichtige Rolle gespielt hat. Man kann jetzt nach der Wahl erleben, dass politische Diskussionen - auch auf der Strasse - wieder stattfinden, etwas was es hier sehr lange nicht gegeben hat.

LOTTA: Wenn man einmal von der Besonderheit der Position Fortuyns absieht, waren MigrantInnen und die Flüchtlingspolitik zentral im Wahlkampf und in der öffentlichen Diskussion? Fand in der Folge der von Fortuyn betriebenen Hetze eine Zuspitzung der Situation von MigrantInnen statt, konnte man eine stärkere Stigmatisierung von Menschen ohne niederländischen Pass beobachten?

NL-Antifas: Nein, überhaupt nicht. Wie ich bereits gesagt habe, war eine rechtskonservative Sicht in den anderen Parteien nicht vorhanden. Nach dem 11.9. arbeiteten alle Parteien sehr hart daran, die aufkeimenden Moslem-feindlichen Haltungen zu beruhigen. Darüber hinaus war wegen der nicht vorhandenen Bedrohung durch faschistische Parteien niemand wirklich daran interessiert, eine Diskussion über Einwanderungspolitik zu starten. Selbst als Fortuyn begann zahlreiche Wählerstimmen zu diesem Thema zu gewinnen, wollte keiner der anderen Parteiführer hierüber diskutieren. Die Partei, die diese Diskussion hätte anschieben können, die konservativen Liberalen, hatten in den vorangegangenen acht Jahren mitregiert und waren für die gesamte Einwanderungsgesetzgebung verantwortlich.

LOTTA: Damit wären wir auch schon bei einem weiterem Punkt, der uns interessiert. In Deutschland fand nach dem 11. September eine Entwicklung statt, im Laufe derer zahlreiche Gesetze verschärft und die Kompetenzen von Polizei, Verfassungsschutz etc. massiv ausgeweitet wurden. Zielgruppe sind dabei vor allem MigrantInnen. Die sogenannte Innere Sicherheit ist zu einem der bestimmenden Themen in der Politik geworden. Lässt sich in den Niederlanden Vergleichbares feststellen? Fortuyn hat ja mehr Sicherheit, mehr Polizeipräsenz auf den Strassen versprochen. Hat er in Folge der Anschläge davon profitieren können, dass mehr Diskurse über "Innere Sicherheit" geführt wurden bzw. war das bei Euch überhaupt der Fall? Gibt es da Zusammenhänge, insofern als dass Fortuyn z.B. Positionen eingebracht hat, die dann von der Politik aufgegriffen wurde, weil man nicht dahinter zurückstehen wollte?

NL-Antifas: Nach dem 11.9. wurde großes Aufheben um Moslems und Moslem-Extremisten gemacht. Das drehte sich größtenteils um die Frage, ob der holländische Geheimdienst intensiv genug an diesem Thema gearbeitet habe. Ein neues Geheimdienstgesetz hat gerade das Parlament und den Senat durchlaufen, welches den Nachrichtendiensten deutlich größere Handlungsspielräume einräumt. Für die Geheimdienste hatte der 11.9. lediglich eine Verschiebung der Schwerpunkte hin zum Moslem-Extremismus zur Folge, so wie sie jetzt eben nach dem Mord an Fortuyn stärker die Tierrechts-Aktivisten ins Visier nehmen. Da Fortuyn bereits für seine Anti-Islamischen Positionen bekannt war - nur wenige Wochen vor den Attentaten erklärte er, dass in Holland ein „Kalter Krieg" gegen Muslime notwendig sei - musste er keinerlei neue Erklärungen hierzu abgeben. Die "Innere Sicherheit" war nach dem 11.9. nur für kurze Zeit ein Thema. Einige Parteien wollten die Ausweispflicht einführen, die in Holland bislang nicht existiert. Aber die Regierung lehnte dies ab, da dies nicht geeignet sei, Terroristen fern zu halten. Das Thema, das Fortuyn wieder einführte, war die Sicherheit auf den Strassen. Er sagte, es gebe No-go-Areas in den holländischen Großstädten und dass die Menschen nicht mehr sicher auf den Strassen seien. Ihm zufolge sei das ein Teil des Problems der Nicht-Integration. Diese Sichtweise wird mehr oder weniger von allen Parteien geteilt, aber niemand verfügte über Lösungsvorschläge. Fortuyn behauptete hingegen, eine Lösung bereit zu halten.

LOTTA: Kommen wir zur extremen Rechten in den Niederlanden. Wie haben sie auf Fortuyn, seine Positionen und seine Person - z.B. seine Homosexualität - reagiert? Gab es Unterstützung für ihn?

NL-Antifas: Ja, es gab eine massive Unterstützung für Fortuyn durch die extreme Rechte. Die einzige faschistische Partei mit einem gewissen Rückhalt, die NNP, führte über die Art und Weise, wie mit Fortuyn umzugehen sei, erregte Debatten. Sie beschlossen schließlich, ihn zu unterstützen und den Versuch zu unternehmen, Einfluss in seiner Partei zu gewinnen. Mitglieder der NNP wurden bereits in „Leefbar Nederland" aktiv und unterstützten später auch die LPF. Daneben unterstützten ihn auch Mitglieder der CD und der CP´86 auf breiter Front, soweit sie nicht ohnehin schon in der NNP aktiv waren. Es gab allerdings zwei Themenbereiche, an denen sich Konflikte entzündeten. So fragten sich viele, ob Fortuyn ehrlich in seinen Zielen sei und einmal an der Macht auch seine Versprechungen halten würde. Aufgrund seiner guten Selbstdarstellung war der größte Teil überzeugt, dass dies der Fall sein würde. Seine Homosexualität wurde größtenteils ignoriert oder aber für unwesentlich erachtet. Zentral blieben seine Positionen zur Einwanderung. Nur Constant Kusters und seine NVU waren da nicht so eindeutig. Einerseits erklärte Kusters, dass Fortuyn zahlreiche Ideen der NVU teile. Andererseits erklärte Kusters, dass Fortuyn nur ein weiterer parlamentarischer Demokrat sei, der in einen S-M-Raum gehöre. Nach den Kommunalwahlen in Rotterdam, an denen die NVU zwar teilnahm, aber nur wenige Stimmen erhielt, erklärte er, dass die NVU wegen Fortuyn einen radikaleren Kurs einschlagen müsse. Nach dem Mord erklärte er hingegen wieder,

dass er und Fortuyn eine Menge Ansichten geteilt hätten. Diese nicht sehr klare Positionierung ist typisch für Kusters.

LOTTA: Man könnte meinen, dass die NVU nach dem Mord Oberwasser bekommen hätte. Konnten sie den Mord für sich nutzen?

NL-Antifas: Nein, das hätte man meinen können, aber es ist ihnen nicht gelungen, daraus Profit zu schlagen. So haben sie zwar großspurig für einen Aufmarsch in Harderwijk, dem Wohnort des Mörders von Pim Fortuyn aufgerufen, mit der Forderung nach einem Verbot "linksextremer Gruppen", sich damit jedoch eher lächerlich gemacht. Zu dem Aufmarsch kamen nur knapp 50 Nazis, davon einige aus Deutschland, und die wurden von wütenden AnwohnerInnen vertrieben. Die „Antifaschistische Aktie" als landesweiter Zusammenschluss unabhängiger Antifagruppen hatte auf eine Gegenmobilisierung verzichtet, um die Nazis der Lächerlichkeit preiszugeben. Allerdings gab es nach dem Mord unzählige Drohungen gegen Gruppen und Personen aus dem linken Spektrum, es gab Tausende Emails und Briefe, bis hin zu einem Angriff auf ein linkes Projekt in Leiden. Unmittelbar nach dem Mord gab es eine sehr gespannte Atmosphäre. Große Menschenmengen sehr emotionalisierter und wütender Leute drängten auf die Straße und sehr gewalttätige Krawalle in der Nähe von Regierungsgebäuden und dem Parlament in Den Haag brachen aus. Diese gespannte Atmosphäre und die gegen die Linke gerichteten Gefühle vieler Fortuyn-Anhänger schufen ein günstiges Klima für die extreme Rechte. Aber es gelang diesen nicht, einen Vorteil aus dieser Situation zu ziehen. Hauptsächlich lag das am Fehlen ausgebildeter Strukturen. Sie waren schlicht und einfach nicht kurzfristig handlungsfähig. Daneben wussten sie auch nicht, was zu tun ist und taten deswegen lieber überhaupt nichts. Außerdem hegten die Regierung und die Polizei die Befürchtung einer Eskalation und untersagten jegliche Aktionen der Rechten. Eine Demonstration von „Stormfront Nederland" drei Tage nach dem Mord mit einigen Dutzend Skinheads und Gabbers wurde verboten und durch ein großes Polizeiaufgebot frustriert. Schließlich zeigte sich auch, dass die Rechtsextremen sich besser in ihrem Underdog-Habitus gefielen als in Siegerpose. Während ihrer Teilnahme an einem Schweigemarsch für Fortuyn in Amsterdam wurde die NNP von den Organisatoren angesprochen, weil sie als einzige Gruppe eine Fahne mitführte. Als sie deswegen aufgefordert wurden, die Demo zu verlassen, versuchten sie nicht einen Kompromiss mit den anderen Teilnehmern herbeizuführen, sondern spielten stattdessen mal wieder ihre „alle sind immer gegen uns"-Nummer. Dies führte zu einer klaren Spaltung zwischen der NNP und den übrigen Teilnehmern.

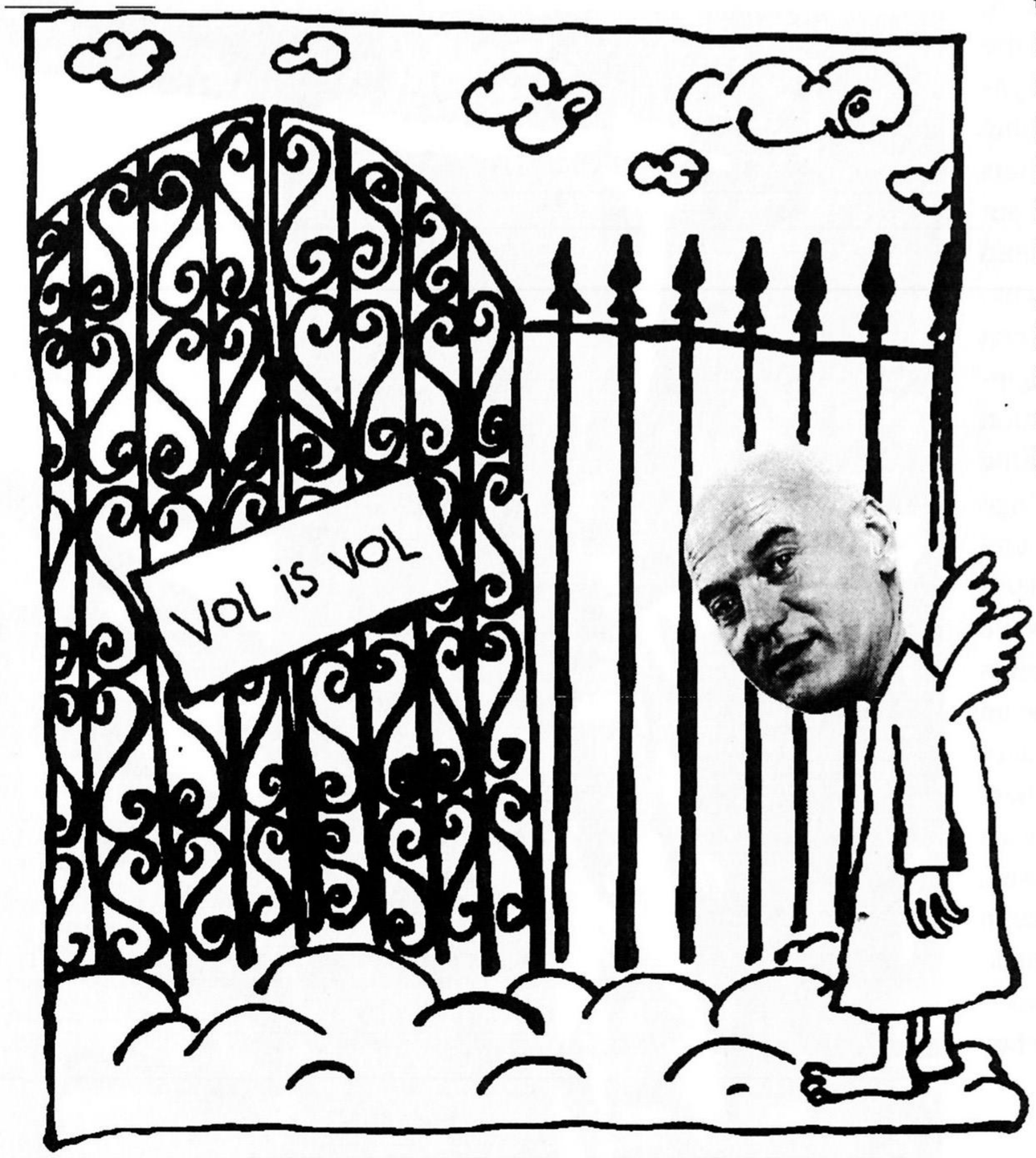
LOTTA: Wie sahen die Reaktionen der Linken, also sowohl der etablierten Linksparteien wie GroenLinks, aber auch der ausserparlamentarschen Organsiationen, der antifaschistischen oder auch der antirassistischen Bewegung aus? Wie sahen die Auseinandersetzungen vor dem Mord aus und wie gestalten sie sich nach ihm und nach dem Wahlerfolg der LPF?

NL-Antifas: Auf die Reaktionen der Linksparteien wurde ja bereits eingegangen. Die Aktionen der außerparlamentarischen Linken gegen Fortuyn hingegen waren nicht gerade sehr breit angelegt. Einige wenige Aktionen fanden statt. Als er in Rotterdam ein Buch über seine politischen Ansichten vorgestellt hat, wurden ihm drei Torten entgegen geschleudert und am Wahltag in Rotterdam wurde eine kleine Demonstration organisiert. Die Hauptaktivität bis zu seiner Ermordung bestand aber in Gegenpropaganda. Verschiedene Broschüren, Zeitungen und Aufkleber wurden hergestellt und verbreitet. Für den Samstag vor den Wahlen war eine Demonstration geplant, die aber wegen des Mordes abgesagt wurde. Auch den außerparlamentarischen Gruppen fiel es schwer, Fortuyn und seine Ideologie einzuordnen. Darüber hinaus erwartete jeder, dass seine Gruppe in kürzester Zeit zusammenbrechen würde. Lediglich die kommunistischen „Internationale Socialisten" waren sehr aktiv gegen Fortuyn, indem sie Gegenpropaganda über den „holländischen Haider" verbreiteten.

LOTTA: Bei den Parlamentswahlen ist die LPF die zweitstärkste Kraft geworden. Während wir hier reden, steht

zwar noch nicht fest, wie die neue Regierungskoalition aussehen wird, aber viele BeobachterInnen gehen davon aus, dass sie daran beteiligt sein werden. Was erwartet die Niederlande und die in ihnen lebenden MigrantInnen und Muslime, im Fall einer Regierungsbeteiligung der "List Pim Fortuyn"?

NL-Antifas: Was jetzt aktuell geschieht, ist, dass die konservativen Liberalen und Christdemokraten versuchen, zusammen mit der Fortuyn-Gruppe eine Regierung zu bilden. Wegen ihrem Mangel an politischen Fähigkeiten werden sie von den anderen zwei Parteien vollständig über den Tisch gezogen. Es ist klar, dass das eine sehr weit rechts stehende Regierung wird. Das sind schlechte Nachrichten für MigrantInnen, arme Menschen, UmweltschützerInnen sowie kranke und behinderte Menschen. So weit wir die weitere Entwicklung beurteilen können, werden sehr strikte anti-Migrations-Gesetze eingeführt werden, mehr Straßen gebaut, weniger Geld für Arbeitslose, Kranke und Behinderte aufgewendet, während mehr Geld in die Kassen der Reichen und Unternehmer fließen wird. Die LPFwird wahrscheinlich keine sehr stabile und dauerhafte Gruppierung sein. Es stellt sich die Frage, inwiefern das einen Einfluss auf die von den anderen beiden Parteien dominierte Regierung haben wird.



LOTTA: Ihr erzähltet vorhin im Gespräch, dass nach dem Mord u.a. ein besetztes Haus angegriffen worden ist, antifaschistische und andere linke Organisationen Tausende Drohungen und Morddrohungen per Post und E-mail bekommen haben. Ist es nun so, dass es schwieriger geworden ist, antirassistisch, antifaschistisch zu argumentieren und agieren? Ist es schwerer geworden, linke Politik zu machen? Hat ein Rechtsruck stattgefunden und ist es wirklich so, dass allen Linken nun ein Stempel "Mörder" aufgedrückt wird?

NL-Antifas: Die erste Woche nach dem Mord war emotional stark aufgeheizt. Viele Gruppen waren verunsichert und wussten nicht, wie sie reagieren sollten. Ich glaube aber, dass die radikale Linke ihr Selbstbewusstsein inzwischen zurückgewonnen hat. Es ist klar, dass die Dinge sich verändert haben. Die Unterstützung für linksradikale Vorstellungen war zwar nicht gerade massiv, aber es gab gewisse Handlungsspielräume, die es erlaubten, Einfluss auf politische Entscheidungsfindungsprozesse zu gewinnen. Es ist viel Bohei um die radikale Linke gemacht worden, nachdem die Medien den Mord als „linksextremistisch" qualifiziert haben. Es ist eine weit verbreitete Meinung vorhanden, dass Nachforschungen der Medien, der Polizei und der Geheimdienste in Hinblick auf das Denken und die Aktionen der radikalen Linken erforderlich sei. Die antifaschistische Bewegung besaß lange Jahre breite Unterstützung für ihre Bekämpfung rassistischer Hetze in der Öffentlichkeit. Fortuyn erklärte, dass die Redefreiheit einen höheren Stellenwert beanspruchen könne als die Anti-Diskriminierungs-Gesetzgebung und erntete in den letzten Monaten viel Applaus dafür. Eine andere Sache ist der Vergleich zwischen Fortuyn und faschistischen Führern in Europa. Weil die Linke sehr stark als „Schreibtischtäter" angegriffen wird, wird es in der Zukunft vermutlich sehr schwer werden, faschistische Gruppen und ihre Ideologie zu isolieren. Da der Mann, der wegen des Mordes an Fortuyn verhaftet wurde, ein Umwelt- und Tierrechts-Aktivist war, befinden sich insbesondere Ökologie-Gruppen augenblicklich in der Defensive. Es ist aktuell noch völlig unklar, wie sich das weiter entwickeln wird. Die Parteien, die jetzt die Regierung bilden, planen den Ausbau des Straßennetzes und die Wiedereinführung der Atomenergie in Holland. Vielleicht führt das ja auch zu einem Wiedererstarken der Umweltgruppen.

LOTTA: Wir danken Euch für das Gespräch.

Von Rainer Brahms

Jugend im Visier

Geschichte, Umfeld und Ausstrahlung der „Unabhängigen Nachrichten"

Die von Oberhausen aus vom „Freundeskreis Unabhängige Nachrichten" herausgegebene Zeitschrift „Unabhängige Nachrichten" („UN") zählt zum Umfeld der NPD und popularisiert völkisch-nationalistische Ideologie mit eindeutig neonazistischer Ausrichtung. Ihre Agitation umfasst die gesamte programatische Breite der extremen Rechten, von der Leugnung des Holocaust bis hin zu aggressivem Rassismus. Trotzdem erscheint das Blättchen seit über 30 Jahren weitestgehend unbehelligt. Verbreitung finden die „UN" im gesamten Bundesgebiet, ebenso wie zigtausende „UN"-Aufkleber, die in der hauseigenen Druckerei in Oberhausen hergestellt werden. Werbung für die „UN" findet sich in vielen Publikationen der extremen Rechten und im Internet, schwerpunktmässig in NRW bzw. im Ruhrgebiet. Erst kürzlich sorgten die „UN"-MacherInnen für Aufregung, nachdem sie reihenweise Schülerzeitungsredaktionen angeschrieben und ihnen u.a. Artikel zum Abdruck angeboten hatten.

Nun haben Martin Dietzsch, Helmut Kellershohn und Alfred Schobert vom „Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung" (DISS) erstmalig eine umfassende Studie zu den „UN" und dem eng mit diesen verknüpften „Verlag und Agentur Werner Symanek" (VAWS) vorgelegt.

Zu Beginn des Bandes stellt Martin Dietzsch die Grundzüge des Projekts „UN" vor, fasst die bisherigen Erkenntnisse zur Geschichte und den involvierten Personen der extremen Rechten zusammen. Insbesondere beschäftigt er sich mit der Hintergrundstruktur, den „Unabhängigen Freundeskreisen" (UFK). Faktisch können diese als eine Art Vorfeldorganisation der NPD bezeichnet werden, deren in die Jahre gekommenen AktivistInnen in letzter Zeit Unterstützung durch jüngere "Kameraden" bekommen haben.

Eng verknüpft mit den UFK ist der „Verlag und Agentur Werner Symanek" (VAWS). LOTTA-Autor Alfred Schobert setzt sich im zweiten Teil des Buches unter dem Titel „VAWS - Propaganda und Kommerz in nationalsozialistischer Tradition" eingehend mit dem „VAWS" auseinander, analysiert die Geschichte und die Aktivitäten Werner Symaneks, wobei er im besonderen auf das Engagement von „VAWS" in der Dark-Wave Szene eingeht.

Der dritte Teil des Buches setzt sich mit dem Bemühen des „Freundeskreis UN", an Schulen Fuß zu fassen, auseinander. Helmut Kellershohn greift geschichtsrevisonistische Beiträge aus der UN-Beilage „Auf dem Stundenplan" auf, analysiert diese und versucht zudem Anregungen zu geben, wie hiermit im Unterricht umgegangen werden kann.

Das DISS hat mit seiner Neuerscheinung ein sehr empfehlenswertes Buch vorgelegt, das eine Lücke in der antifaschistischen Literatur und Recherche schließt und hoffentlich mit dazu beiträgt, dass nun antifaschistische Aktivitäten gegen den „Freundeskreis UN" noch einmal verstärkt werden.

LOTTA sagt: Sofort besorgen!

Martin Dietzsch, Helmut Kellershohn, Alfred Schobert
Jugend im Visier
Geschichte, Umfeld und Ausstrahlung der "Unabhängigen Nachrichten",
Duisburg 2002, erschienen im „Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung" (DISS),
178 S., 12 Euro,
ISBN 3-927388-82-3

— LOTTA empfiehlt

Das Magazin, das den heimlichsten Journalismuspreis der Welt bekam.

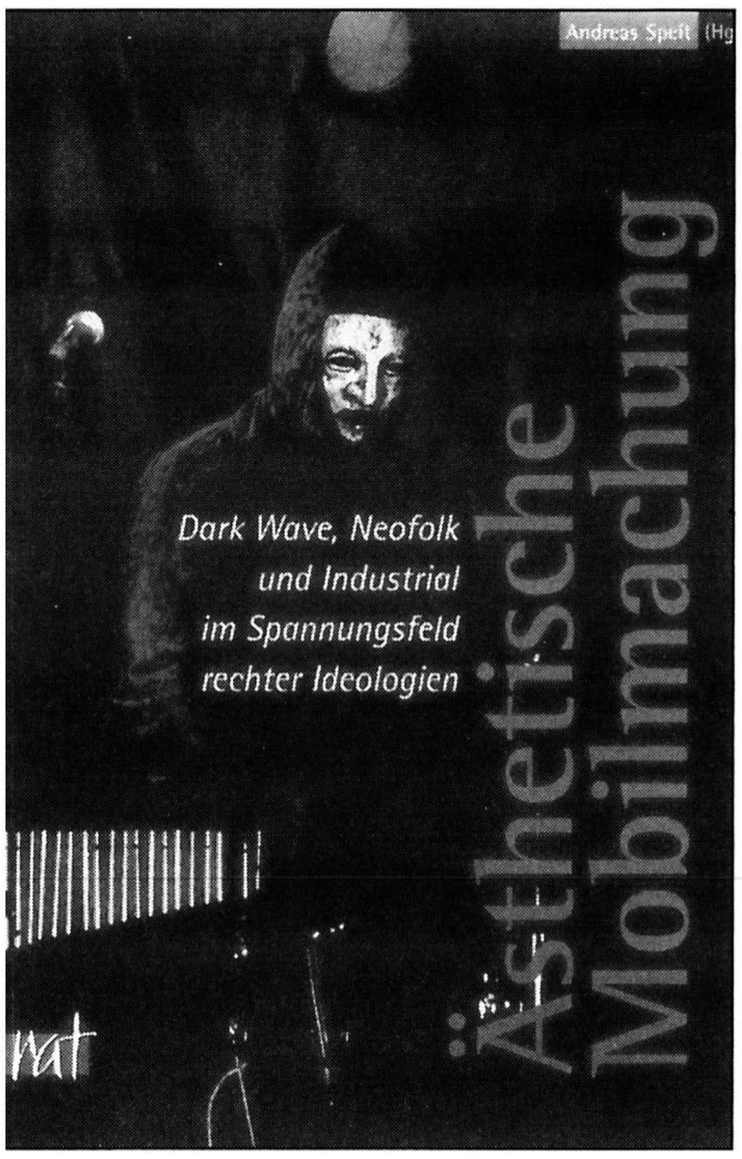
Wollen Sie wissen, warum die gesamte deutsche Homopresse unsere Auszeichnung mit dem Felix-Rexhausen-Preis verschwieg? Dann lesen Sie mal unser aktuelles Heft.

Neues Heft (2,50 Euro), Probeheft (1,02 Euro Rückporto) oder Abo (6 Hefte zu 15,00 Euro) bei
Gigi, Postfach 080208, 10002 Berlin,
redaktion@gigi-online.de; www.gigi-online.de

Von Rainer Brahms

Ästhetische Mobilmachung

Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien



Lange wurde das Buch erwartet, nun liegt es endlich vor: Mit „Ästhetische Mobilmachung. Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien" erschien kürzlich ein Standardwerk, welches diese Musikszenen einer eingehenden Analyse unterzieht. Das als Konzeptband verschiedener Autoren aufgebaute Buch gibt einen Überblick über rechte Einflüsse im Dark Wave- und Industrial-Bereich, zeigt ideologische Bezüge auf den Faschismus und konkrete Kontakte zur extremen Rechten auf. Die Autoren verknüpfen verschiedene Ansätze der Faschismustheorie, um Prozesse, Formen und Konzepte im rechten Teil der schwarzen Szene kritisch zu erfassen.

Das Buch weist nach, dass fern ab vom klassischen rechten Skinhead-Rock, von Teilen der Dark Wave- und Industrialszene über Liedtexte und Liveperformaces antidemokratische und antiemanzipatorische Motive transportiert werden. Durch zahlreiche Beispiele wird belegt, wie faschistische Ästhetik als Stilmittel verwendet wird und dass dieses bei einem Grossteil der boomenden Szene auf Akzeptanz stösst.

Das Buch liefert auch Szeneunkundigen einen Überblick über Entstehung und Selbstverständnis sowohl der Musik als auch der damit verbundenen Szene, lässt die Entwicklung und Ausdifferenzierung der letzten zwanzig Jahre Revue passieren, von den Ursprüngen im Punk und Heavy Metal bis hin zu einer weitgefächerten Szene, deren Magazine Auflagen von weit über 50.000 Exemplaren und deren Festivals bis zu 25.000 BesucherInnen haben.

LOTTA-Autor Jan Raabe und Andreas Speit widmen sich in ihrem Beitrag der inszenierten Ästhetik der rechten Bands aus der schwarzen Szene, welche in der Logik eines ästhetischen Fundamentalismus steht und Elemente eines „faschistischen Stils" aufweist. Anhand verschiedener Beispiele weisen sie nach, wie die sich Inszenierungen und die mit der Musik transportierten Inhalte sich auf die rechten Ideologiefragmente der letzten zweihundert Jahre beziehen.

Es folgt ein Beitrag von LOTTA-Autor Christian Dornbusch, welcher diverse Bands und Musikprojekte, die sich in ihren Werken und Auftritten rechter Ästhetik und Ideologiefragmente bedien(t)en, untersucht. Neben der bekannten Formation „Death in June" analysiert er die Bands „Sol Invictus", „Der Blutharsch", „NON" und „Blood Axis".

Die Szene-Publikation „Sigill" (heute „Zinnober") dient im nächsten Kapitel Thomas Naumann und Patrick Schwarz als Beispiel für die Entwicklung von einem Dark-Wave-Fanzine zu einem kulturpolitischen Magazin der extremen Rechten. Die Autoren zeichnen die Genese des Zeitungsprojekts in den letzten sieben Jahren nach, analysieren die präsentierten Inhalte und setzten sie in einen politischen Kontext.

Die direkten Überschneidungen zwischen extremer Rechter und Dark-Wave Szene werden in einem weiteren Aufsatz von Christian Dornbusch, Jan Raabe und Andreas Speit ausführlich analysiert. Unter dem Titel „Synergie-Effekte - Bewegungen zwischen schwarzer Szene und braunem Spektrum" beschäftigen sie sich mit den verschiedenen Interessen und Motivationen der Protagonisten der extremen Rechten von „Junge Freiheit" bis zum „Blood & Honour"-Magazin und hinterfragen deren Kulturverständnis. Sie postulieren ein Aufeinanderzugehen von Personen aus der schwarzen und braunen Szene, es findet sich zusammen, was zusammen gehört, Deformation oder gar Instrumentalisierung findet nicht statt.

Stephan Lindtke beleuchtet abschließend das Phänomen „Neue Deutsche Härte", also „Rammstein" & Co. Er interpretiert deren Gebaren vor dem Hintergrund des „wiedervereinigten" Deutschlands, das auf dem Weg zur Weltmacht einen „Schlußstrich" unter die deutsche Geschichte ziehen möchte: „Der Tabubruch von gestern ist der Mainstream von morgen - die „Neue Deutsche Härte" als ästhetisches Spiegelbild der wiedererstarkten Nation.".

Alles in allem also jede Menge Fakten und Analysen, wobei das Buch vor allem durch seine Komplexität besticht. Es zeigt, dass die Rechtsentwicklung eines Teils der Szene weiter geht und immer mehr Protagonisten der Szene in rechten Ideologiefragmenten und Ästhetikkonzepten Impulse für ihre Projekte finden. Es zeigt aber auch, dass rechte Interventionen in die Szene ihre Grenzen haben.

LOTTA sagt: Kaufpflicht!

Andreas Speit (Hg.)
Ästhetische Mobilmachung
Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien
Münster 2002, rat (reihe antifaschistischer texte)/ UNRAST Verlag,, 279 S., 16 Euro,
ISBN 3-89771-804-9

Von Pierre Briegert

Urteile im Düsseldorfer "Tiggesprozess"

Am 13.6.2001 waren der AStA-Pressesprecher der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität und seine zwei Begleiter von fünf Personen, darunter zwei rechte Jungskins, aus einer sechsköpfigen Gruppe heraus angegriffen worden. Zwei der Angegriffenen sowie eine zu Hilfe geeilte Person wurden schwer, der dritte leicht verletzt.

Am 3. Juni wurde jetzt nach vier Prozesstagen das Urteil gegen die sechs Angeklagten gesprochen: 2,5 Jahre Jugendhaft für **Sven Ripphahn** (19), ein Jahr Jugendhaft auf Bewährung und 80 Sozialstunden für **Sven Gustavsohn** (21) sowie sechsmonatige Haftstrafen auf Bewährung zuzüglich Geldstrafen für drei weitere Täter. Ein weiterer Angeklagter wurde freigesprochen.

Auch wenn dieses Urteil auf den ersten Blick zufriedenstellend wirkt und auch der neonazistische Hintergrund im Verfahren zur Sprache kam, so ergibt sich bei intensiverer Analyse ein anderes Bild. Schon die Anklage gegen den Haupttäter auf schwere Körperverletzung ist eine Verharmlosung des Angriffs, da dieser geplant und gezielt seinen Opfern mit einem Messer in den Rücken gestochen hatte. Nur durch grosses Glück wurde niemand getötet. Gemeinhin bezeichnet man derartiges als versuchten Totschlag oder gar versuchten Mord. Auch kam der vor Prozessbeginn von der Staatsanwaltschaft gebilligte Zeugenschutz für eines der Opfer nur aufgrund massivem öffentlichen Druck zustande. Keinen Millimeter mehr waren Staatsanwaltschaft und Gericht bereit, diesem von Neonazis bedrohten Zeugen beizustehen. Ihm wurde sogar die Beiordnung seines Zeugenbeistandes verweigert, mit der Folge, dass jetzt ein OPFER erhebliche Kosten für anwaltlichen Beistand aufbringen muss. Und auch die Mär von einer "Schägerei zwischen Rechten und Linken" feiert bis heute in den Medien und Stellungnahmen des Innenministeriums fröhliche Urstände. "Es gibt immer wieder Skins, die sich schlagen und welche, die Streit suchen – aus beiden Lagern" sonderte die Staatsanwaltschaft kurz nach der Tat ab. Die konservative "Rheinische Post" analysierte kurze Zeit später nach einem weiteren, dieses mal von AntifaschistInnen abgewehrten Angriff: "Vor allem die Antifa gilt bei der Polizei als geschickt darin, die ‚andere Seite' mit gezielt plazierten Infos anzulocken, um sich nachher über eine vermeintliche Gefahr durch Neonazis in Düsseldorf zu verbreiten." In einem Bericht des Innenministeriums ist zu lesen, dass sich der "Vorfall" nach "verbalen Streitigkeiten" entwickelt und die "Auseinandersetzung" nach dem Einsatz von Reizgas durch die angegriffenen Personen eskaliert sei.

Wäre nicht seitens eines Neonazis ein Messer bei dem Angriff eingesetzt worden, hätten nicht drei Opfer ins Krankenhaus, einer hiervon sogar direkt zur Notoperation, gemusst und hätte es nicht so viele glaubwürdige ZeugInnenaussagen gegeben, es wäre garantiert einmal mehr nur eine "gewöhnliche Schlägerei" übrig geblieben.

Spenden zur Finanzierung der Solidaritätsarbeit werden erbeten auf das:

Rechtshilfekonto
Stadtsparkasse Düsseldorf (BLZ 300 501 10)
Konto-Nr. 63007678
Stichwort: Antifa

Vom Antifa-KOK Düsseldorf

Antifaschisten vor Gericht

Am 16.9.2000 störten Düsseldorfer Neonazis der "Kameradschaft Düsseldorf", darunter auch die einstigen und heutigen Betreiber des "Nationalen Infotelefon Rheinland" , Udo Birr, Jörg Wagner und Tibor Engler, die Kundgebung des "Düsseldorfer Appels" (Motto: "Mut gegen Rechts"). Hierbei gingen sie handgreiflich gegen TeilnehmerInnen der Veranstaltung vor. Jetzt stehen zwei Antifaschisten und das Düsseldorfer Stadtratsmitglied Frank Laubenburg (PDS) vor Gericht. Die Vorwürfe lauten auf schwere Körperverletzung, Widerstand, Sachbeschädigung und Behinderung der Polizei. Birr, Wagner und Schirmer sollen als Zeugen Aussagen zum Geschehen machen.

Sollte die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft mit ihren Vorwürfen durchkommen, droht den Angeklagten eine Haftstrafe.

Der Antifa-KOK ruft zum Besuch des Prozesses auf. Montag, 15. Juli 2002 um 10 Uhr im Raum A158 des Amtsgerichtes Düsseldorf (Mühlenstraß, Altstadt)

Aktuelle Infos unter www.antifakok.de

Von Wuppertaler AntifaschistInnen

Sammeln für den Sammelprozess in Wuppertal

In Wuppertal wird am 28. Juni vor dem Amtsgericht einer der größten Prozesse gegen die örtliche linke Szene der letzten Jahre beginnen. Angeklagt sind fünf Menschen zwischen 18 und 22 Jahren, denen insgesamt zwölf Straftaten innerhalb der letzten zwei Jahre vorgeworfen werden. Hierzu zählen unter anderem die Blockade eines Abschiebebusses in Moers und der gemeinsame Besuch der Schwelmer Stadtratssitzung anlässlich der Teilnahme des NPDlers und Kemna-Attentäters (*vgl. LOTTA Nr. 5*) **Thorsten Crämer**. Diese und andere Aktionen werden jetzt mittels konstruierter Strafvorwürfe seitens der Wuppertaler Staatsanwaltschaft kriminalisiert. Einer der absurdesten Vorwürfe lautet gefährliche Körperverletzung gegen einen Menschen, der in Bochum einen Übergriff auf eine ausländische Frau beobachtete, sich einmischte und sich mit CS-Gas verteidigte, als ihn die Täter mit Tritten und Flaschen angingen. Zwei der Angreifer erstatteten Anzeige und behaupteten trotz gegenteiliger Aussagen eines neutralen Zeugen, sie hätten nur schlichten wollen. Das Ermittlungsverfahren gegen sie wurde zwischenzeitlich sogar eingestellt. Ähnlich konstruiert kommen auch die anderen Anklagen im Zusammenhang mit dem Grenzcamp, den Naziaufmärschen in Köln und Hagen sowie den bereits erwähnten Aktionen daher. Die Intention der Staatsanwaltschaft geht eindeutig in Richtung eines Schauprozesses gegen junge Menschen wegen deren antifaschistischen, antirassistischen und staatskritischen Engagements. Gegen einen der Angeklagten wurde bereits Anfang diesen Jahres eine Haftstrafe von neun Monaten ohne Bewährung verhängt, u.a. wegen banaler Vorwürfe, die bei anderen Jugendlichen in Wuppertal ohne Aufsehens eingestellt wurden. Gegen genau diese Person, deren Berufungsverhandlung im August vor dem Wuppertaler Landgericht stattfinden wird (16. und 21. August um jeweils 9:15 Uhr in Raum L 105), wird in der aktuellen Anklage auch eine Rädelsführerschaft konstruiert.

Die Angeklagten sind auf Unterstützung angewiesen. Spenden zur Finanzierung der hohen Kosten werden erbeten auf das Konto der

Wuppertaler Rechtshilfe
Kontonummer 93 93 48
BLZ 330 500 00

Für Rückfragen und Spendenquittungen sind die UnterstützerInnen der Angeklagten erreichbar unter:
infoladenwuppertal@gmx.de

Freie Kameradschaften

52 reich bebilderte Seiten
historischer Exkurs
Struktur- Organisationsform
Selbstferständnis
Aktionsformen und -felder
Rolle der Frauen
gesellschaftliche Relevanz
Bekämpfung der Kameradschaften

1 €
+ Versand

AntiFa 3000
c/o UJZ KORN
Kornstr. 28/30
30167 Hannover
broschuere-fk@ujz-korn.de

AntiFa 3000

Impressum

V.i.S.d.P.: H. Schmitting, c/o LOTTA

LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den FotografInnen und den AutorInnen.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Der Mega-LOTTA-ABO-Schnippsel!

Pro Jahr erscheinen vier LOTTA-Ausgaben. Der Stückpreis beträgt 2 Euro plus Porto, für WiederverkäuferInnen (ab 5 Stück) 1,50 Euro plus Porto.

Unsere Kontoverbindung lautet:

Geschichtswerkstatt Dortmund e.V.
Konto-Nr.: 021023493
BLZ: 44050199
Stadtsparkasse Dortmund
Stichwort: LOTTA

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/ Person und die Nummer der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben

Alle Preise inkl. Porto

O Jahresabo	11 Euro
O Jahresabo, Förderabo „Ente"	16 Euro
O Jahresabo, Förderabo Mittelklasse	21 Euro
O Jahresabo, Förderabo S-Klasse	..... Euro

Ich überweise den Jahresbeitrag von ..... umgehend auf Euer Konto.

Ich habe den Jahresbetrag von ..... in bar beigelegt.

Archiv-Pack
(bei vergriffenen Ausgaben schicken wir eine Kopie)

O Ausgaben Nr. 4-7 (inkl. Porto)	5 Euro

Jahresmehrfachabo für WeiterverkäuferInnen (ab 5 Exemplare)

O Jahresabo 5 Exemplare	30 Euro + Porto
O Jahresabo 10 Exemplare	60 Euro + Porto
O Jahresabo 20 Exemplare	120 Euro + Porto
O Jahresabo 30 Exemplare	180 Euro + Porto

Wir / Ich überweise/n Euch jeweils ¼ des Jahresbeitrages nach Erhalt einer jeden Ausgabe auf Euer Konto (nur für Weiterverkäufer/innen).

An die

LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Bestellungen können auch an lotta@koma.free.de gemailt werden

.....
Vorname, Name, Gruppe

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail und/oder Telefonnummer

....
Ort, Datum Unterschrift

Kabarett + Antifa-DJs der 1. Liga + coole Drinks + lecker Futter + Vieles mehr

Die LOTTA lädt ein zur

LOTTA-Party!

Die LOTTA wird 10!

Nicht 10 Jahre, aber 10 Ausgaben

Samstag | 28. September | 19.00 Uhr

im Druckluft, Am Förderturm 27 in Oberhausen